



# Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022

Mit freundlicher Unterstützung durch



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

| BertelsmannStiftung



# Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022

Klaus Boehnke  
Georgi Dragolov  
Regina Arant  
*Jacobs University Bremen*

Kai Unzicker  
*Bertelsmann Stiftung*

Mit freundlicher Unterstützung durch



**Baden-Württemberg**

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION

# DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

## Hintergrund

Seit März 2020 entfaltet die Coronapandemie einen erheblichen Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in den zwischenzeitlichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, der wirtschaftlichen Rezession, den psychischen und sozialen Belastungen für die gesamte Bevölkerung – insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene –, der Zuspitzung der politischen Debatte über die Abwägung von Gesundheitsschutz versus bürgerlichen Freiheiten sowie der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungstheorien. Fraglos hat die auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beendete Coronapandemie tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Die hier vorliegende Studie ist Teil eines umfangreicheren Projektvorhabens der Bertelsmann Stiftung, des *Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt*, das seit über zehn Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt im internationalen Vergleich, auf nationaler Ebene, in unterschiedlichen Bundesländern und in einzelnen regionalen bzw. lokalen Kontexten untersucht. Die Grundlagen dieses Projektes, wie auch die vorliegende Studie selbst, wurden in Zusammenarbeit mit einem Forschungsteam der Jacobs University Bremen erarbeitet. Die aktuelle Studie wurde finanziell durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert.

## Datengrundlage

Bereits vor drei Jahren, also unmittelbar vor Beginn der Pandemie, wurde in Baden-Württemberg eine umfassende Untersuchung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durchgeführt. Hierdurch bot sich die Gelegenheit, im zeitlichen Vergleich Veränderungen, die im Verlauf der Coronapandemie eingetreten sind, näher zu untersuchen. Zu diesem Zweck wurden im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von Dezember 2021 bis in den Januar 2022 hinein in Baden-Württemberg insgesamt 2.716 Personen ab 16 Jahren durch die Norstat GmbH online befragt. Deren Antworten wurden verglichen mit denen von 1.398 Personen, die im Januar und Februar 2019 ebenfalls im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durch das Meinungsforschungsinstitut Infratest telefonisch befragt worden waren. Außerdem wurden aus zwei weiteren deutschlandweiten Umfragen aus den Jahren 2017 und 2020 Befragungsdaten für Baden-Württemberg herangezogen.

## Fragestellung und Konzept

Die vorliegende Studie untersucht, wie sich der gesellschaftliche Zusammenhalt im Zeitverlauf verändert hat, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen diesen erleben und welche Auswirkungen die Pandemie auf den Zusammenhalt hat. Darüber hinaus fokussiert sie auf die Lebenssituation Jugendlicher bzw. junger Erwachsener im Alter von 16 bis 24 Jahren. Die Studie basiert auf dem mehrdimensionalen Konzept des *Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt*, das davon ausgeht, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem

territorial abgegrenzten Gemeinwesen darstellt. Starker Zusammenhalt ist durch (1) belastbare soziale Beziehungen, (2) eine positive emotionale Verbundenheit seiner Mitglieder mit dem Gemeinwesen und (3) eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet. Diese drei Bereiche des Zusammenhalts werden in jeweils drei Teildimensionen aufgeteilt, sodass es insgesamt neun Dimensionen gibt. Jede einzelne Dimension wird mittels einer Reihe von Fragen in der Umfrage gemessen.

### Zentrale Ergebnisse

#### **Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in Baden-Württemberg seit 2019 deutlich zurückgegangen:**

Der Wert für den Gesamtindex des gesellschaftlichen Zusammenhalts lag 2019 noch bei 63,8 Punkten (auf einer Skala von 0 bis 100). In der aktuellen Erhebung im Dezember 2021 bzw. Januar 2022 ist dieser zusammengefasste Gesamtwert um 10 Punkte auf 53,8 Punkte gefallen. Dieser Rückgang ist vor allem auch deshalb bemerkenswert, da die Werte des Gesamtindex in der Vergangenheit nur sehr geringe Veränderungen aufgewiesen haben. So war zwischen 2017 und 2019 der Gesamtindex in Baden-Württemberg um 0,8 Punkte gestiegen, von 63 auf 63,8 Punkte. Auch in den früheren bundesweiten Untersuchungen zeigten sich üblicherweise nur sehr geringe Schwankungen. Vergleichbare Erhebungen für ganz Deutschland weisen zudem darauf hin, dass es sich bei dem Rückgang weder um einen spezifischen Trend in Baden-Württemberg handelt noch dass diese niedrigen Werte allein dem konkreten Erhebungszeitpunkt geschuldet sind. (Kapitel 2.2)

#### **Zusammenhalt ist in allen neun Dimensionen und in allen Regionen zurückgegangen:**

In Studien des *Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt* werden neun Dimensionen unterschieden (Soziale Netze, Vertrauen in die Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität, Identifikation mit dem Gemeinwesen, Vertrauen in Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden, Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln sowie Gesellschaftliche Teilhabe). Für jede dieser neun Dimensionen verzeichnet die Studie einen deutlichen Rückgang der Kennwerte. Am stärksten sind die Werte für Identifikation (-20 Punkte), die sozialen Netze (-14,5 Punkte) sowie Solidarität und Hilfsbereitschaft (-12,6 Punkte) gesunken. Den geringsten Rückgang verzeichnet die Studie in der Dimension Gerechtigkeitsempfinden (-1,3 Punkte), deren Werte jedoch bereits in der letzten Erhebung 2019 besonders niedrig waren. Auch regional stellt sich die Entwicklung gleichförmig dar: Die Studie betrachtet elf unterschiedliche Regionen und überall zeigt sich der gleiche Rückgang. (Kapitel 2.4)

#### **Erstmals nimmt die Mehrheit der Befragten auch den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend als gestört wahr:**

Neben der objektiven Messung des Zusammenhalts in den neun Dimensionen wird im *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt* regelmäßig auch die subjektive Bewertung des Zusammenhalts direkt abgefragt. Hierbei zeigt sich, dass inzwischen fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) der Aussage zustimmt, der Zusammenhalt sei gefährdet. Dies sind 6 Prozentpunkte mehr als 2019. Neu ist, dass erstmals überhaupt nur noch eine Minderheit der Befragten (47 Prozent) den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend als gut oder sogar sehr gut einschätzt; 2019 lag dieser Wert noch bei 80 Prozent. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass die Pandemie, anders als frühere Krisen, flächendeckend für fast alle Menschen spürbare negative Auswirkungen im eigenen Alltag hatte und so auch den Blick auf die unmittelbare Wohngegend verändert hat. (Kapitel 2.3)

**Risikogruppen erleben den Zusammenhalt als deutlich geringer:** Bereits in der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2019 wurde gezeigt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschieden stark erlebt wird. Dies kann als Anzeichen dafür gedeutet werden, dass bestimmte Risikogruppen bzw. vulnerable (verletzliche) Gruppen weniger stark in die Gesellschaft eingebunden sind und nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Ergebnisse der aktuellen Studie zeigen erneut, dass ärmere und nicht erwerbstätige Personen, Menschen mit geringerer formaler Bildung, Menschen mit Migrationshintergrund und chronisch Kranke den gesellschaftlichen Zusammenhalt als geringer erleben. Niedrigere Werte finden sich auch bei Menschen, die in Großstädten leben, und bei Personen aus der Altersgruppe 45 bis 64 Jahre. Besonders hervorzuheben ist außerdem, dass Frauen und Alleinerziehende im Vergleich zu Männern bzw. Menschen mit anderen Lebensweisen ebenfalls einen geringeren Zusammenhalt wahrnehmen. (Kapitel 2.3.1 und 2.6)

**Gefühl der politischen Benachteiligung weit verbreitet und mit starkem Effekt auf das Erleben des Zusammenhalts:** Über alle neun Dimensionen hinweg zeigt sich ein einheitlich starker Effekt des Gefühls politischer Benachteiligung. Rund 60 Prozent der Befragten haben den Eindruck, die Politik habe im Zusammenhang mit der Coronapandemie nicht genug für Menschen wie sie selbst getan. Diese Befragten bewerten – unabhängig von ihrer sozialen Lage – den Zusammenhalt in allen neun Dimensionen teilweise erheblich negativer. Wenig überraschend ist, dass dieser Effekt sich am stärksten bei der Dimension „Vertrauen in Institutionen“ zeigt. Hier schneiden Personen, die sich vernachlässigt fühlen, um 18 Punkte schlechter ab als die Vergleichsgruppe. Jüngere Befragte, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund haben häufiger das Gefühl, dass ihre Bedürfnisse von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Hingegen haben Befragte mit höherer formaler Bildung und höherem Einkommen diesen Eindruck seltener. (Kapitel 2.5)

**Zunahme von psychoemotionalen Belastungen in der Pandemie:** Insgesamt hat die Coronapandemie zu erheblichen psychoemotionalen Belastungen in der Bevölkerung geführt: Etwa 30 Prozent der Befragten geben an, seit Ausbruch der Pandemie oft oder sogar immer müde und erschöpft zu sein. Jede:r fünfte Befragte klagt darüber, oft oder immer unter Konzentrationsschwierigkeiten zu leiden. Angst, Nervosität oder Entscheidungsschwierigkeiten haben ebenfalls zugenommen. Gleichzeitig sagen allerdings auch 60 Prozent der Befragten, dass sie gar nicht oder nur wenig unter den Maßnahmen der Coronapandemiebekämpfung leiden. (Kapitel 3.1)

**Mehr Konflikte zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen:** Durch die Pandemie sei der Zusammenhalt in Deutschland schwächer geworden, sagen 62 Prozent der Befragten. Rund jede:r Fünfte meint, die Pandemie habe den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend geschwächt. Auch langfristig sind die Befragten mehrheitlich der Meinung, die Gesellschaft gehe geschwächt aus der Pandemie hervor. Zwei Drittel der Befragten geben an, aus ihrer Perspektive hätten die Konflikte zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zugenommen, und eine relative Mehrheit sagt, ihnen begegne im Alltag tendenziell eher Feindseligkeit denn Solidarität. In der eigenen Familie sowie im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis verzeichnen hingegen nur 17 bzw. 14 Prozent der Befragten eine Zunahme von Streit und Konflikt. (Kapitel 3.1)

**Neigung zu Verschwörungstheorien in der Bevölkerung weit verbreitet:** Verschwörungstheorien haben in Zeiten der Pandemie große Aufmerksamkeit erfahren. Die Studie zeigt, dass das grundsätzliche Potenzial für den Glauben an Verschwörungstheorien relativ hoch ist. Immerhin 42 Prozent denken, dass bei vielen Ereignissen die Regierung die Wahrheit verschleiert, 54 Prozent sind der Meinung, Politiker:innen würden keine Auskunft über ihre wahren Motive geben, und 32 Prozent glauben, dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. (Kapitel 3.2)

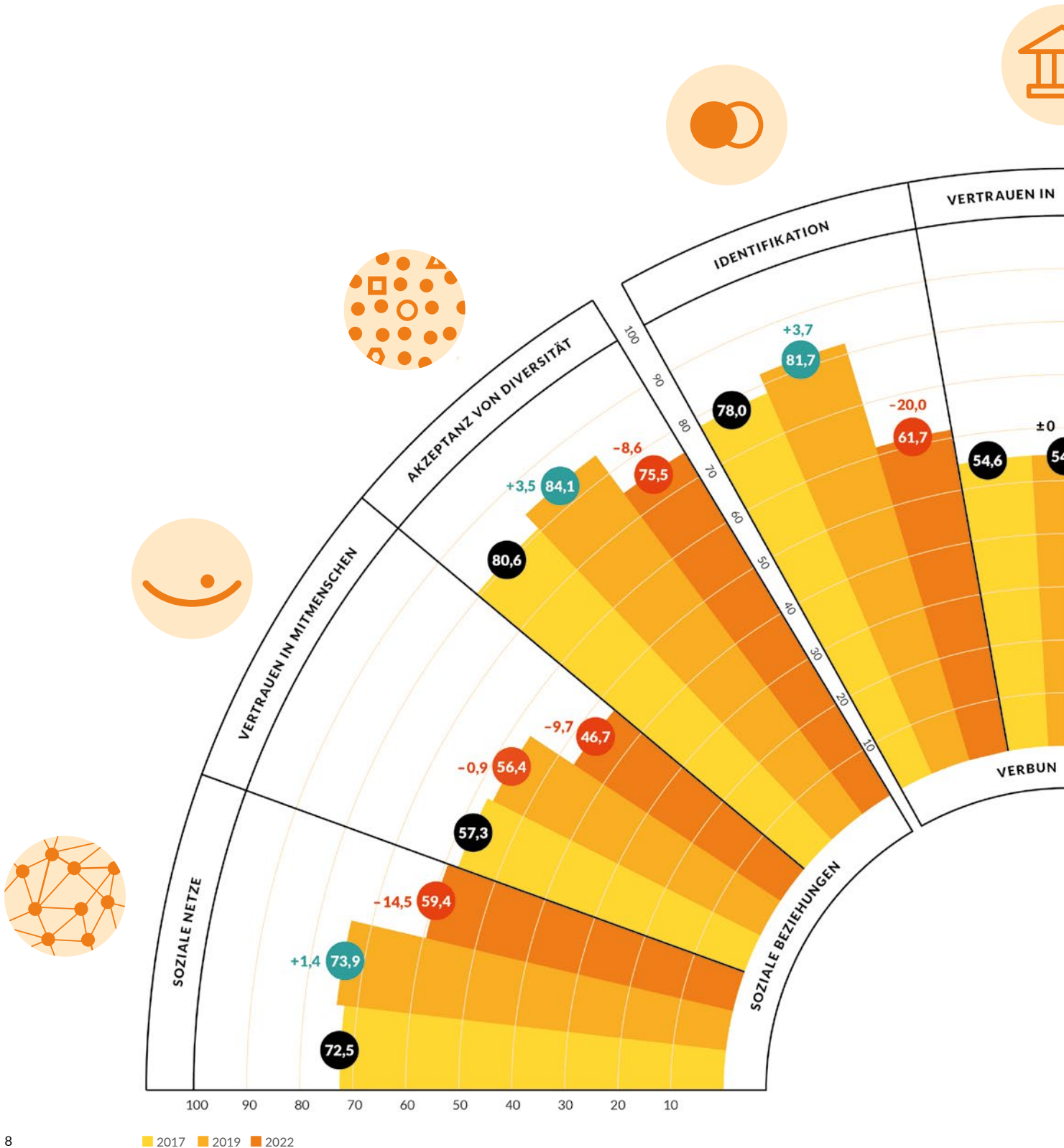
**Allgemeine Situation für junge Menschen wird teilweise kritisch gesehen:** Neben der Messung des Zusammenhalts stand in dieser Studie die Situation von jungen Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren im Fokus. Zwar ist eine überwältigende Mehrheit (85 Prozent) der Befragten der Meinung, die jeweiligen Wohnorte seien gute Orte für Jugendliche, um dort aufzuwachsen, jedoch zeigen sich bei detaillierterer Betrachtung auch kritische Aspekte. Zwischen 29 und 36 Prozent der Befragten sind jeweils der Meinung, es fehle an attraktiven Freizeit- bzw. Unterstützungsangeboten sowie an Ansprechpersonen für Jugendliche in ihrer Wohngegend. Mehr als die Hälfte der Befragten vertritt die Auffassung, die Bedürfnisse von Jugendlichen seien in der Coronapandemie nicht ausreichend berücksichtigt worden. Dass die allgemeine Situation sich für Jugendliche verschlechtert habe, sagen ebenfalls über 40 Prozent der Befragten, während rund die Hälfte keine Veränderung wahrgenommen hat. (Kapitel 5.1)

**Jugendliche besonders stark von der Pandemie betroffen:** Zum Zeitpunkt der Umfrage im Dezember 2021 und Januar 2022 hatten sich Befragte im Alter zwischen 16 und 24 Jahren deutlich häufiger bereits mit Corona infiziert als ältere Befragte. Ebenso berichteten Jüngere häufiger von schweren Krankheitsverläufen in ihrem eigenen Umfeld und davon, selbst schwere Symptome erlebt zu haben. (Kapitel 5.2)

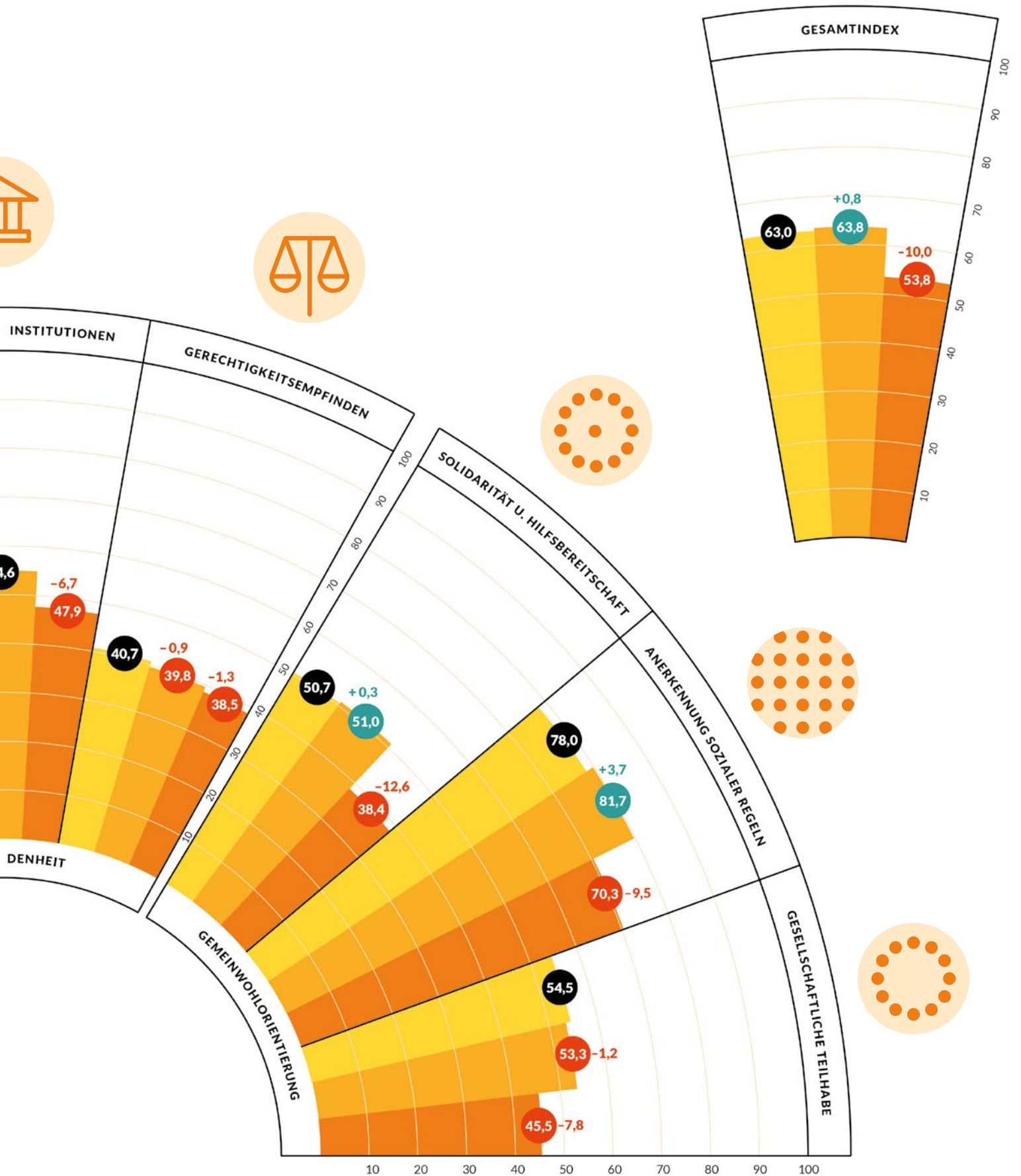
**Höhere psychoemotionale Belastung bei Jugendlichen als bei Älteren:** Die Befragten im Alter zwischen 16 und 24 Jahren weisen zudem im Zuge der Coronapandemie auch in stärkerem Maße psychoemotionale Belastungen auf als die älteren Befragten über 24 Jahre. So sagen 28 Prozent der jungen Befragten, sie fühlten sich immer bzw. oft ängstlich und nervös – gegenüber 15 Prozent der älteren Befragten. Von Konzentrationsschwierigkeiten berichteten 40 Prozent der jungen, aber nur 18 Prozent der älteren Befragten. Erschöpft und müde fühlen sich 47 Prozent der Befragten zwischen 16 und 24 Jahren, aber nur 29 Prozent der älteren Befragten. Junge Menschen bewerten außerdem die politische Handhabung der Pandemie kritischer und sind deutlich häufiger der Meinung, ihre Bedürfnisse seien nicht ausreichend berücksichtigt worden (71 zu 58 Prozent). (Kapitel 5.2)

**Handlungsempfehlungen:** Die Studienergebnisse liefern zahlreiche Ansatzpunkte, wie Politik und Gesellschaft jetzt im Hinblick auf die Pandemie und angesichts neuer Krisen auf den geschwächten Zusammenhalt reagieren können. Beispielsweise lassen sich für jene Bevölkerungsgruppen, die einen schwächeren Zusammenhalt erleben, die Teilhabechancen durch eine Reihe gezielter Maßnahmen verbessern. Hierzu gehört etwa der Abbau von Benachteiligungen für Frauen oder ein Mehr an Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund. Dialogformate und die Etablierung von Begegnungsorten können dabei helfen, das verloren gegangene zwischenmenschliche Vertrauen wieder zu stärken. Wichtig ist auch die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, um möglichst rasch einen Neustart für das soziale Leben in den Kommunen zu erreichen. (Kapitel 7)

# ENTWICKLUNG DES ZUSAMMENHALTS IM ZEITVERLAUF







# INHALT

	<b>EINLEITUNG</b>	<b>12</b>
<b>1</b>	<b>SOZIALER ZUSAMMENHALT</b>	<b>15</b>
1.1	Was verstehen wir unter gesellschaftlichem Zusammenhalt und wie wird er gemessen?	16
<b>2</b>	<b>SOZIALER ZUSAMMENHALT IN BADEN-WÜRTTEMBERG VON 2017 BIS HEUTE</b>	<b>19</b>
2.1	Rückschau: Sozialer Zusammenhalt 2017, 2019 und 2020	20
2.2	Entwicklung des Zusammenhalts in Baden-Württemberg 2022	21
2.2.1	Subjektive Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	21
2.2.2	Objektive Erfassung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	23
2.3	Ergebnisse zu den einzelnen Dimensionen des Zusammenhalts und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen	25
2.3.1	Unterschiede im Gesamtindex zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen	27
2.4	Fokus auf die einzelnen Dimensionen des Zusammenhalts	30
2.4.1	Soziale Netze (Dimension 1.1)	30
2.4.2	Vertrauen in die Mitmenschen (Dimension 1.2)	33
2.4.3	Akzeptanz von Diversität (Dimension 1.3)	36
2.4.4	Identifikation (Dimension 2.1)	39
2.4.5	Vertrauen in Institutionen (Dimension 2.2)	42
2.4.6	Gerechtigkeitsempfinden (Dimension 2.3)	46
2.4.7	Solidarität und Hilfsbereitschaft (Dimension 3.1)	49
2.4.8	Anerkennung sozialer Regeln (Dimension 3.2)	52
2.4.9	Gesellschaftliche Teilhabe (Dimension 3.3)	55
2.5	Von der Politik vernachlässigt? Einfluss politischer Deprivation auf den Zusammenhalt	58
2.6	Vorläufige Zusammenfassung	61

<b>3</b>	<b>AUSWIRKUNGEN DER CORONAPANDEMIE UND DES UMGANGS MIT IHR AUF DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT</b>	<b>69</b>
3.1	Corona	70
3.2	Verschwörungstheorien	75
<b>4</b>	<b>VULNERABLE GRUPPEN IN ZEITEN DER PANDEMIE</b>	<b>77</b>
<b>5</b>	<b>DIE JUGEND, FAMILIEN MIT KLEINEN KINDERN, CORONA UND DER GESELLSCHAFTLICHE ZUSAMMENHALT</b>	<b>83</b>
5.1	Allgemeine Lebenssituation von Jugendlichen am Wohnort	84
5.2	Auswirkungen der Coronapandemie auf Jugendliche	88
5.3	Familien mit Kindern in der Coronapandemie	93
<b>6</b>	<b>WARUM IST ZUSAMMENHALT SO WICHTIG?</b>	<b>95</b>
<b>7</b>	<b>HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN</b>	<b>99</b>
<b>8</b>	<b>GESAMTFAZIT</b>	<b>104</b>
	<b>LITERATUR</b>	<b>106</b>
	<b>ANHANG</b>	<b>109</b>
	Anhang 1 – Daten	109
	Anhang 2 – Messung von Zusammenhalt	110
	Anhang 3 – Tabellen	111
	Literaturtipps	114
	Impressum	115

## EINLEITUNG

Seit März 2020 entfaltet die Coronapandemie einen erheblichen Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in den zwischenzeitlichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, der wirtschaftlichen Rezession, den psychischen und sozialen Belastungen für die gesamte Bevölkerung – insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene –, der Zuspitzung der politischen Debatte über die Abwägung von Gesundheitsschutz gegenüber bürgerlichen Freiheiten sowie der zunehmenden Verbreitung von Verschwörungstheorien. Fraglos hat die auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beendete Coronapandemie tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen.

Bereits vor drei Jahren, also unmittelbar vor dem Beginn der Krise, haben wir in Baden-Württemberg eine umfangreiche Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt durchgeführt (Dragolov et al., 2019). Diese untersuchte einerseits die zeitliche Entwicklung des Zusammenhalts im Bundesland im Zeitraum von 2017 bis 2019 und fokussierte andererseits das Erleben des Zusammenhalts in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Durch diese Vorarbeiten bot sich nun die Gelegenheit, die Auswirkungen der Coronapandemie genauer in den Blick zu nehmen. Anhand der Vergleichsdaten aus der Vorgängerstudie für die Jahre 2017 und 2019 lassen sich mit einer neuen Datenerhebung Ende 2021 bzw. Anfang 2022 die Veränderungen nachzeichnen, die im Laufe der Pandemie eingetreten sind. Da davon auszugehen ist, dass die Bewältigung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Pandemiefolgen auch noch in den nächsten Jahren das Handeln der Bundes-, Landes- sowie Kommunalpolitik bestimmen wird, ist eine genaue Kenntnis und ein regelmäßiges Monitoring dieser Entwicklungen des Zusammenhalts unerlässlich. Dies ist umso mehr geboten, da sich die krisenhaften Zustände, auch jenseits der Pandemie, dauerhaft fortsetzen könnten: Die gesellschaftliche Transformation, die aufgrund der Klimakrise notwendigerweise begonnen hat, birgt soziale und politische Sprengkraft, der Krieg in der Ukraine hat zu einer sicherheitspolitischen Zäsur geführt und die wirtschaftliche Lage scheint zumindest auf mittlere Sicht weiterhin eingetrübt.

Zahlreiche unserer Studien aus den letzten Jahren haben gezeigt, dass dem sozialen Zusammenhalt eine zentrale Rolle bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zukommt. In kohäsiven Gemeinwesen ist es auch um die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung besser bestellt als in solchen mit einem schwächeren Zusammenhalt (vgl. Arant, Dragolov et al., 2017; Arant, Larsen et al., 2017; Arant, Larsen et al., 2016; Dragolov et al., 2014; Dragolov et al., 2013; Schiefer et al., 2012). Die Frage, was die Gesellschaft unter diesen Bedingungen zusammenhält bzw. weiter einandertreibt, ist somit drängender denn je.

## Zielsetzung der vorliegenden Studie

Im Jahr 2019 führten wir aus, dass der Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse nahelegt, dass sich die Politik – wenn ihr die Lebensqualität der Bürger:innen ein zentrales Anliegen ist – der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts annehmen muss. Die Erfassung eines ganzheitlichen Sozialindicators für den gesellschaftlichen Zusammenhalt lässt sich als Daueraufgabe anwendungsorientierter Sozialforschung verstehen und bietet eine empirische Basis rationalen politischen Handelns. Dies gilt umso mehr, wenn ein Jahrhundertereignis wie die COVID-19-Pandemie massiv Einfluss darauf nimmt, wie Menschen miteinander umgehen (vgl. Follmer et al., 2020; Brand et al., 2021).

Die hier vorliegende Studie trägt dieser Forderung Rechnung. Sie konzentriert sich auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg während der Pandemie. Im Dezember 2021 und im Januar 2022 nahmen insgesamt 2.716 Bürger:innen Baden-Württembergs (ab 16 Jahren) an einer repräsentativen deutschsprachigen Online-Befragung teil. Der Erhebungszeitraum rund um die Weihnachtstage war erneut geprägt von großer Unsicherheit in der Bevölkerung. Die Delta-Variante des Coronavirus sorgte für viele schwere Erkrankungen – mit der Folge, dass erneut strengere Maßnahmen des Gesundheitsschutzes eingeführt werden mussten und der Zugang zum öffentlichen und gesellschaftlichen Leben reglementiert war. Das Aufkommen der noch ansteckenderen Omikron-Variante wirkte zu diesem Zeitpunkt als ein weiteres nicht eindeutig abschätzbares Risiko. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung schien erneut massiv bedroht.

Dass es sich hierbei nicht um reinen Alarmismus handelte, geht aus dem einschlägigen Wochenbericht des Robert Koch-Instituts vom 6. Januar 2022 hervor, in dem sich auf Seite 3 folgende Bewertung der Situation findet:

*„Das Robert Koch-Institut schätzt die Gefährdung durch COVID-19 für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland insgesamt als sehr hoch ein. Ursächlich hierfür ist das Auftreten und die rasante Verbreitung der Omikron-Variante, die sich nach derzeitigem Kenntnisstand (aus anderen Ländern) deutlich schneller und effektiver verbreitet als die bisherigen Virusvarianten. Dadurch ist mit einer schlagartigen Erhöhung der Infektionsfälle zu rechnen und es kann zu einer schnellen Überlastung des Gesundheitssystems und ggf. weiterer Versorgungsbereiche kommen. Die Infektionsgefährdung wird für die Gruppe der Ungeimpften als sehr hoch, für die Gruppen der Genesen und Geimpften mit Grundimmunisierung (zweimalige Impfung) als hoch und für die Gruppe der Geimpften mit Auffrischimpfung (dreimalige Impfung) als moderat eingeschätzt.“*

Die Wochenberichte des Landesgesundheitsamtes Baden-Württemberg (2022) berichten einen Jahreshöchststand aller relevanten Kennziffern für die 47. bzw. 48. Kalenderwoche 2021 und ab dem Jahreswechsel 2021/22 einen erneuten Anstieg.

Neben der Darstellung von Stand und Entwicklung des sozialen Miteinanders in Baden-Württemberg seit 2019 sind die Handlungsansätze zur Stärkung des Zusammenhalts mit einem Fokus auf Jugendliche wie auch auf Familien mit Kindern der weitere Schwerpunkt der hier vorliegenden Untersuchung. Dass das Ausmaß des Zusammenhalts in der Studie mit demselben Instrument gemessen wird wie in mehreren *Radar*-Studien zuvor, ermöglicht einen Vergleich der Daten von 2017, 2019

und 2020 mit aktuellen Daten aus dem Jahr 2022. Es kann festgestellt werden, ob sich der Zusammenhalt in Baden-Württemberg über die Zeit verändert hat – und wenn ja, auf welche Weise. Eine derartige Längsschnittstudie zum Zusammenhalt in Deutschland dürfte insofern einmalig sein, als die ersten großen Förderprogramme zur Bedeutung der COVID-19-Pandemie (vgl. Volkswagen Stiftung, 2020; Delhey et al., 2020) erst im Jahr 2020 gestartet wurden.

Wie schon in der auf Baden-Württemberg fokussierten Studie von 2019 wird auch diesmal wieder der Frage nachgegangen, inwieweit bestimmte soziale Gruppen einen höheren bzw. niedrigeren Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts erleben. Auf dieser Weise lässt sich prüfen, ob es im Bundesland Anzeichen sozialer Spaltung gibt und entlang welcher sozioökonomischen Merkmale diese verläuft. Vor allem wendet sich die aktuelle Studie aber natürlich der Frage zu, wie die Coronapandemie den Zusammenhalt in Baden-Württemberg beeinflusst und wie Menschen den Umgang der Politik mit der Pandemie erleben.

Im auf diese Einleitung folgenden Kapitel 1 stellen wir zunächst das Konzept des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor, das dieser Studie zugrunde liegt. Anschließend berichten wir in Kapitel 2, wie es aktuell um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg bestellt ist und vergleichen die Ergebnisse mit denen aus den Jahren 2017 und 2019. Außerdem schauen wir uns die neun Zusammenhaltsgimensionen unseres Messkonzepts etwas genauer an. In Kapitel 3 geht es um die unmittelbaren Auswirkungen der Coronapandemie und des Umgangs mit ihr auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Kapitel 4 beinhaltet einen fokussierten Blick auf die Auswirkungen der Pandemie in vulnerablen Bevölkerungsgruppen, wie Nichterwerbstätigen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss, chronisch Kranken und Einkommensarmen. Kapitel 5 richtet den Blick dann gezielt auf Jugendliche und Familien mit kleinen Kindern und deren Umgang mit der Pandemie. In Kapitel 6 stellen wir noch einmal die Frage, ob gesellschaftlicher Zusammenhalt dem Wohlbefinden der Bürger:innen wirklich zuträglich ist und wenn ja, inwieweit dessen Förderung das Wohlbefinden tatsächlich steigert. Abschließend leiten wir in Kapitel 7 aus den Befunden der hier berichteten Studie Handlungsempfehlungen an die Politik ab und ziehen in Kapitel 8 ein Gesamtfazit.



1  
SOZIALER  
ZUSAMMENHALT

**W**ie ist es aktuell um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg bestellt und wie hat er sich in den vergangenen Jahren – insbesondere unter dem Einfluss der Coronapandemie – verändert? Um diese zentralen Fragen der vorliegenden Studie beantworten zu können, stellen wir zunächst das zugrunde liegende Konzept zur Messung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor, bevor wir in den nachfolgenden Kapiteln auf die Ergebnisse eingehen. Wie bei der ersten Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg (Dragolov et al., 2019) orientieren wir uns hierbei konzeptionell und methodisch stark an der Studie zum Zusammenhalt in Deutschland aus dem Jahr 2017 (Arant, Dragolov et al., 2017).

## 1.1

### Was verstehen wir unter gesellschaftlichem Zusammenhalt und wie wird er gemessen?

Grundsätzlich folgen wir in dem vorliegenden Bericht den theoretischen Annahmen des *Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt* (Dragolov et al., 2013; Dragolov et al., 2016; Schiefer et al., 2012). Damit schließen wir uns dem akademischen Konsens darüber an, dass Zusammenhalt (a) ein Merkmal eines Gemeinwesens ist und nicht ein Charakteristikum einzelner Personen, dass es sich (b) um ein graduelles Phänomen handelt, Gemeinwesen also mehr oder weniger kohäsiv sein können, und dass es sich (c) um ein mehrdimensionales Konzept handelt. Auch wenn Zusammenhalt das Merkmal eines Gemeinwesens ist, also eine kollektive Qualität beschreibt, drückt sich der Grad des Zusammenhalts in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitglieder und Gruppen des Gemeinwesens aus. Der Grad des Zusammenhalts kann also durch die Befragung der Mitglieder und Gruppen des Gemeinwesens erfasst werden und somit auch persönliches Erleben abbilden.

Auch die vorliegende Studie betrachtet in diesem Sinne gesellschaftlichen Zusammenhalt als Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen. Ein kohäsives Bundesland ist gekennzeichnet durch

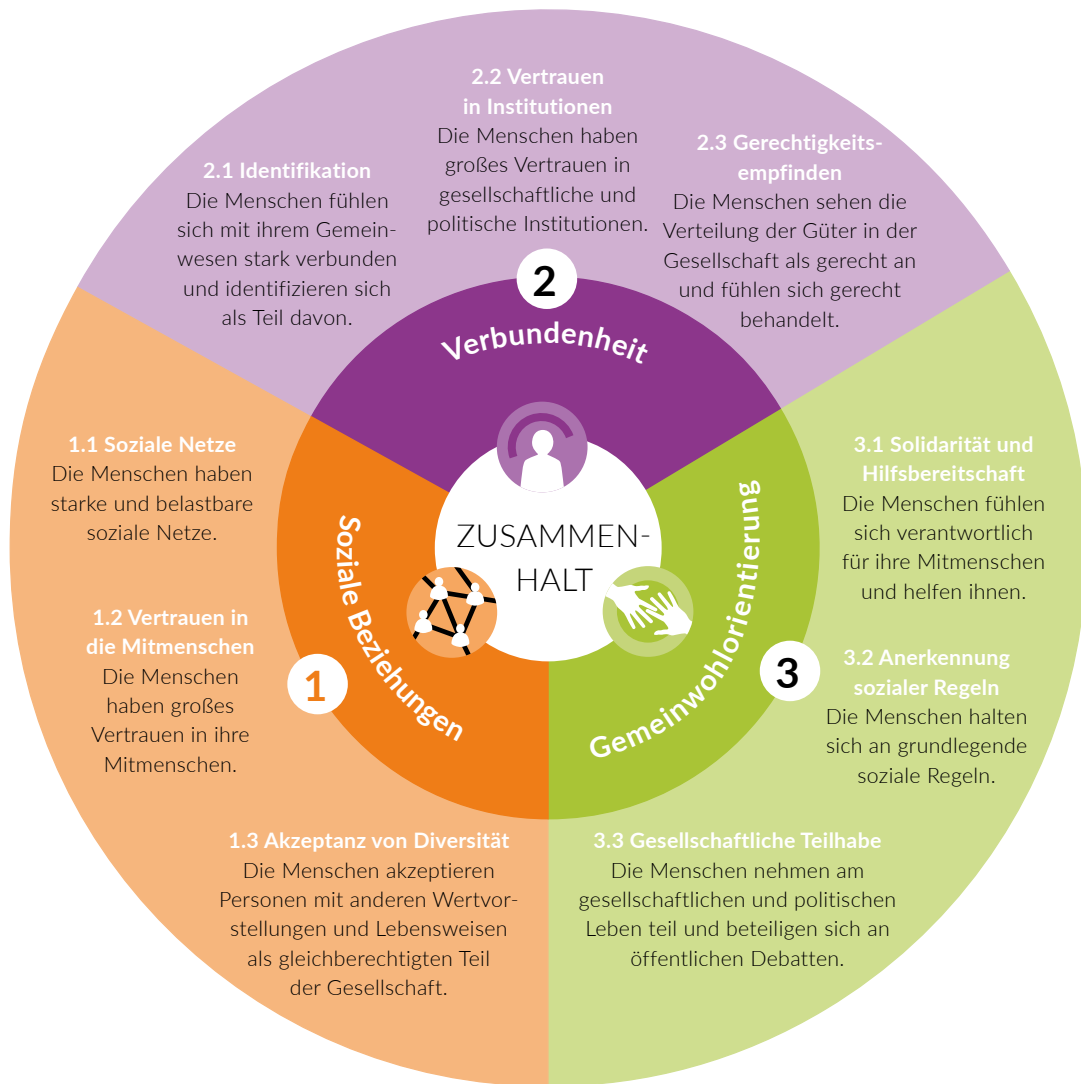
- belastbare soziale Beziehungen,
- eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und
- eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung.

Wie Abbildung 1 veranschaulicht, stellen diese drei Aspekte die Kernbereiche von Zusammenhalt dar, die sich wiederum jeweils in drei Dimensionen untergliedern. Der Bereich „Soziale Beziehungen“ spricht neben der Akzeptanz von Diversität die Intaktheit sozialer Netze und das generelle Vertrauen in die Mitmenschen an. Der Bereich „Verbundenheit“ erfasst das Ausmaß der Identifikation mit dem jeweiligen Gemeinwesen, das Vertrauen in dessen Institutionen und das subjektive Erleben gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Ob Menschen sich anderen gegenüber solidarisch und hilfsbereit zeigen, grundlegende Regeln des Miteinanders befolgen und sich gesellschaftlich und politisch engagieren, wird im Bereich „Gemeinwohlorientierung“ erfasst.



ABBILDUNG 1

**MEHRDIMENSIONALES KONZEPT VON ZUSAMMENHALT**



Quelle: Arant, Dragolov et al 2017

| BertelsmannStiftung

Sozialer Zusammenhalt hat also im Ansatz des *Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt* neun verschiedene Bausteine oder Dimensionen. Die in Abbildung 1 aufgeführten „Leitsätze“ charakterisieren jede Dimension kurz und prägnant.

Bei der empirischen Erfassung des Grads des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg wendet die vorliegende Studie wieder den auf der 2017er-Studie für Deutschland als Ganzes basierenden methodischen Ansatz an – so wie die Vorgängerstudie aus dem Jahr 2019 und die erneute deutschlandweite Studie aus dem Jahr 2020. Dementsprechend können der Gesamtindex und seine Dimensionen Werte von 0 (schwächstmöglicher Zusammenhalt) bis 100 (stärkstmöglicher Zusammenhalt) annehmen. Auf eine detaillierte Beschreibung der Methodologie wird in diesem Bericht verzichtet. Interessierte Leser:innen finden eine ausführliche Darstellung in der entsprechenden Publikation der Bertelsmann Stiftung (Arant, Dragolov et al., 2017). Auch im Anhang dieses Berichts findet sich hierzu ein kurzer Abschnitt.

2

SOZIALER ZUSAMMENHALT  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG  
VON 2017 BIS HEUTE

Dieses Kapitel berichtet den Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg 2022 und prüft, ob sich dieser von 2017 über 2019 und 2020 bis heute verändert hat. Da der Vergleich der Jahre 2017 und 2019 bereits ausführlich in der ersten Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg (Dragolov et al., 2019) diskutiert wurde und die deutschlandweite Befragung aus dem Jahr 2020 eine für ausführliche Vergleiche zu kleine Stichprobe von Menschen aus Baden-Württemberg umfasste (283 Befragte), liegt der Fokus im vorliegenden Bericht auf den Unterschieden zwischen 2019 und 2022. Die Präsentation der Ergebnisse aus dem Jahr 2017 wie auch der kurze Verweis auf die Daten aus dem Frühjahr 2020 dienen in erster Linie der Kontextualisierung und weiteren Einordnung. Technische und methodische Hinweise zu den Daten sowie zur Berechnung der Dimensions- und Indexwerte sind dem Anhang zu entnehmen.

## 2.1 Rückschau: Sozialer Zusammenhalt 2017, 2019 und 2020

Bereits 2017 berichtete die Studie „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland“ der Bertelsmann Stiftung (Arant, Dragolov et al., 2017) über den Grad des Zusammenhalts in den deutschen Bundesländern und ihren Regionen. Mit 63 Punkten wies Baden-Württemberg damals den zweithöchsten Wert im Vergleich der Bundesländer auf. Bei der erneuten Messung im Frühjahr 2019 zeigte sich, dass sich der Zusammenhalt mit 0,8 Punkten Zuwachs in der Zwischenzeit nur marginal verändert hatte.

Ähnlich verhielt es sich beim Vergleich der neun Dimensionen über die Zeit hinweg. Zwar kam es mitunter zu Veränderungen in der Rangreihenfolge einzelner Dimensionen, die Unterschiede zwischen 2017 und 2019 waren statistisch jedoch nur in zwei Fällen bedeutsam: Sowohl die Dimension 1.3 „Akzeptanz von Diversität“ als auch die Dimension 2.1 „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ verzeichneten einen nennenswerten Zuwachs. Diese Ergebnisse sprechen nicht nur für die Robustheit der Messmethode, sondern sie bestätigen darüber hinaus die Befunde aus früheren Studien, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt unter „normalen“ Bedingungen ein relativ stabiles Merkmal eines Gemeinwesens ist (vgl. Dragolov et al., 2016; Delhey et al., 2018).

Ein detaillierter Blick auf die Ergebnisse zeigt allerdings, dass es zwischen den neun Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts (siehe *Abbildung 1*) deutliche Unterschiede in ihrer relativen Stärke gibt. Überdurchschnittliche Werte gab es 2019 für die Akzeptanz von Vielfalt (Dimension 1.3) aus dem Bereich „Soziale Beziehungen“, für die Identifikation mit dem Gemeinwesen (Dimension 2.1) aus dem Bereich „Verbundenheit“ und für die Anerkennung sozialer Regeln (Dimension 3.2) aus dem Bereich der Orientierung am Gemeinwohl. Im Gegensatz dazu lagen die Indexwerte beim Vertrauen sowohl in Mitmenschen (Dimension 1.2) als auch in Institutionen (Dimension 2.2) unter dem baden-württembergischen Durchschnitt aller neun Dimensionen. Besonders niedrige Werte gab es für das subjektive Gerechtigkeitsempfinden (Dimension 2.3). Allerdings erreicht diese Dimension, die erfasst, ob die Menschen die Verteilung von Ressourcen gesamtgesellschaftlich als gerecht

betrachten, seit Jahren in allen Bundesländern geringe Werte. Eine aktuelle Vertiefungsstudie (Baarck et al., i. E.) zu dieser Dimension bestätigt diesen Befund.

Die deutschlandweite Befragung im Jahr 2020 fand im Frühjahr statt und fiel damit ziemlich genau in die Anfangsphase der Coronapandemie. Der Gesamtindexwert für Baden-Württemberg lag damals bei 61 Punkten – und damit nur geringfügig unter dem Wert von 2019. Eine zweifache Nachbefragung eines kleinen Teils der 2020 Befragten (Brand et al., 2021; Hartz, 2021) zeigt, dass der soziale Zusammenhalt Anfang 2020 (also vor dem vollen Ausbruch der Pandemie) in der Tat Werte ähnlich denen von 2017 und 2019 erreichte. Im Sommer 2020 lagen die Werte dann sogar über den zuvor gemessenen Werten, gingen dann aber im Dezember 2020 merklich zurück. Erkennbar wird in der 2020er-Studie eine zunehmende soziale Spaltung: Ärmere und gering qualifizierte Befragte erlebten schon vor zwei Jahren einen signifikant geringeren sozialen Zusammenhalt. Zum Jahresende gab es eine Zunahme von Sorgen und schon damals auch eine Warnung: Es kommt darauf an, wie sich die Pandemie langfristig entwickelt und wie Politik und Gesellschaft damit umgehen.

Nachfolgend vergleichen wir die Ergebnisse aus der Baden-Württemberg-Studie von 2019 mit den aktuellen Befragungsdaten. Dabei gehen wir auf den Gesamtindex Zusammenhalt sowie auf die Werte der neun Dimensionen auf Bundesland-Ebene ein.

## 2.2 Entwicklung des Zusammenhalts in Baden-Württemberg 2022

Ein zentrales Anliegen der aktuellen Studie ist es, zu überprüfen, inwieweit sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg verändert hat. Erste Indizien liefert die Verteilung der Antworten auf zwei allgemeine Einzelfragen, die wir seit 2017 kontinuierlich bei unseren Befragungen stellen.

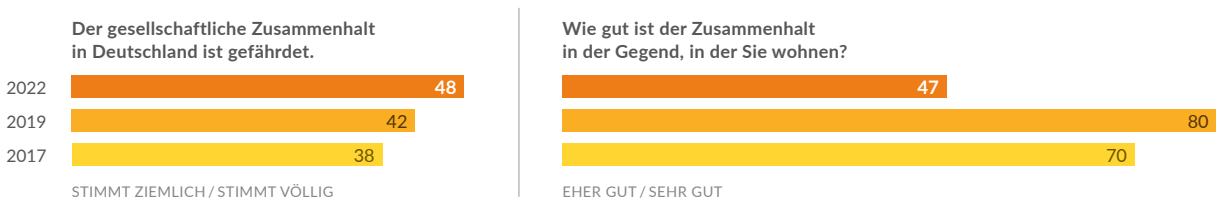
### 2.2.1 Subjektive Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Bei der Frage, ob der Zusammenhalt in Deutschland grundsätzlich gefährdet ist, zeigt der Vergleich der drei Messzeitpunkte eine steigende Sorge der Menschen (siehe Abbildung 2). Während 2017 38 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass dies völlig oder ziemlich der Fall sei, hielten 2019 bereits gut 42 Prozent den Zusammenhalt für gefährdet. Im Jahr 2020 lag dieser Wert deutschlandweit bei 44 Prozent (vgl. Follmer et al., 2020). Heute liegt der Prozentsatz der Bürger:innen Baden-Württembergs, die den Zusammenhalt in Deutschland gefährdet sehen, bei 48 Prozent und ist damit in fünf Jahren insgesamt um gut 10 Prozentpunkte gestiegen.

Ein deutlich komplexeres Bild ergibt sich, wenn die Menschen nach dem Zusammenhalt in ihrem eigenen Nahbereich gefragt werden. Im Jahr 2017 schätzten 70 Prozent der Befragten aus Baden-Württemberg den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend als sehr gut oder eher gut ein; 2019 bewerteten sogar 80 Prozent der Befragten den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend positiv. Diese beiden Ergebnisse deuten zunächst auf eine Diskrepanz hin – zwischen dem Erleben in der eigenen konkreten Lebenswelt der Menschen und dem, was in der Gesellschaft verbreitet wurde (etwa über die Berichterstattung in den Medien oder die politischen und gesellschaftlichen Diskurse): Während von 2017 bis 2019 die grundsätzliche Sorge um den Zusammenhalt in Deutschland wuchs, empfanden die Menschen den Zusammenhalt in ihrem eigenen Umfeld als zunehmend besser. Diese Tendenz bestätigte sich auch deutschlandweit im Jahr 2020 (vgl. Brand et al., 2021). So gingen die zunehmenden Ängste um den Zusammenhalt im Land 2019 und sogar noch 2020 nicht mit einer negativeren Beurteilung des Zusammenhalts in der eigenen Wohngegend einher. Dies ändert sich jedoch im Jahr 2022 drastisch: Nur noch knapp 47 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg geben an, dass der Zusammenhalt in ihrer Wohngegend eher gut oder sogar sehr gut ist, was einen Rückgang um 33 Prozentpunkte seit 2019 darstellt.

ABBILDUNG 2

**SUBJEKTIVE EINSCHÄTZUNGEN ZUM ZUSAMMENHALT**



Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmungsraten zur Aussage „Der Zusammenhalt in Deutschland ist gefährdet“ sowie zur Frage „Wie gut ist der Zusammenhalt in der Gegend, in der Sie wohnen?“ in den Jahren 2017, 2019 und 2022 unter Befragten aus Baden-Württemberg (N<sub>2017</sub> = 508, N<sub>2019</sub> = 1.398, N<sub>2022</sub> = 2.716).

| BertelsmannStiftung

Grundsätzlich lässt sich also seit vielen Jahren beobachten, dass die Menschen den Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet ansehen. Anders als früher gilt dies nunmehr aber auch für das eigene Wohnumfeld. Hier scheint zum Tragen zu kommen, dass die negativen sozialen Auswirkungen der Pandemie für alle Menschen im eigenen Alltag erfahrbar waren. Während der gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt relativ unabhängig von der eigenen Lebensrealität eingeschätzt wird und unter Umständen genau deshalb nicht so stark abgefallen ist, erleben die Menschen in ihrem eigenen Umfeld und in der Nachbarschaft die Konsequenzen von über zwei Jahren Pandemie. Früher standen sich oftmals die eigenen positiven Erfahrungen im persönlichen Umfeld und das eher negative medial vermittelte Bild der gesellschaftlichen Entwicklungen im Allgemeinen konträr gegenüber. Die Veränderungen, Probleme und Konflikte, die im Zuge der Coronapandemie entstanden, waren jedoch für die allermeisten Menschen im eigenen Alltag unmittelbar erfahrbar, was vermutlich auch die Bewertung des Zusammenhalts in der eigenen Wohngegend beeinflusst.

## 2.2.2 Objektive Erfassung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Weil die Validität bei einer Messung anhand solcher zusammenfassenden Einzelfragen jedoch problematisch ist, fußt die hier vorgelegte Studie auf dem in *Abbildung 1* dargestellten mehrdimensionalen Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Dadurch ist es möglich, die unterschiedlichen Facetten von Zusammenhalt detailliert zu betrachten.

Im Folgenden diskutieren wir deshalb die neun Dimensionen für Baden-Württemberg im Zeitvergleich. Hierzu haben wir die Unterschiede anhand einfacher Varianzanalysen auf Basis der Individualdaten herausgearbeitet. Dabei konzentrieren wir uns auf die Unterschiede zwischen 2019 und 2022. Eine detaillierte Darstellung der Unterschiede zwischen 2017 und 2019 findet sich in der bereits erwähnten Vorgängerstudie (Dragolov et al., 2019). Zusammengefasst lässt sich jedoch sagen, dass dieser erste Vergleichszeitraum sowohl beim Gesamtindex als auch beim Vergleich der einzelnen Zusammenhaltsdimensionen weitgehend von Stabilität geprägt war. Die Unterschiede zwischen beiden Erhebungszeiträumen waren überwiegend minimal.

Die aktuellen Daten belegen, dass die über lange Jahre nachgewiesene Stabilität des sozialen Zusammenhalts abgenommen hat. Die Vergleichswerte für den Gesamtindex und die neun Teildimensionen des Zusammenhalts aus 2017, 2019 und 2022 sind in *Tabelle 1* dokumentiert. Die Spalte „Differenz“ kennzeichnet dabei das Ausmaß der Veränderung zwischen 2019 und 2022. Zusätzlich ist angegeben, ob die gefundenen Unterschiede statistisch signifikant sind. Wie unschwer zu erkennen ist, weist jede der neun Dimensionen zwischen 2019 und 2022 einen statistisch bedeutsamen Rückgang auf. Am stärksten eingebüßt hat die Identifikation mit dem Gemeinwesen (Dimension 2.1) mit einem

**TABELLE 1  
SOZIALER ZUSAMMENHALT IN BADEN-WÜRTTEMBERG IM ZEITVERGLEICH**

SOZIALER ZUSAMMENHALT	2017	2019	2022	DIFFERENZ 2019 - 2022	p
<b>Gesamtindex</b>	63,0	63,8	53,8	- 10,0	***
<b>Dimensionen</b>					
1.1 Soziale Netze	72,5	73,9	59,4	- 14,5	***
1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	57,3	56,4	46,7	- 9,7	***
1.3 Akzeptanz von Diversität	80,6	84,1	75,5	- 8,6	***
2.1 Identifikation	78,0	81,7	61,7	- 20,0	***
2.2 Vertrauen in Institutionen	54,6	54,6	47,9	- 6,7	***
2.3 Gerechtigkeitsempfinden	40,7	39,8	38,5	- 1,3	**
3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	50,7	51,0	38,4	- 12,6	***
3.2 Anerkennung sozialer Regeln	78,1	79,8	70,3	- 9,5	***
3.3 Gesellschaftliche Teilhabe	54,5	53,3	45,5	- 7,8	***

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen (0 – 100) des Gesamtindex Zusammenhalt und seiner Dimensionen (wie erfasst in den Jahren 2017, 2019 und 2022) sowie für den letzten Zeitraum das Ausmaß der Veränderungen im Vergleich und deren statistische Signifikanz (\*\* $p \leq 0,01$ ; \*\* $p \leq 0,05$ ).

Unterschied von 20 Punkten zu 2019, es folgen die sozialen Netze (Dimension 1.1: - 14,5 Punkte) sowie Solidarität und Hilfsbereitschaft (Dimension 3.1; - 12,6 Punkte). Aber auch beim Vertrauen in die Mitmenschen (Dimension 1.2), der Anerkennung sozialer Regeln (Dimension 3.2), der Akzeptanz von Vielfalt (Dimension 1.3), der gesellschaftlichen Teilhabe (Dimension 3.3) und dem Institutionenvertrauen (Dimension 2.2) liegt der Rückgang zwischen 7 und knapp 10 Punkten – und ist somit substantiell. Einzig beim Gerechtigkeitsempfinden (Dimension 2.3) ist die Einbuße zwar statistisch bedeutsam, mit nur 1,3 Punkten jedoch vergleichsweise gering. Ein Grund hierfür könnte ein sogenannter Floor-Effekt sein: Da diese Dimension nicht nur in Baden-Württemberg, sondern über alle Bundesländer hinweg seit Beginn der Untersuchung des Zusammenhalts kontinuierlich sehr geringe Werte aufweist, fällt das Absinken schlichtweg geringer aus als bei Dimensionen, die einen größeren numerischen Spielraum nach unten bieten.

Angesichts der Art der Krise erscheinen diese deutlichen Rückgänge bei einigen Dimensionen auf den ersten Blick plausibel. So lassen sich die schwächer ausgeprägten sozialen Netze (Dimension 1.1) und die zurückgegangene gesellschaftliche Teilhabe (Dimension 3.3) als recht offensichtliche Folgen der Kontaktreduktionen und des Herunterfahrens des öffentlichen Lebens interpretieren. Es gab weniger „reale“ Treffen mit anderen Menschen und somit auch weniger Gelegenheiten, um Kontakte und Engagement zu pflegen. Ebenso lässt sich argumentieren, dass der Rückgang beim Institutionenvertrauen (Dimension 2.2) mit der (Un-)Zufriedenheit mit dem politischen Pandemiemanagement in Verbindung steht. Bei anderen Dimensionen, beispielsweise der Identifikation mit dem Gemeinwesen (Dimension 2.1), fallen die möglichen Erklärungsansätze jedoch nicht unmittelbar ins Auge. Hierauf kommen wir in den jeweiligen Abschnitten zu den einzelnen Dimensionen noch einmal zurück.

Nach unserer Ansicht sind die hier ausgewiesenen Unterschiede fast ausschließlich den mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen der Coronapandemie zuzurechnen, selbst wenn die Interpretation in einigen Fällen schwerfällt. Zwar lassen sich Effekte des konkreten Erhebungszeitraums sowie der Erhebungsmethode nicht gänzlich ausschließen, aber angesichts des erheblichen Ausmaßes der Veränderungen und der Validierung durch weitere Umfragedaten (z.B. Unzicker, 2022a; 2022b) scheinen diese Effekte im Großen und Ganzen vernachlässigbar zu sein. Dennoch weisen wir darauf hin, dass die Erhebungen 2017 und 2019 telefonisch stattfanden, während die Erhebung 2022 online durchgeführt wurde. Bei Online-Befragungen besteht die Möglichkeit, dass Befragte weniger stark sozial erwünscht antworten als in einem unmittelbaren Gespräch mit einem Interviewer bzw. einer Interviewerin am Telefon, wodurch sich die Ergebnisse unterscheiden können. Zusätzlich war der Erhebungszeitraum gerade im Dezember 2021 durch einen Höchststand an Infektionen (der ab Anfang 2022 erheblich übertroffen werden sollte), durch scharfe Debatten über neue einschränkende Maßnahmen und die Einführung einer Impfpflicht sowie durch die drohende Omikron-Welle geprägt.



## 2.3

# Ergebnisse zu den einzelnen Dimensionen des Zusammenhalts und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen

Während die Gründe für das teils doch erhebliche Absinken des Zusammenhalts nicht vollständig aufgeklärt werden können, lässt sich leichter ein besseres Verständnis dafür bekommen, wer in Baden-Württemberg besonders von dem geschwächten Miteinander betroffen ist. Hierzu haben wir untersucht, zwischen welchen gesellschaftlichen Gruppen sich die Einschätzung des sozialen Zusammenhalts unterscheidet. Die Analysen beziehen sich dabei ausschließlich auf die im Jahr 2022 erhobenen Daten und zunächst nur auf den Gesamtindex. Es geht darum, abzubilden, ob es in Baden-Württemberg aktuell zwischen sozialen Gruppen Unterschiede im Erleben von Zusammenhalt gibt und entlang welcher sozioökonomischen Merkmale diese verlaufen. Ein Beispiel hierfür wäre, wenn junge und alte Menschen das Ausmaß des sozialen Zusammenhalts in ihrem Gemeinwesen deutlich unterschiedlich erleben. Allgemeiner formuliert geht es somit um die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen einen stärkeren bzw. einen schwächeren Grad an Zusammenhalt erleben.

Ziel unserer Analysen ist es nicht, den Zusammenhalt auf der Ebene der Befragten zu messen – dies ist nicht möglich, denn gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine Eigenschaft von Gemeinwesen, nicht von Individuen. Wir möchten die Gruppen identifizieren, die niedrige Werte im Erleben des gesellschaftlichen Zusammenhalts aufweisen, damit entsprechende Maßnahmen gestaltbar sind, die die Bedürfnisse genau dieser Gruppen berücksichtigen.

Wir betrachten hierfür die objektiven Lebensumstände der Menschen. Zu diesem Zweck verwenden wir sozioökonomische Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Bildungsstand, die in der Befragung selbst erhoben wurden; Tabelle 2 gibt einen Überblick über die untersuchten Merkmale. Variablen, die Auskunft über die persönliche Einstellung geben, wie zum Beispiel die politische oder religiöse Orientierung, fließen nicht in unsere Analysen ein. Allerdings machen wir hier eine Ausnahme: Ergänzend haben wir in unseren Analysen das Gefühl einer politikbezogenen Benachteiligung im Zusammenhang mit der Pandemie aufgenommen. Erfasst haben wir dieses Gefühl mit der Frage „Hat die Politik im Zusammenhang mit der Coronapandemie genug für Menschen wie Sie getan?“, auf die die Befragten mit Ja oder Nein antworten konnten. Es zeigt sich, dass die Antwort auf diese Frage in einem sehr starken Zusammenhang mit dem Erleben des gesellschaftlichen Zusammenhalts und jeder seiner Dimensionen steht.

Um die Bedeutsamkeit dieses Befunds hinreichend diskutieren zu können, verzichten wir im Folgenden zunächst auf die Beschreibung der diesbezüglichen Ergebnisse und reservieren hierfür mit Kapitel 2.5 einen gesonderten Abschnitt. In den nachfolgenden Tabellen und Abbildungen benennen wir das mit dieser Frage angesprochene Thema als „Politische Deprivation“. In der Ergebnisdarstellung konzentrieren wir uns aber zunächst auf die in Tabelle 2 aufgelisteten sozioökonomischen Merkmale. Die Tabelle dokumentiert dazu die sogenannten Zellbesetzungen, also wie viele Menschen jeweils den verschiedenen Kategorien angehören.

TABELLE 2

**GRUPPEN IN DER ANALYSE SOZIALER SPALTUNG IM ERLEBEN  
DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS**

MERKMAL	SOZIALE GRUPPE	ANTEIL (%)
Geschlecht	Mann	49,4
	Frau	50,6
Alter	16 - 24 Jahre	11,6
	25 - 44 Jahre	30,3
	45 - 64 Jahre	33,8
	65 + Jahre	24,3
Migrations- hintergrund	Ja	23,9
	Nein	76,1
Bildungsgrad	Hauptschule / niedriger	39,2
	Realschule	26,2
	Abitur / Hochschule	34,6
Erwerbsstatus	Erwerbstätig	54,2
	Nicht erwerbstätig	19,5
	Rentner:in	26,4
Einkommenschicht	Einkommensarme	19,5
	Untere Mittelschicht	37,6
	Obere Mittelschicht	39,7
	Einkommensreiche	3,2
Lebensweise	Single ohne Kinder	19,3
	Partnerschaft ohne Kinder	17,9
	Partnerschaft mit Kindern	49,7
	Alleinerziehend	13,1
Wohnortgröße	Landgemeinde	3,8
	Kleinstadt	38,5
	Mittelstadt	38,3
	Großstadt	19,4
Chronische Krankheiten	Ja	42,4
	Nein	57,6
Politische Deprivation	Nein (Politik hat genug getan)	38,7
	Ja (Politik hat nicht genug getan)	61,3

Die angegebenen Anteile sind bevölkerungsrepräsentativ gewichtet worden.  
N = 2.716 Befragte.

### 2.3.1 Unterschiede im Gesamtindex zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Zunächst steht der Gesamtindex sozialer Zusammenhalt im Mittelpunkt, im nachfolgenden Abschnitt diskutieren wir dann die Ergebnisse zu den einzelnen Dimensionen. Wir prüfen mit multiplen Regressionsanalysen, ob es Unterschiede in der Wahrnehmung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen den in Tabelle 2 aufgelisteten sozialen Gruppen gibt. Der Vorteil dieser Analysen besteht darin, dass hierbei der Einfluss soziodemographischer Merkmale unter Berücksichtigung aller anderen in der Analyse herangezogenen Merkmale überprüft wird.

Dies bedeutet etwa: Wenn im Folgenden ein Effekt für das Alter nachgewiesen wird, so sind dabei bereits die Effekte von Bildung, Einkommen oder Geschlecht herausgerechnet. Hierzu wählen wir aus jeder sozialen Gruppe eine Kategorie aus, die den Ankerpunkt für den Vergleich mit den anderen Kategorien dieser Gruppe darstellt. Auf diese Weise entsteht eine Referenzperson. In unserem Fall handelt es sich um einen Mann im mittleren Alter zwischen 25 und 44 Jahren ohne Migrationshintergrund. Er hat einen Realschulabschluss, ist erwerbstätig, gehört zur oberen Mittelschicht, lebt in einer Partnerschaft mit Kind(ern) in einer mittelgroßen Stadt und leidet weder an chronischen Erkrankungen noch fühlt er sich durch die Pandemiepolitik vernachlässigt. In unseren Analysen testen wir, ob sich die Durchschnittswerte dieser Person für den erlebten sozialen Zusammenhalt und seine Dimensionen von den Durchschnittswerten etwa von Frauen, chronisch Erkrankten oder Einkommensreichen unterscheiden.

Die folgenden Diagramme (Abbildung 3 bis Abbildung 12) stellen hierfür nicht standardisierte Regressionskoeffizienten grafisch dar. Diese lassen sich als Unterschiede zwischen der jeweiligen sozialen Gruppe und der Referenzperson im Hinblick auf den Gesamtindex des gesellschaftlichen Zusammenhalts bzw. im nächsten Abschnitt auf seine neun Teildimensionen interpretieren. Sowohl der Gesamtindex als auch die Indexwerte der Einzeldimensionen reichen dabei von 0 (schwacher Zusammenhalt) bis 100 (starker Zusammenhalt). Die Ergebnisse aus der Analyse zum Gesamtindex sozialer Zusammenhalt sind in Abbildung 3 zusammengefasst. Die senkrechte Linie stellt den Wert der betrachteten Referenzperson über alle untersuchten Gruppen hinweg auf dem Gesamtindex dar. Die Balken im Diagramm geben an, ob sich im Vergleich zur Referenzperson bedeutsame Unterschiede innerhalb einer Gruppe ergeben.

Die Ergebnisse für den Gesamtindex beschreiben wir exemplarisch sehr detailliert. Bei der darauffolgenden Betrachtung der einzelnen Dimensionen verzichten wir aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf eine solch umfängliche Darstellung und beschränken die Berichterstattung auf die wesentlichen Gruppenunterschiede.

Abbildung 3 macht deutlich, dass der Grad des erlebten Zusammenhalts in Baden-Württemberg in allen untersuchten Gruppen differiert. Bei Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Lebensweise, Migrationshintergrund, Wohnort, Bildungsniveau und Einkommensschicht sind diese Unterschiede signifikant (gekennzeichnet durch die Sternchen im Diagramm).

Beim Geschlecht verzeichnen wir einen signifikanten Unterschied von gut 2 Punkten: Frauen erleben den Zusammenhalt in Baden-Württemberg schwächer als Männer. Ähnlich verhält es sich beim Unterschied zwischen Gesunden und chronisch Kranken, wobei die letztere Bevölkerungsgruppe auf dem Gesamtindex 1,8 Punkte weniger als die fiktive – gesunde – Durchschnittsperson erreicht.

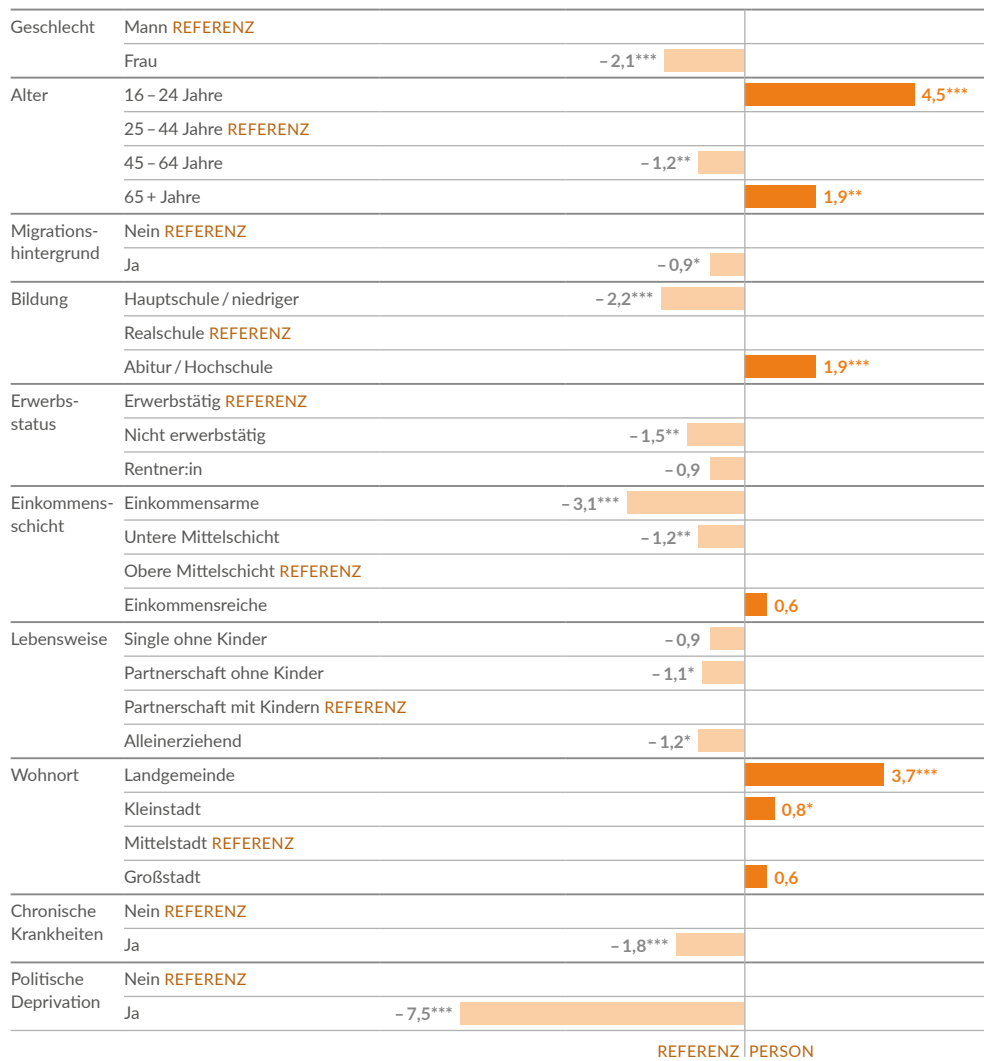
Im Vergleich zu Befragten mittleren Alters empfinden besonders Jüngere einen deutlich stärkeren Grad des Zusammenhalts (+4,5 Punkte), aber auch die ältesten Befragten erleben ihr Bundesland etwas kohäsiver (+ 1,9 Punkte). Erkennbar ist, dass der erlebte Zusammenhalt mit steigender Bildung zunimmt. Im Vergleich zur Gruppe mit Realschulabschluss nehmen niedriger gebildete Menschen den Zusammenhalt als schwächer (- 2,2 Punkte) und besser gebildete als stärker wahr (+ 1,9 Punkte). Während die Unterschiede nach Erwerbsstatus eher gering ausfallen – wobei Erwerbstätige einen etwas höheren Zusammenhalt erleben als die anderen Gruppen –, scheint das Spaltungspotenzial des Einkommens größer zu sein: Die obere Mittelschicht unterscheidet sich nicht von den Einkommensreichen. Im Vergleich dazu ist der erlebte Grad des Zusammenhalts bei den Einkommensarmen jedoch um 3,1 Punkte und bei der unteren Mittelschicht immerhin noch um 1,2 Punkte schwächer.

Vergleichsweise geringe Unterschiede finden wir zwischen den vier Lebensweisen: Im Vergleich zu Befragten, die in einer festen Partnerschaft leben und eigene Kinder haben, unterscheiden sich Menschen in einer festen Partnerschaft ohne Kinder sowie Singles und Alleinerziehende kaum – auch wenn der erlebte Zusammenhalt bei allen drei Vergleichsgruppen grundsätzlich etwas schwächer ausfällt. Deutlich stärker unterscheidet sich der Grad des erlebten Zusammenhalts nach Wohnortgröße: Im Vergleich zu Menschen, die in einer mittelgroßen Stadt wohnen, wird der Zusammenhalt in allen anderen Lebensraumkontexten (also sowohl auf dem Land als auch in Großstädten) als stärker eingeschätzt. Der Effekt ist allerdings nur für Menschen, die auf dem Land leben, mit einem Plus von 3,7 Punkten bedeutsam. Wie Abbildung 3 jedoch verdeutlicht, besteht der größte Unterschied im Erleben des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg beim Gefühl politischer Deprivation (siehe dazu ausführlich Kapitel 2.5).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg unter Frauen, chronisch Kranken und Menschen mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen schwächer wahrgenommen wird. Als besonders stark wird der Zusammenhalt hingegen in der Gruppe der jüngsten Befragten (16- bis 24-Jährige) sowie auf dem Land erlebt. Unsere Analysen legen somit nahe, dass einige der klassischen Risikogruppen in unserer Gesellschaft auch tatsächlich weniger Zusammenhalt spüren. Dies sollte ein (weiteres) Zeichen für Politik und Zivilgesellschaft sein, diese Menschen gezielt zu stärken und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Dass der soziale Zusammenhalt auf dem Land als überdurchschnittlich hoch wahrgenommen wird, mag man mit dem Stereotyp der Idylle „Dorf“ zusammenbringen, „wo die Welt noch in Ordnung ist“. Warum allerdings junge Menschen zwischen 16 und 24 den Zusammenhalt als überdurchschnittlich positiv erleben, wird noch ausführlicher zu diskutieren sein, denn im öffentlichen Diskurs sind es in der Regel gerade Jugendliche, die als in besonderem Maße negativ von der Pandemie betroffen gelten.

ABBILDUNG 3

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN VON SOZIALEM ZUSAMMENHALT (GESAMTINDEX) 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala des Gesamtindex gesellschaftlicher Zusammenhalt. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

## 2.4 Fokus auf die einzelnen Dimensionen des Zusammenhalts

Insgesamt hat der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg zwischen 2019 und 2022 deutlich nachgelassen. Zudem konnten einige vulnerable Gruppen identifiziert werden, die den Zusammenhalt (in seinem Gesamtwert) als besonders schwach erleben.

Nachfolgend wenden wir uns den einzelnen Dimensionen detaillierter zu und sehen uns dazu an, wie die Befragten 2019 und 2022 bei den jeweiligen Indikatoren geantwortet haben, die zusammen eine Dimension abbilden. Dies ist hilfreich, wenn man ein Gefühl dafür bekommen möchte, welche Themen die Menschen in den vergangenen drei Jahren bewegt haben. Außerdem zeigt der Blick auf einzelne Fragen, wo es innerhalb einer Dimension besonders große Verschiebungen gegeben hat.

Im Mittelpunkt stehen die unterschiedlichen sozialen Gruppen, die wir im vorigen Abschnitt vorgestellt haben. Auch hier basieren unsere Befunde auf multiplen Regressionsanalysen für die neun Einzeldimensionen des sozialen Zusammenhalts, und wir nutzen dabei die gleiche Referenzperson zum Vergleich innerhalb der untersuchten Gruppen wie zuvor. Insgesamt zeigen sich bei allen Dimensionen nennenswerte Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen. Da diese Unterschiede von Dimension zu Dimension jedoch deutlich variieren, ergibt sich auf dieser Ebene ein differenzierteres Bild des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg.

### 2.4.1 Soziale Netze (Dimension 1.1)

Für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt spielen soziale Beziehungen eine wichtige Rolle. Hierzu gehört, dass die Menschen in ein intaktes soziales Netz mit Freund:innen, Bekannten, Nachbar:innen oder Arbeitskolleg:innen eingebunden sind, das über die eigene Familie hinausreicht (vgl. Schiefer & van der Noll, 2017). Die Dimension „Soziale Netze“ wurde wie in den vorangegangenen Studien mit vier Einzelindikatoren erfasst, die in Tabelle 3 aufgeführt sind. Mit einem farbigen Dreieck gekennzeichnet werden hier Prozentwertdifferenzen von mehr als 4 Prozentpunkten<sup>1</sup>. Rote Dreiecke markieren Werte, die sich im Jahr 2022 im Vergleich zu 2019 bezogen auf den sozialen Zusammenhalt mindestens um 4 Prozent verschlechtert haben, grüne Dreiecke würden entsprechend gestiegene Werte markieren, die jedoch in der aktuellen Studie nicht vorkommen.

1 Die Bestimmung des Prozentwerts 4 als Schwellenwert für einen inhaltlich interpretationswürdigen Prozentsatzunterschied leitet sich aus der statistischen Literatur zu den Themen „Power“, „Konfidenzintervall“ und „Effektstärke“ ab (vgl. Cohen, 1988). Regelrechte Vertrauensintervalle für alle Einzelindikatoren zu bestimmen, bedarf aufwendiger mathematisch-statistischer Berechnungen, auf die wir hier verzichten. Der von uns festgelegte Schwellenwert ist an der Anzahl der Items pro Dimension ausgerichtet.

TABELLE 3  
**INDIKATOREN DER DIMENSION 1.1 „SOZIALE NETZE“**

Leitsatz: Die Menschen haben starke und belastbare soziale Netze.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Wie groß ist Ihr Freundes- und Bekanntenkreis?</b>			
Sehr klein / eher klein	21,7	41,3	▼
Mittel	41,7	37,6	▼
Eher groß / sehr groß	36,1	21,2	▼
Weiß nicht / verweigert	0,6	0,0	
<b>Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Bekannten oder privat mit Arbeitskollegen?</b>			
Eher selten / sehr selten	13,6	34,3	▼
Manchmal	32,5	39,2	▼
Sehr häufig / eher häufig	53,6	26,5	▼
Weiß nicht / verweigert	0,3	0,0	
<b>Wenn Sie Schwierigkeiten hätten: Haben Sie Freunde, auf deren Hilfe Sie jederzeit zählen können?</b>			
Nein	6,6	17,4	▼
Ja	92,3	82,6	▼
Weiß nicht / verweigert	1,1	0,0	
<b>Haben Sie Freunde oder Bekannte außerhalb Ihrer Familie, die Ihnen im dringenden Notfall 1.000 Euro leihen würden?</b>			
Nein	15,1	34,7	▼
Ja	72,9	65,3	▼
Weiß nicht / verweigert	12,0	0,0	▼

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in Dimension 1.1 für Baden-Württemberg (N<sub>2019</sub> = 1.398, N<sub>2022</sub> = 2.716 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

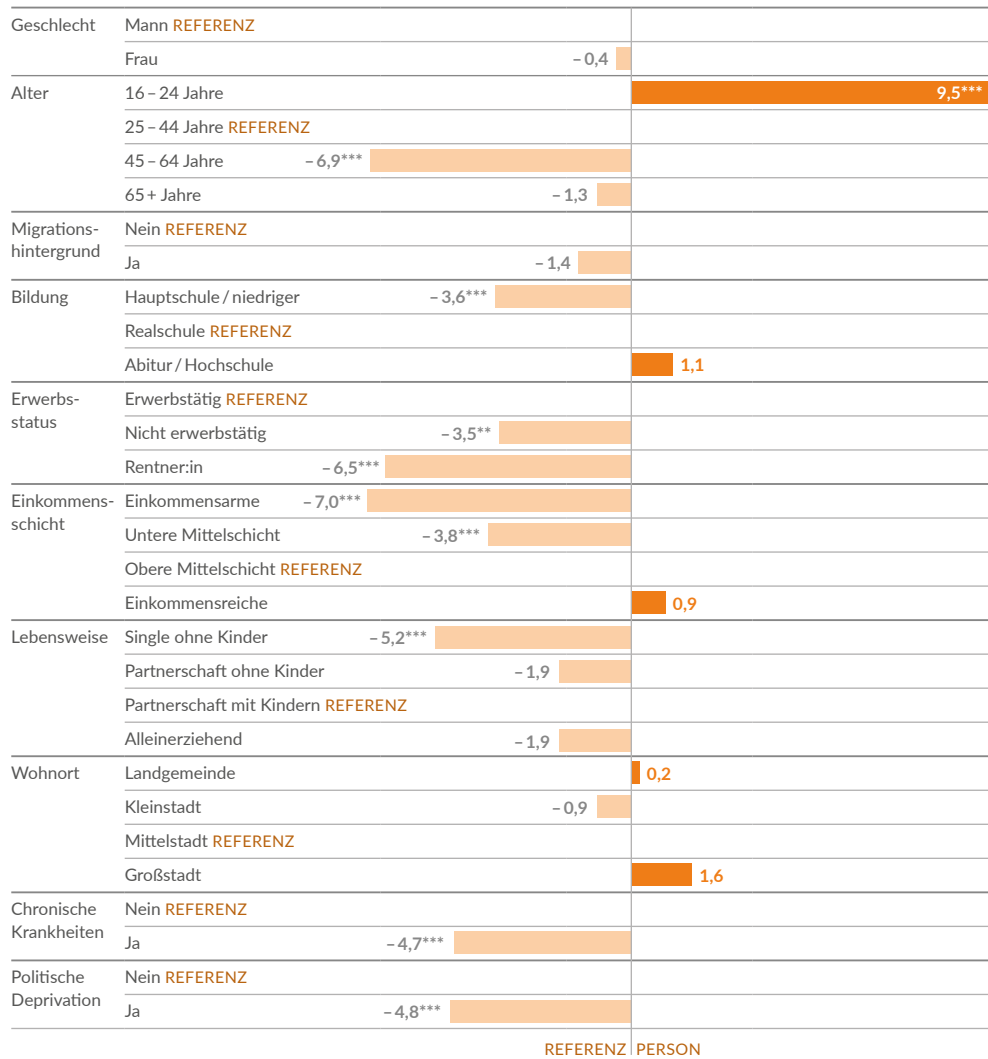
| BertelsmannStiftung

Ein Blick auf die Tabelle macht deutlich, dass es hinsichtlich der Dimension „Soziale Netze“ bei jeder Frage substantielle Veränderungen gegeben hat. Der Freundes- und Bekanntenkreis ist im Durchschnitt erheblich kleiner geworden. Berichteten 2019 noch 36 Prozent der Befragten von einem eher großen oder sehr großen Freundeskreis, sind es 2022 nur noch 21 Prozent. Der Anteil an Menschen in Baden-Württemberg, die nun angeben, einen sehr oder eher kleinen Freundeskreis zu haben, hat sich im Vergleich zu 2019 verdoppelt – von knapp 22 auf gut 41 Prozent. Noch drastischer sind die Unterschiede, wenn die Bürger:innen nach privaten Treffen mit Freund:innen, Bekannten oder Arbeitskolleg:innen gefragt werden. Gaben 2019 noch über die Hälfte (53 Prozent) an, sich häufig zu verabreden, sind es 2022 nur knapp 27 Prozent – ein Rückgang um 26 Prozentpunkte.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass sich das soziale Leben der Menschen im Verlauf der Pandemie deutlich reduziert hat. Zudem legen sie nahe, dass sich nicht nur die Größe des Freundeskreises und die Anzahl persönlicher Kontakte verringert hat, sondern dass auch die Belastbarkeit der eigenen sozialen Netze in den vergangenen zwei Jahren zurückgegangen ist. Heute geben nur noch rund 83 Prozent (-9 Prozent) an, Freund:innen und Bekannte zu haben, auf die sie sich bei Schwierigkeiten

ABBILDUNG 4

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 1.1 „SOZIALE NETZE“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 1.1 „Soziale Netze“. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .



verlassen könnten – und nur noch 65 Prozent (– 8 Prozent) sagen, dass sie sich im Notfall privat eine größere Summe Geld leihen könnten.

Wie Abbildung 4 verdeutlicht, scheint der Beruf als zentraler Ort für Kontakte zu fungieren, denn insbesondere Nichterwerbstätige, Einkommensarme und Rentner:innen berichten von weniger intakten sozialen Netzen. Im Gegensatz dazu bildet das Zusammenleben mit Partner:in und Kind(ern) offenbar eine Brücke ins soziale Miteinander – jedenfalls weisen Singles eher weniger Kontakte auf, genauso wie chronisch Kranke, bei denen gesundheitliche Einschränkungen den Kontakt erschweren.

Dass im Verlauf der Coronapandemie besonders die sozialen Netze der Bürger:innen gelitten haben, ist an sich keine große Überraschung (vgl. Brand et al., 2020). Deshalb wollten wir in der aktuellen Befragung zusätzlich von den Menschen wissen, ob und inwiefern sich der Kontakt zu Freund:innen und Bekannten in der Coronapandemie verändert hat. Fast die Hälfte der Befragten (gut 46 Prozent) gibt an, dass sie (viel) weniger Kontakt haben als vor der Pandemie. Unter jüngeren Befragten (16 bis 24 Jahre) ist dieser Trend dabei weniger stark ausgeprägt (nur knapp 35 Prozent). Zwar nutzt über die Hälfte der Befragten häufig alternative Kontaktmöglichkeiten, wie zum Beispiel das Telefon oder die sozialen Medien, knapp 17 Prozent tun dies jedoch nur selten. Jüngere schreiben allerdings deutlich häufiger Nachrichten oder telefonieren mit ihren Freund:innen, um in Kontakt zu bleiben. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse der vorliegenden Studie, dass die Coronapandemie die sozialen Beziehungen der Menschen in Baden-Württemberg reduziert hat, was sich nach zwei Jahren auch deutlich in Zahlen niederschlägt.

#### 2.4.2

### Vertrauen in die Mitmenschen (Dimension 1.2)

Vertrauen in andere ist eine wichtige Voraussetzung für jede Art positiver Interaktion und damit ein zentraler Aspekt von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Statt bei jedem Kontakt und in jeder Situation alle Risiken abzuwägen und jeden Schritt zu kontrollieren, hilft Vertrauen im Umgang miteinander. Dabei wird vorausgesetzt, dass die meisten Menschen gute Absichten haben, sich in erwartbarer Weise verhalten und – was häufig eine unhinterfragte und selten überprüfte Voreinstellung ist – weitgehend ähnlich „ticken“ wie man selbst.

Seit Beginn der Pandemie sind die Menschen jedoch häufig damit konfrontiert, dass in ihrem eigenen Umfeld plötzlich Meinungen, Haltungen und Verhaltensweisen auftreten, die sie so nicht erwartet haben und die teilweise konträr zu eigenen Einstellungen verlaufen. Vorannahmen über Mitmenschen erweisen sich plötzlich als falsch, und das Vertrauen in andere wird in einigen alltäglichen Situationen tief erschüttert oder sogar gänzlich zerstört.

In unserer Studie unterscheiden wir zwischen dem grundsätzlichen Vertrauen anderen gegenüber und dem Vertrauen gegenüber Menschen, denen man im Alltag begegnet. Die vier Einzelindikatoren der Dimension „Vertrauen in die Mitmenschen“ sind in Tabelle 4 dokumentiert. Mit einem farbigen

TABELLE 4

**INDIKATOREN DER DIMENSION 1.2 „VERTRAUEN IN DIE MITMENSCHEN“**

Leitsatz: Die Menschen haben großes Vertrauen in ihre Mitmenschen.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Den meisten Menschen kann man vertrauen.</b>			
Mittelwert (0 bis 10)	5,8	4,5	▼
<b>Wie sehr vertrauen Sie Menschen, denen Sie zum ersten Mal begegnen?</b>			
Vertraue gar nicht / vertraue wenig	34,5	46,9	▼
Teils, teils	48,7	41,8	▼
Vertraue ziemlich / vertraue völlig	15,9	11,3	▼
Weiß nicht / verweigert	0,9	0,0	
<b>Ich bin davon überzeugt, dass die meisten Menschen gute Absichten haben.</b>			
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	10,8	22,6	▼
Teils, teils	47,0	46,6	
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	41,9	30,8	▼
Weiß nicht / verweigert	0,3	0,0	
<b>Heutzutage kann man sich auf niemanden verlassen.</b>			
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	55,1	33,3	▼
Teils, teils	35,7	42,8	▼
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	8,8	23,9	▼
Weiß nicht / verweigert	0,4	0,0	

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 1.2 für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

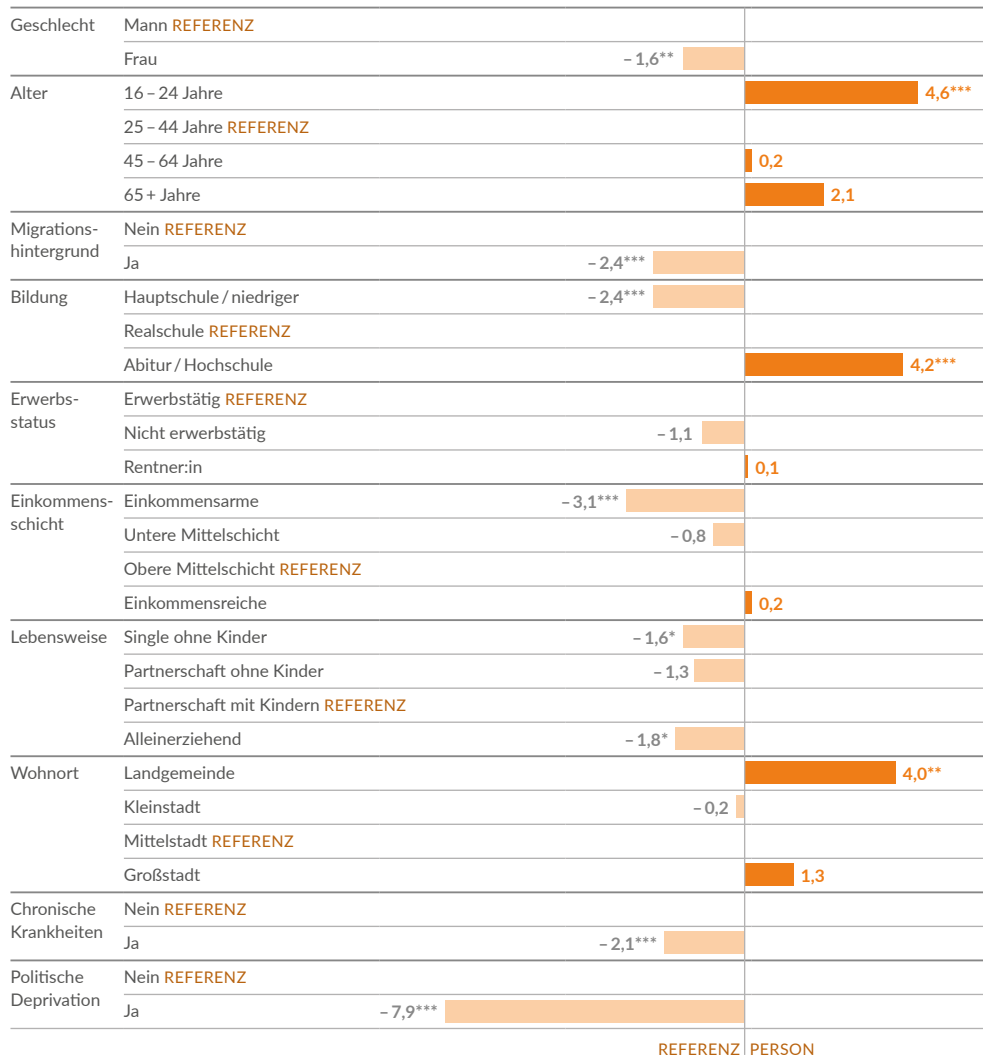
| BertelsmannStiftung

Dreieck gekennzeichnet werden hier erneut – sofern vorhanden – Prozentwertdifferenzen von mehr als 4 Prozentpunkten bzw. Mittelwertsdifferenzen einer vergleichbaren Größe (0,4 Punkte).

Im Vergleich zu 2019 hat die Dimension „Vertrauen in die Mitmenschen“ knapp 10 Punkte verloren (vgl. Kapitel 2.2). Dass die Menschen in Baden-Württemberg anderen im Jahr 2022 deutlich weniger vertrauen als früher, verdeutlicht der Blick auf die einzelnen Indikatoren. So sank nicht nur das grundsätzliche – oder generalisierte – Vertrauen in die Mitmenschen (von durchschnittlich 5,8 auf 4,5 Punkte auf einer Skala von 1 bis 10), sondern auch das Vertrauen in Menschen, denen man zum ersten Mal begegnet. Hatte hier 2019 gut ein Drittel (35 Prozent) kein oder wenig Vertrauen, so ist es 2022 mit 47 Prozent fast die Hälfte der Befragten. Auch zweifeln deutlich mehr Bürger:innen daran, dass die meisten Menschen gute Absichten haben (11 Prozent 2019 gegenüber 23 Prozent 2022). Besonders auffällig ist die Veränderung bei der Aussage, dass man sich heutzutage auf niemanden mehr verlassen kann: Während 2019 nur eine Minderheit von knapp 9 Prozent diese Ansicht teilte, ist es jetzt mit 24 Prozent fast ein Viertel der Befragten. Jüngere, Bessergebildete und Menschen auf dem Land weisen aktuell noch das stärkste Vertrauen in die Mitmenschen auf, während vor allem Arme, Geringgebildete sowie Menschen mit Migrationshintergrund und mit chronischen Erkrankungen in ihrem Vertrauen in die Mitmenschen unterdurchschnittliche Werte aufweisen (siehe Abbildung 5).

ABBILDUNG 5

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 1.2 „VERTRAUEN IN DIE MITMENSCHEN“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 1.2 „Vertrauen in die Mitmenschen“. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

Vor dem Hintergrund der starken Einschnitte im Leben vieler Menschen in den vergangenen zwei Jahren überrascht auch das deutliche Absinken der Werte auf dieser Dimension wenig. Durch immer wieder neue Diskussionen und Auseinandersetzungen über die Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ist das Grundvertrauen vieler Menschen in andere erschüttert (vgl. auch Dimension 2.2 „Vertrauen in Institutionen“). Auch die zunehmend respektloser empfundene Diskussionskultur, insbesondere in den sozialen Medien, kann hierbei eine Rolle spielen (vgl. El-Menouar & Unzicker, 2021).

### 2.4.3 Akzeptanz von Diversität (Dimension 1.3)

Unsere Gesellschaft ist durch eine zunehmende Vielfalt gekennzeichnet. So treffen im Alltag Menschen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Weltanschauungen, religiösen Überzeugungen oder kulturellen Hintergründen aufeinander. Die Dimension „Akzeptanz von Diversität“ erfasst, inwieweit Menschen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft akzeptiert werden. In der vorliegenden Studie wurde diese Dimension mit fünf Einzelindikatoren erfasst. Diese und die prozentuale Verteilung sind in Tabelle 5 dargestellt. Mit einem farbigen Dreieck gekennzeichnet werden hier Prozentwertdifferenzen von mehr als 5 Prozentpunkten und Mittelwertsdifferenzen von mehr als 0,5 Punkten.

Auf den ersten Blick sollte die Akzeptanz von Vielfalt wenig oder überhaupt nicht von der pandemischen Lage in Deutschland beeinflusst werden. Dennoch mischen sich im öffentlichen Diskurs beide Themen, was zu teils starken Verflechtungen führt. Hierfür spricht zum Beispiel, dass Proteste gegen die Coronamaßnahmen in ganz erheblichem Maß von rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteur:innen geprägt wurden. Außerdem fiel die Debatte um „Black Lives Matter“ in die Zeit zwischen den beiden baden-württembergischen Studien zum gesellschaftlichen Zusammenhalt (ab Mai 2020) – und auch die seit dem Verfassungsgerichtsurteil zum „dritten Geschlecht“ im Jahr 2017 verschärfte Diskussion über sexuelle Identität wirkt weiter fort (vgl. Kalkum & Otto, 2017).

Mit einem Minus von 8,6 Punkten – von gut 84 Punkten im Jahr 2019 auf knapp 76 Punkte im Jahr 2022 – konnten wir in Kapitel 2.2 in dieser Dimension vergleichsweise moderate Veränderungen feststellen, die sich jedoch in jedem der verwendeten Indikatoren widerspiegeln. Zwar ist der Anteil der Befragten, die angeben, Menschen mit einem anderen Lebensstil ungern als Nachbar:innen zu haben, in den vergangenen Jahren konstant geblieben, doch der Anteil derer, die sich für Menschen mit einem anderen Lebensstil in der eigenen Nachbarschaft aussprechen, ist um gut 15 Prozentpunkte auf 63 gefallen. Ein ähnliches Muster findet sich auch bei Menschen anderer Religionen und bei Homosexuellen als möglichen Nachbar:innen. Obwohl es 2022 keine große Zunahme offener Ablehnung gegenüber diesen gesellschaftlichen Gruppen gibt, nimmt auch hier der Anteil der Bürger:innen deutlich ab, die sich offen für ein Leben mit Menschen anderer Religionen (– 16 Prozentpunkte) oder mit Homosexuellen (– 12 Prozentpunkte) in der eigenen Nachbarschaft aussprechen.

Noch ablehnender reagiert die Bevölkerung in der aktuellen Befragung bei Menschen aus dem Ausland bzw. mit Migrationshintergrund: Zum einen sinkt die Akzeptanz im Zeitverlauf am stärk-

TABELLE 5

**INDIKATOREN DER DIMENSION 1.3 „AKZEPTANZ VON DIVERSITÄT“**

Leitsatz: Die Menschen akzeptieren Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Hätten Sie Menschen mit ganz anderem Lebensstil ungern als Nachbarn?</b>			
Ungern als Nachbar	17,0	17,4	
Nicht ungern als Nachbar	78,4	63,0	▼
Weiß nicht / verweigert	4,6	19,6	▼
<b>Hätten Sie Menschen anderer Religionen ungern als Nachbarn?</b>			
Ungern als Nachbar	5,8	10,8	
Nicht ungern als Nachbar	91,7	75,7	▼
Weiß nicht / verweigert	2,5	13,5	▼
<b>Hätten Sie Ausländer / Migranten ungern als Nachbarn?</b>			
Ungern als Nachbar	14,3	24,5	▼
Nicht ungern als Nachbar	81,5	57,9	▼
Weiß nicht / verweigert	4,2	17,6	▼
<b>Hätten Sie Homosexuelle ungern als Nachbarn?</b>			
Ungern als Nachbar	5,3	9,3	
Nicht ungern als Nachbar	92,7	80,5	▼
Weiß nicht / verweigert	2,1	10,3	▼
<b>Würden Sie sagen, dass das Leben in Deutschland im Allgemeinen durch zunehmende Vielfalt bedroht oder bereichert wird?</b>			
Mittelwert (0 bis 10)	6,5	5,1	▼

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten bzw. die Mittelwerte der Indikatoren in Dimension 1.3 für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

ten ab (-24 Prozentpunkte) und zum anderen lehnen nunmehr rund 24 Prozent der Befragten Ausländer:innen und Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer eigenen Nachbarschaft ab. Damit sank die Akzeptanz von Vielfalt in den vergangenen Jahren deutlich. Darüber hinaus fühlen sich die Menschen derzeit auch stärker von der zunehmenden Vielfalt in Deutschland bedroht. Sowohl die schwindende Akzeptanz als auch das gestiegene Gefühl von Bedrohung sind vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher, kultureller und religiöser Vielfalt ein besorgniserregender Befund.

Besonders auffällig ist in der aktuellen Umfrage, dass der Anteil derjenigen angestiegen ist, die Antworten auf die zu Dimension 1.3 (Akzeptanz von Diversität) gestellten Fragen verweigern. Dies interpretieren wir als eine „Flucht“, hinter der Ablehnung steckt, die man sich aber nicht offen zu artikulieren traut. Gleichzeitig ist ein Befund hervorzuheben, der in Abbildung 6 dargestellt ist und den man bereits aus anderen Studien kennt: Bei jüngeren Menschen, die in ihrem Alltag viel stärker den Umgang mit Vielfalt gewohnt und selbst auch vielfältiger zusammengesetzt sind (höherer Migrationsanteil), ist die Offenheit für Vielfalt erheblich größer als in der älteren Generation. Auch Bildung hat einen deutlichen Effekt: Wer eine niedrige formale Bildung hat, ist weniger offen für Vielfalt.

ABBILDUNG 6

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 1.3 „AKZEPTANZ VON DIVERSITÄT“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 1.3 „Akzeptanz von Diversität“. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* $p \leq 0,10$ ; \*\* $p \leq 0,05$ ; \*\*\* $p \leq 0,01$ .

## 2.4.4 Identifikation (Dimension 2.1)

Wie stark fühlen sich die Bürger:innen Baden-Württembergs mit ihrer Nachbarschaft, ihrem Wohnort, ihrer Region oder dem eigenen Bundesland verbunden? Die Antworten auf diese Fragen sind relevant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn dort, wo sich die Menschen als Teil ihres Gemeinwesens sehen, kann starker Zusammenhalt entstehen (vgl. Arant & Boehnke, 2016). Umgekehrt haben Menschen, die sich ihrer Nachbarschaft oder ihrem Wohnort nicht verbunden fühlen, vermutlich auch nur wenig Interesse daran, sich für das Gemeinwesen einzusetzen. In der hier vorgelegten Studie wurde die Dimension „Identifikation mit dem Gemeinwesen“ mit vier Einzelindikatoren erfasst. Tabelle 6 listet die Fragen und die entsprechenden Verteilungen für 2019 und 2022 auf. Mit einem farbigen Dreieck gekennzeichnet werden hier Prozentwertdifferenzen von mehr als 4 Prozentpunkten.

TABELLE 6

### INDIKATOREN DER DIMENSION 2.1 „IDENTIFIKATION“

Leitsatz: Die Menschen fühlen sich mit ihrem Gemeinwesen stark verbunden und identifizieren sich als Teil davon.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Baden-Württemberg?</b>			
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	2,8	13,2	▼
Teils, teils	11,8	27,5	▼
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	85,1	59,3	▼
Weiß nicht / verweigert	0,3	0,0	
<b>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Ihrer Region?</b>			
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	3,5	12,9	▼
Teils, teils	10,1	26,6	▼
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	85,9	60,4	▼
Weiß nicht / verweigert	0,4	0,0	
<b>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Ihrem Wohnort?</b>			
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	5,2	16,0	▼
Teils, teils	14,0	30,6	▼
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	80,8	53,4	▼
Weiß nicht / verweigert	0,0	0,0	
<b>Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit Ihrer Nachbarschaft?</b>			
Überhaupt nicht verbunden / nicht sehr verbunden	8,6	28,7	▼
Teils, teils	26,0	36,8	▼
Ziemlich verbunden / sehr verbunden	65,3	34,5	▼
Weiß nicht / verweigert	0,1	0,0	

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in Dimension 2.1 für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Während die globale Identifikation mit dem Gemeinwesen von 2017 bis 2019 noch um knapp 4 Punkte gestiegen war (vgl. Dragolov et al., 2019), verzeichnen die Werte dieser Dimension 2022 einen besonders drastischen Rückgang von 20 Punkten (wie bereits in Kapitel 2.2 berichtet). Ein Blick auf die vier Einzelindikatoren verdeutlicht, dass sich die Menschen mit allen abgefragten Ebenen des Gemeinwesens deutlich weniger verbunden fühlen als 2019. Gaben damals noch 85 Prozent an, sich ziemlich oder sehr mit Baden-Württemberg verbunden zu fühlen, sind es 2022 nur noch gut 59 Prozent. Auch die regionale Verbundenheit ist um 25 Prozentpunkte auf nun 60 Prozent gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil derer, die sich nicht verbunden fühlen, bei beiden Fragen um etwa 10 Prozentpunkte an.

Noch deutlicher ist die Veränderung bei der Identifikation mit dem eigenen Nahbereich der Menschen. So sank die Identifikation mit dem Wohnort um gut 27 Prozentpunkte auf 53 und die mit der eigenen Nachbarschaft sogar um knapp 31 Prozentpunkte auf 35. Dass insbesondere diese kleinräumige Identifikation so stark abgenommen hat, gibt zu denken und mag auf die reduzierten Kontakte sowie das eingeschränkte soziale Leben vor Ort zurückzuführen sein. Durch den pandemiebedingten Wegfall sozialer Kontakte (vgl. Kapitel 2.4.1) sowie häufig stark veränderte Tagesabläufe durch Homeoffice, fehlende Kinderbetreuung und den allgemeinen Rückzug in die eigene Wohnung scheint das Wohnumfeld jenseits der eigenen Familie stark an Bedeutung verloren zu haben. Es hinterlässt offensichtlich Spuren, in der Pandemie wider Willen auf den privaten Nahbereich begrenzt zu sein.

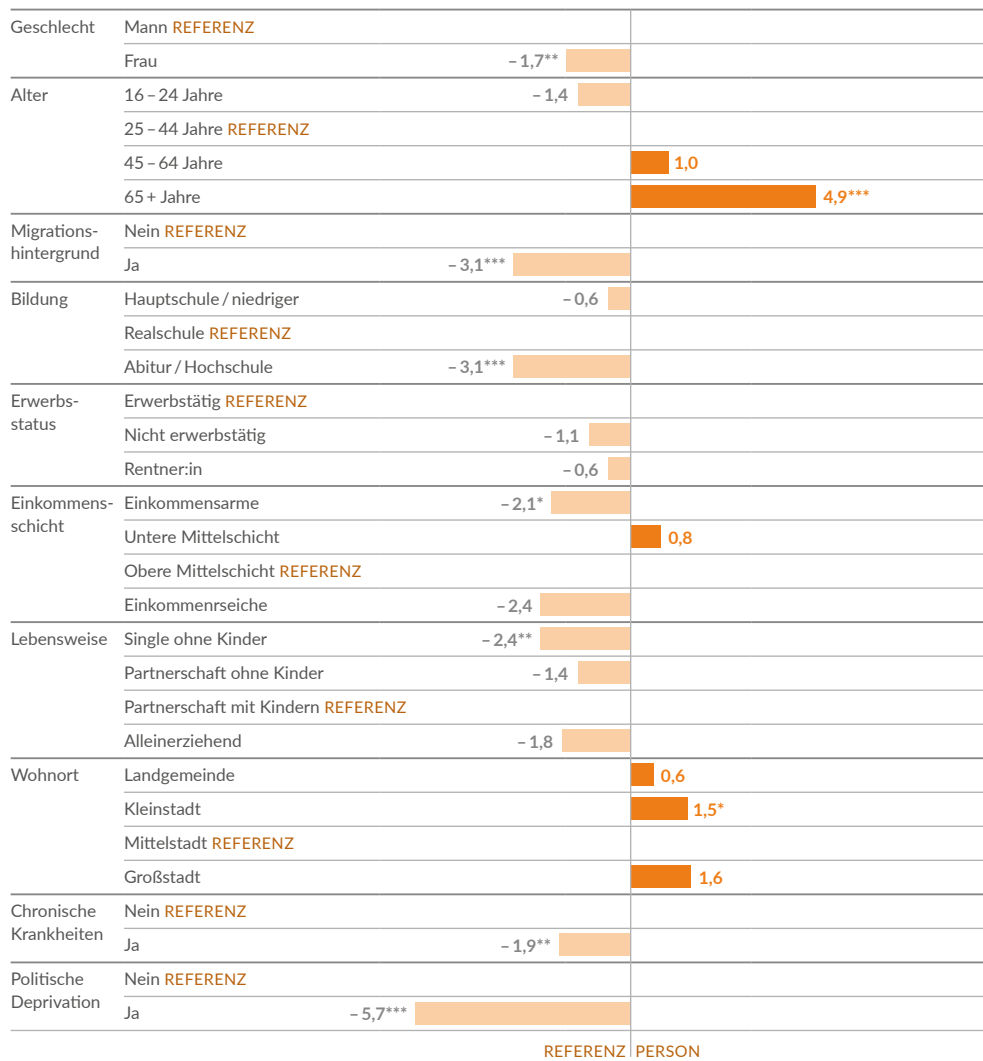
Darüber hinaus könnte die reduzierte Verbundenheit auch eine Folge des oben bereits beschriebenen Vertrauensverlustes in die Mitmenschen (vgl. Kapitel 2.4.2) sowie des – im Folgenden noch auszuführenden – Vertrauensverlustes in politische Institutionen (vgl. Kapitel 2.4.5) sein. Während die Verbundenheit mit dem Gemeinwesen in „normalen“ Zeiten sehr selten bewusst reflektiert wird und überwiegend wie selbstverständlich zur eigenen Identität gehört (vgl. Billig, 1995), evaluiert man die eigene Zugehörigkeit offenbar sehr bewusst, wenn sie infrage gestellt wird. Dies ist zum Beispiel häufig bei Menschen mit Migrationserfahrung der Fall (vgl. Berry, 2001) oder wenn man, wie im Fall der Pandemie, plötzlich auf die Unterstützung und Rücksichtnahme des eigenen Umfelds angewiesen ist. Die doppelte Enttäuschung über fehlenden Rückhalt und verlässliche Leitlinien kann somit – ebenso wie das Gefühl des Eingesperrtseins – zu einer größeren subjektiven Distanz zum Gemeinwesen führen.

Die relativ höchsten Identifikationswerte finden wir im Übrigen, wie in Abbildung 7 dargestellt, bei älteren Befragten. Ein Grund hierfür dürfte sein, dass diese Gruppe im Allgemeinen weniger mobil und schon länger und auch stärker verwurzelt ist. Zudem überwiegen bei dieser Gruppe traditionellere Vorstellungen von Zugehörigkeit, die die Auswirkungen der Pandemie besser abfedern können. Dass die Identifikation bei Menschen mit Migrationshintergrund unterdurchschnittlich ausfällt, passt zu dieser These, weil Teile dieser Gruppe oft tatsächlich noch keine starken Wurzeln geschlagen haben und ihre Zugehörigkeit immer wieder herausgefordert wird. Auch Singles, Arme und chronisch Kranke fühlen sich deutlich weniger mit dem Gemeinwesen verbunden als der Bevölkerungsdurchschnitt. Gleichzeitig fühlen sich aber auch Befragte mit höherem Bildungsstand, die erfahrungsgemäß eine höhere Mobilität aufweisen und eine stärkere Affinität zu postmodernen Lebenseinstellungen haben, dem aktuellen Lebensumfeld weniger verbunden. Aus sozialpolitischer Perspektive sind auch sie in Bezug auf die „Heimatverbundenheit“ (Boehnke et al., 2020) eine Randgruppe.



ABBILDUNG 7

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 2.1 „IDENTIFIKATION“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 2.1 „Identifikation“. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* $p \leq 0,10$ ; \*\* $p \leq 0,05$ ; \*\*\* $p \leq 0,01$ .

### 2.4.5 Vertrauen in Institutionen (Dimension 2.2)

Das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen wie den Bundestag, die Polizei, die Justiz oder politische Parteien wird hier als Teil von „vertikalem“ sozialem Zusammenhalt verstanden. Ist ihr Institutionenvertrauen stark, fühlen sich die Menschen gut von staatlichen Einrichtungen repräsentiert und haben damit wenig Angst zum Beispiel vor Korruption oder Willkür. In der vorliegenden Studie wurde die Dimension „Vertrauen in Institutionen“ mit fünf Einzelindikatoren erfasst (siehe Tabelle 7). Mit farbigen Dreiecken gekennzeichnet werden hier demnach Differenzen von mehr als 5 Prozentpunkten.

In der ersten Studie zum Zusammenhalt in Baden-Württemberg zeigte sich das Vertrauen in Institutionen im Vergleich zu Befunden aus dem Jahr 2017 als konstant (vgl. Kapitel 2.2). Und auch im aktuellen Vergleich ist der Rückgang mit durchschnittlich 6,7 Punkten vergleichsweise gering. Die Detaillergebnisse verdeutlichen jedoch, wie wichtig es ist, einen Blick auf die einzelnen Indikatoren jeder der verschiedenen Dimensionen des Zusammenhalts zu werfen, weil sich hier interessante Verschiebungen zeigen: Während sich der Anteil der Menschen, die dem Bundestag (einer repräsentativen Institution) und der Bundesregierung (der Exekutive) großes oder sehr großes Vertrauen entgegenbringen, seit 2019 nicht nennenswert verändert hat, ist der Anteil derer, die diesen Institutionen nur wenig oder überhaupt nicht vertrauen, mit jeweils etwa 12 Prozent deutlich gestiegen. Ganz ähnlich verhält es sich beim Vertrauen in politische Parteien: Der Anteil derer, die diesen großes Vertrauen entgegenbringen, ist mit 8 Prozent in etwa gleich geblieben, während der Zuwachs in der Gruppe derer, die kein oder geringes Vertrauen äußern, mit knapp 16 Prozentpunkten von 2019 zu 2022 hoch ausfällt.

Dieses Ergebnis lässt vermuten, dass sich die Entscheidungen der Politik und das Verhalten von Politiker:innen in den vergangenen Jahren unterschiedlich in der Bevölkerung Baden-Württembergs ausgewirkt haben: Während es bei denjenigen, deren Vertrauen ohnehin eingeschränkt war (Antwortoption „Teils, teils“, siehe Tabelle 7), zur Entwicklung einer ablehnenden Haltung gekommen ist, bleibt das Vertrauen derjenigen, bei denen dieses auch schon vor der Pandemie hoch war, weitgehend unerschüttert. Dies spricht dafür, dass vor allem unter den schon zuvor skeptischen Bürger:innen die Frustration und die Enttäuschung über die Politik in der Coronapandemie sowohl zugenommen hat als auch entschiedener zum Ausdruck gebracht wird. Hierbei lassen sich aber unterschiedlich motivierte Subgruppen identifizieren:

- jene Gruppe, die bereits vor der Pandemie die Nähe zum Populismus suchte und sich womöglich in ihrem Widerstand gegen Coronamaßnahmen bestätigt fühlt und weiter radikalisiert hat
- jene Gruppe, die nicht notwendigerweise die Coronamaßnahmen abgelehnt hat, jedoch von Skandalen (wie zum Beispiel dem „Maskendeal“) in ihrer Skepsis gegenüber der Politik bestärkt wurde
- jene Gruppe, die den Eindruck hatte, die Politik habe nicht konsequent genug gehandelt und sich so auch nicht ausreichend um ihre Bedürfnisse gekümmert (vgl. hierzu Kapitel 2.5 zu „politisch Deprivierten“)

TABELLE 7

**INDIKATOREN DER DIMENSION 2.2 „VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN“**

Leitsatz: Die Menschen haben großes Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie den politischen Parteien entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	33,5	50,0	▼
Teils, teils	56,8	41,9	▼
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	8,4	8,1	
Weiß nicht / verweigert	1,4	0,0	
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie Gerichten entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	9,3	18,5	▼
Teils, teils	32,9	38,2	▼
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	54,6	43,3	▼
Weiß nicht / verweigert	3,2	0,0	
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Polizei entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	5,2	14,3	▼
Teils, teils	19,6	30,6	▼
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	75,0	55,1	▼
Weiß nicht / verweigert	0,2	0,0	
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Bundesregierung entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	26,0	38,2	▼
Teils, teils	47,2	37,7	▼
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	26,7	24,1	
Weiß nicht / verweigert	0,1	0,0	
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie dem Bundestag entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	26,8	38,3	▼
Teils, teils	49,5	39,5	▼
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	22,8	22,3	
Weiß nicht / verweigert	0,9	0,0	

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in Dimension 2.2 für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

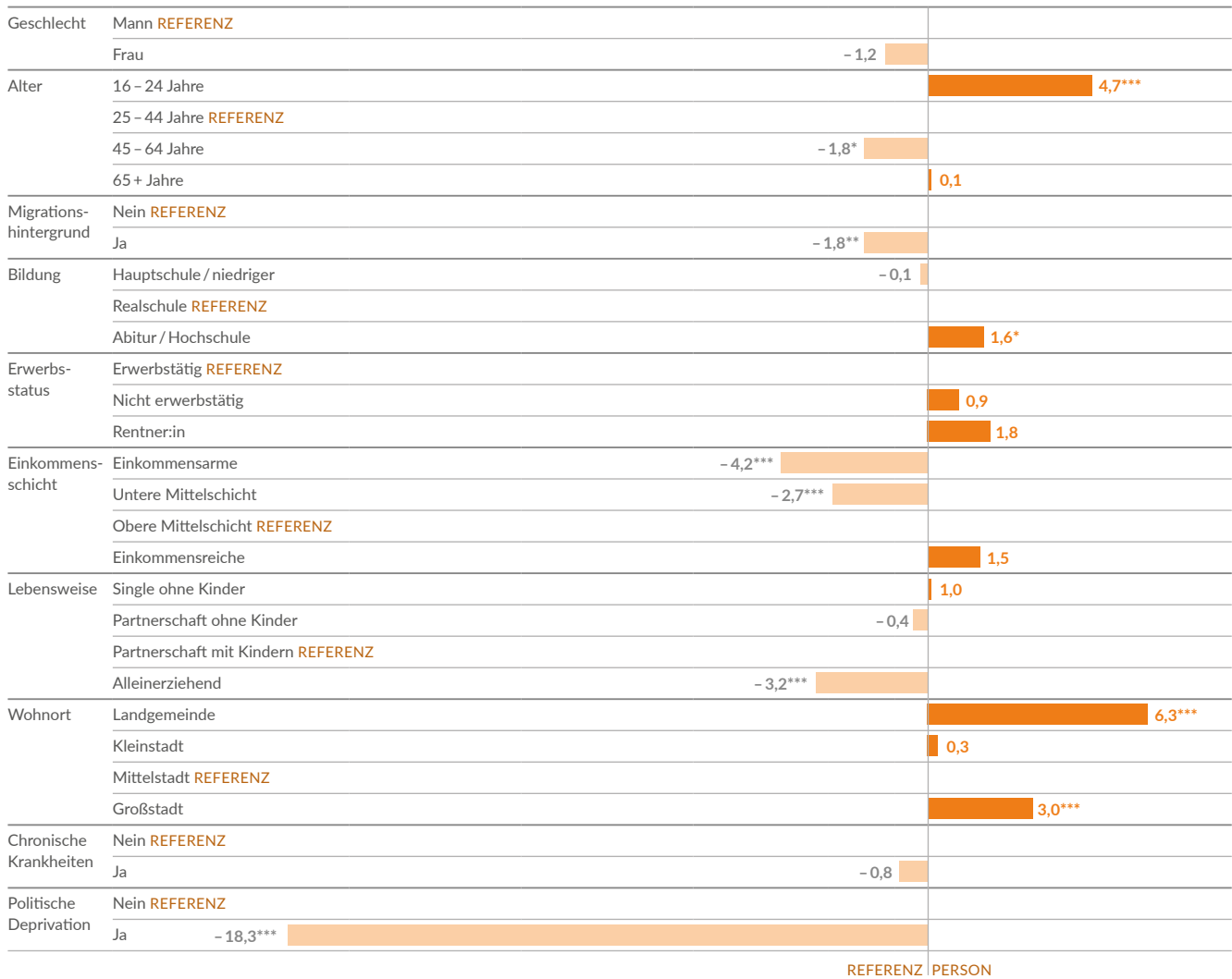
| BertelsmannStiftung

Wer der Politik hingegen schon vorher stark vertraute, den konnten die Entwicklungen offenbar weniger erschüttern. Erwähnt werden muss an dieser Stelle noch einmal, dass die Daten aus 2019 und 2022 von unterschiedlichen Befragten stammen. Wir können also keine individuellen Veränderungen untersuchen, sondern ausschließlich mögliche Deutungen basierend auf Querschnittsanalysen anbieten.

Anders als bei den bisher angesprochenen Institutionen sehen die Ergebnisse beim Vertrauen in regulative Institutionen – die Polizei und die Gerichte – aus. Hier kam es überraschenderweise zu einem deutlichen Absinken der Anteile in der Antwortkategorie „Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen“ (von 75 auf 55 Prozent für die Polizei bzw. von 55 auf 43 Prozent für die Justiz). Üblicher-

ABBILDUNG 8

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 2.2 „VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 2.2 „Vertrauen in Institutionen“. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

### Vertrauen in lokale Institutionen

Jenseits der in Tabelle 7 dokumentierten Fragen zur Dimension „Vertrauen in Institutionen“, bei der es um das Vertrauen in bundesweit agierende Institutionen des öffentlichen Lebens geht, umfasste das Befragungsinstrument der aktuellen wie auch der 2019er-Studie einige weitere Fragen zu regionalen Institutionen bzw. zur Bewertung von Demokratie als Staatsform (siehe Tabelle 8). Diese Fragen sind nicht in Tabelle 7 dokumentiert, da ihre Werte nicht in die Berechnung des Dimensionsindex „Institutionenvertrauen“ bzw. des Gesamtindex sozialer Zusammenhalt eingehen. Für eine Bewertung der Veränderung des sozialen Zusammenhalts in Baden-Württemberg sind diese Fragen aber dennoch von großem Interesse und werden hier gesondert berichtet. Bedeutsame Veränderungen werden mit einem farbigen Dreieck gekennzeichnet, hier also bei Überschreiten von 3 Prozentpunkten, da drei Fragen berichtet werden.

Zusätzlich haben wir die Menschen wie bereits 2019 gefragt, wie groß das Vertrauen ist, das sie ihrer Landesregierung ent-

gegenbringen. Auch hier zeigt sich ein ähnlicher Trend. Der Anteil derer, die angeben, kein oder nur geringes Vertrauen zu haben, ist von 16 Prozent auf knapp 34 Prozent gestiegen. Großes Vertrauen haben 2022 nur noch 25 Prozent, 2019 waren es noch knapp 41 Prozent der Befragten.

Die Ergebnisse zum Vertrauen in den Landtag sind ähnlich. Insgesamt schrumpft der Anteil derer, die großes Vertrauen haben, um 10 Prozentpunkte, während die Gruppe, die kein Vertrauen äußert, einen Zuwachs um 10 Prozentpunkte verzeichnet.

Entsprechend überrascht es wenig, dass 2022 auch deutlich mehr Menschen in Baden-Württemberg angeben, mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, unzufrieden zu sein. Waren es 2019 noch knapp 9 Prozent, macht diese Gruppe heute mit 20 Prozent ein Fünftel der Bevölkerung aus. Zufrieden sind nur noch etwas weniger als die Hälfte der Befragten (knapp 48 Prozent).

TABELLE 8

### WEITERE INDIKATOREN DES INSTITUTIONENVERTRAUENS

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Landesregierung entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	16,0	33,6	▼
Teils, teils	42,4	41,1	
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	40,5	25,3	▼
Weiß nicht / verweigert	1,1	0,0	
<b>Wie groß ist das Vertrauen, das Sie dem Landtag entgegenbringen?</b>			
Überhaupt kein Vertrauen / geringes Vertrauen	16,7	34,0	▼
Teils, teils	47,3	43,2	
Großes Vertrauen / sehr großes Vertrauen	32,8	22,8	▼
Weiß nicht / verweigert	3,1	0,0	
<b>Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden.</b>			
Stimmt gar nicht / wenig	8,7	20,0	▼
Teils, teils	26,0	32,5	▼
Stimmt ziemlich / völlig	64,9	47,5	▼
Weiß nicht / verweigert	0,4	0,0	

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten auf Fragen zum Vertrauen in lokale Institutionen und zur Demokratie für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

weise verfügen diese beiden Institutionen über die größte Unterstützung in der Bevölkerung (vgl. Baier & Elrich, 2014). Wodurch die neue generalisierte Unzufriedenheit ausgelöst wurde, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Allerdings treten Polizei und Justiz im Zuge sich häufender politischer Demonstrationen und Ausschreitungen, wie etwa im Rahmen von Coronademonstrationen oder Fußballspielen, in den vergangenen Jahren mehr in Erscheinung und müssen zunehmend regulativ eingreifen, was sich auf das Bild ausgewirkt haben könnte, das die Bevölkerung von Polizei und Justiz hat. Offenbar spielen auch hier mehrere Faktoren zusammen: Zum einen erlebten einige Coronaprottestant:innen die Polizei vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben als „Gegner“, der sie auf die Einhaltung von Regeln hinweist, und Gerichte als Institution, die ihren Forderungen nur eingeschränkt zustimmt. Zudem gab es in den letzten Monaten auch Berichte und Diskussionen über extremistische Umtriebe bei der Polizei. Diese könnten andere Bevölkerungsgruppen erschreckt und zu einer Neubewertung veranlasst haben.

Wie Abbildung 8 verdeutlicht, gilt für die Dimension „Vertrauen in Institutionen“ insgesamt, dass vor allem jüngere Menschen ein größeres Vertrauen in Polizei und Justiz aufweisen. Dies trifft auch für die Menschen auf dem Land und in Großstädten zu, während sich gerade die Bevölkerung in Ortschaften mittlerer Größe als besonders skeptisch erweist. Hierfür könnten die im Alltag etwas größere Distanz zu diesen Institutionen auf dem Land („hier ist die Welt noch in Ordnung“) und der urbane Lebensstil in Großstädten verantwortlich sein, während das mittelstädtische Bürgertum in seiner hergebrachten Beschaulichkeit durch Pandemie und gesellschaftliche Liberalisierung am ehesten herausgefordert wurde.

Ebenfalls vergleichsweise schwach ausgeprägt ist das Institutionenvertrauen bei Einkommensarmen und Alleinerziehenden. Der mit Abstand stärkste Verlust an Vertrauen in die politischen Institutionen während der Coronapandemie findet sich unter politisch Deprivierten, auf die wir in Kapitel 2.5 gesondert eingehen.

#### 2.4.6 Gerechtigkeitsempfinden (Dimension 2.3)

Die Werte zum Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland fielen bereits in der Vergangenheit in unseren Studien im Vergleich zu den anderen Dimensionen immer wieder besonders niedrig aus. Auch eine aktuelle Vertiefungsstudie, die sich dieser Dimension ausführlicher widmet (Baarck et al., i.E.), bestätigt diesen Befund. Dabei ist diese Dimension zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie misst, inwieweit die Befragten die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerecht empfinden und ob sie sich gerecht behandelt fühlen. Es geht also nicht um objektive Indikatoren von Ungleichheit, wie zum Beispiel Einkommens- oder Vermögensunterschiede, sondern um das subjektive Empfinden der Menschen in Deutschland. Denn nur wenn die objektiven Ungleichheiten auch als ungerecht empfunden werden, kann es zu Umbrüchen in der Gesellschaft kommen (vgl. Sachweh & Sthamer, 2016). In der vorliegenden Studie wurde die Dimension „Gerechtigkeitsempfinden“ über vier Einzelindikatoren erfasst (siehe Tabelle 9). Mit farbigen Dreiecken gekennzeichnet werden entsprechend Prozentwertdifferenzen von mehr als 4 Prozentpunkten.

TABELLE 9

**INDIKATOREN DER DIMENSION 2.3 „GERECHTIGKEITSEMPFINDEN“**

Leitsatz: Die Menschen sehen die Verteilung der Güter in der Gesellschaft als gerecht an und fühlen sich gerecht behandelt.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	47,4	55,9	▼
Teils, teils	35,1	30,9	▼
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	17,1	13,2	
Weiß nicht / verweigert	0,5	0,0	
<b>Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	31,3	34,1	
Teils, teils	43,0	42,0	
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	24,0	23,9	
Weiß nicht / verweigert	1,7	0,0	
<b>Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	59,0	65,5	▼
Teils, teils	31,4	24,8	▼
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	7,6	9,7	
Weiß nicht / verweigert	2,0	0,0	
<b>Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	39,0	41,8	
Teils, teils	37,7	36,3	
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	22,2	21,9	
Weiß nicht / verweigert	1,1	0,0	

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in Dimension 2.3 für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

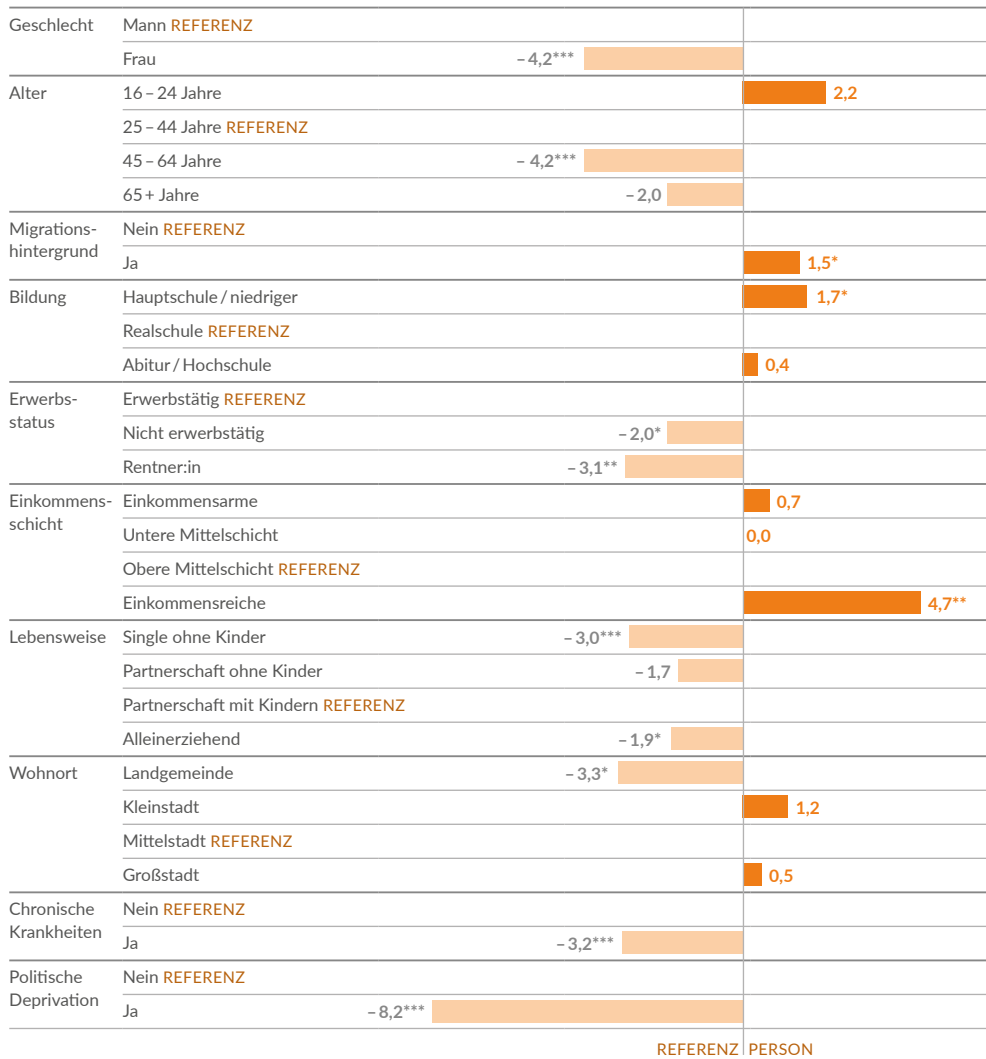
| BertelsmannStiftung

Auch 2022 sind die Werte für diese Dimension mit 38,5 Punkten (vgl. Kapitel 2.2) recht niedrig, sie liegen damit aber nur 1,3 Punkte unter dem Wert von 2019. Dass die Veränderung auf dieser Dimension im Vergleich zu allen anderen Dimensionen von gesellschaftlichem Zusammenhalt in Baden-Württemberg nur minimal ausfällt, liegt vermutlich daran, dass die Werte insgesamt so niedrig sind. Man spricht in einem solchen Fall von einem sogenannten Floor-Effekt (siehe auch Kapitel 2.2): Das Absinken fällt so gering aus, weil der Spielraum nach unten aufgrund der ohnehin außergewöhnlich geringen Werte auf der Dimension begrenzt ist.

Das Gerechtigkeitserleben der Bürger:innen in Baden-Württemberg bleibt dürftig, ist aber nicht weiter abgesunken. Ein Blick auf die zu dieser Dimension gestellten Fragen bestätigt diese Stabilität. Nur eine Minderheit der Befragten findet die sozialen Unterschiede in Deutschland gerecht (13,2 Prozent) bzw. sieht wirtschaftliche Gewinne gerecht verteilt (9,7 Prozent). Im Vergleich zu 2019 hat sich aber vor allem der Anteil der Befragten vergrößert, die diesen Aussagen nicht zustimmen.

ABBILDUNG 9

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 2.3 „GERECHTIGKEITSEMPFINDEN“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 2.3 „Gerechtigkeitsempfinden“. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* $p \leq 0,10$ ; \*\* $p \leq 0,05$ ; \*\*\* $p \leq 0,01$ .



Weitgehend unverändert geblieben sind auch die Antworten zu den anderen Indikatoren des Gerechtigkeitserlebens. Wie 2019 gibt es auch aktuell eine relative Mehrheit unter den Bürger:innen, die der Aussage vollständig oder überwiegend widerspricht, dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird. Auch Rangunterschiede zwischen den Menschen werden nur von etwa einem Viertel der Befragten akzeptiert.

Zu den untersuchten Gruppen, die in besonderem Maß das Gefühl haben, dass in der Gesellschaft Ungerechtigkeiten bestehen, gehören Frauen, Menschen mittleren Alters (45 bis 64 Jahre), Rentner:innen, Nichterwerbstätige, Singles, Alleinerziehende, Menschen auf dem Land, chronisch Kranke und diejenigen, die sich während der Coronapandemie durch die Politik vernachlässigt fühlen (siehe Abbildung 9).

#### 2.4.7

### Solidarität und Hilfsbereitschaft (Dimension 3.1)

Die Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ gehört in den Bereich der Gemeinwohlorientierung. Dieser umfasst Handlungen und Haltungen der Mitglieder des Gemeinwesens, in denen sich Verantwortung für andere und für das Gemeinwesen selbst ausdrückt. Die Dimension 3.1 misst dabei, ob und in welchem Ausmaß sich Menschen für ihre Mitmenschen verantwortlich fühlen und selbst aktiv werden, um Schwache in der Gesellschaft zu unterstützen. Erfasst wurde dies mit drei Einzelindikatoren, die mit ihrer prozentualen Verteilung in Tabelle 10 aufgelistet sind. Mit einem farbigen Dreieck gekennzeichnet werden entsprechend Prozentwertdifferenzen von mehr als 3 Punkten.

Neben den Werten zur Identifikation mit dem Gemeinwesen (Dimension 2.1) und zu den sozialen Netzen (Dimension 1.1) sind die Werte auf der Dimension „Solidarität und Hilfsbereitschaft“ 2022 im Vergleich zum letzten Erhebungszeitraum am stärksten abgefallen. Lagen sie 2019 noch bei 51 Prozentpunkten, so liegen sie aktuell nur noch bei einem Wert von 38,4. Diese „Solidaritätsmüdigkeit“ zeigt sich an anderer Stelle auch für ganz Deutschland (Unzicker, 2022a). Während die Solidarität ganz zu Beginn der Pandemie im Jahr 2020 zunächst deutlich angestiegen war, hatte sie im Dezember 2020 bereits wieder abgenommen, sodass sich ein kontinuierlicher Abwärtstrend vermuten lässt.

Sowohl die Spendenbereitschaft (-18 Prozentpunkte) als auch die Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten sind in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Aktuell geben knapp 41 Prozent der Befragten an, in ihrer Freizeit niemals ehrenamtlich tätig zu sein – 2019 waren es nur gut 29 Prozent. Zugenommen hat auch der Anteil jener Befragten, die finden, dass die meisten Menschen sich nicht darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht: Im Jahr 2019 stimmte dieser Aussage gut ein Drittel der Bürger:innen Baden-Württembergs zu, heute sind es mit 54 Prozent mehr als die Hälfte der Menschen.

TABELLE 10

**INDIKATOREN DER DIMENSION 3.1 „SOLIDARITÄT UND HILFSBEREITSCHAFT“**

Leitsatz: Die Menschen fühlen sich verantwortlich für ihre Mitmenschen und helfen ihnen.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Manche Menschen leisten ab und an Geldspenden für soziale oder gemeinnützige Zwecke. Haben Sie in den letzten zwölf Monaten solche Spenden geleistet?</b>			
Nein	29,6	47,8	▼
Ja	70,3	52,2	▼
Weiß nicht / verweigert	0,1	0,0	
<b>Wie oft sind Sie in Ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig, um anderen Menschen zu helfen?</b>			
Nie	29,4	40,8	▼
Mindestens einmal jeden Monat oder seltener	42,5	42,6	
Mindestens einmal jede Woche oder täglich	27,5	16,6	▼
Weiß nicht / verweigert	0,6	0,0	
<b>Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.</b>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	25,3	12,0	▼
Teils, teils	37,1	33,8	▼
Stimmt völlig / stimmt ziemlich	36,7	54,2	▼
Weiß nicht / verweigert	1,0	0,0	

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in Dimension 3.1 für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

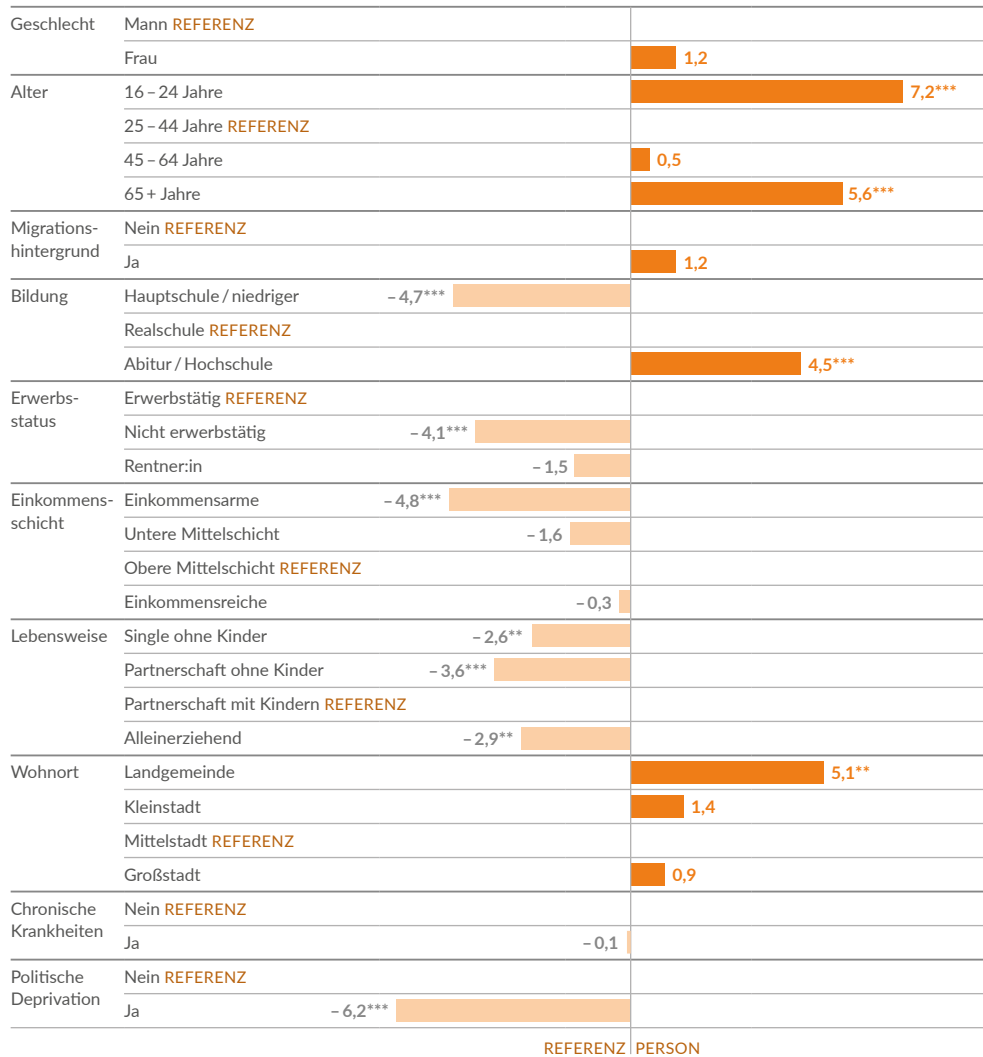
Die Ergebnisse deuten zum einen auf die Erschöpfung nach zwei Jahren Ausnahmesituation hin: Nachdem viele Menschen mit Energie und Enthusiasmus in die Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen gestartet waren, ließen die Kräfte irgendwann nach, sodass schließlich keine Ressourcen für Solidarität und Hilfsbereitschaft mehr zur Verfügung standen. Zum anderen dürften die Ergebnisse aber auch die Enttäuschung und Frustration über das Verhalten Dritter widerspiegeln (vgl. die Ausführungen zu den Dimensionen 1.2 und 2.2 zum Vertrauen in die Mitmenschen beziehungsweise Institutionen). Jede nicht getragene Maske, jeder Bericht über Menschen, die durchs soziale Netz rutschen, jede Erfahrung von Hamsterkäufen, Egoismus oder Rücksichtslosigkeit kann dazu führen, dass die Gesellschaft als zunehmend unsolidarisch wahrgenommen wird.

Als besonders wenig solidarisch und hilfsbereit wird die Gesellschaft von Menschen mit geringer Bildung, von Nichterwerbstätigen, von Einkommensarmen, von Menschen, die nicht in Partnerschaften mit Kindern leben, und von denjenigen gesehen, die sich in der Pandemie von der Politik vernachlässigt fühlten (siehe Abbildung 10).

Zusammengenommen machen die Befunde zu den einzelnen Indikatoren dieser Dimension deutlich: Zunehmende Befürchtungen, dass Solidarität und Hilfsbereitschaft abnehmen, äußern sich nun auch im Verhalten durch schwindendes (ehrenamtliches) Engagement und eine geringere Spendenbereitschaft. Hoffnungsvoll mag stimmen, dass viele Menschen seit Februar 2022 im Zuge des Kriegs

ABBILDUNG 10

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 3.1 „SOLIDARITÄT UND HILFSBEREITSCHAFT“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 3.1 „Solidarität und Hilfsbereitschaft“. Negative Abweichungen sind anhand heller Balken, positive Abweichungen anhand dunkler Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \* $p \leq 0,10$ ; \*\* $p \leq 0,05$ ; \*\*\* $p \leq 0,01$ .

in der Ukraine wieder aktiv geworden sind – so jedenfalls Medienberichte<sup>2</sup>. Wie lange dieses solidarische und hilfsbereite Verhalten in der Bevölkerung anhält, bleibt jedoch abzuwarten. Im Mai 2022 weisen zumindest einzelne Indikatoren immer noch ein niedriges Niveau wahrgenommener Solidarität auf (vgl. Unzicker 2022b).

#### 2.4.8 Anerkennung sozialer Regeln (Dimension 3.2)

In welchem Ausmaß sich die Menschen an grundlegende soziale Regeln halten, die in ihrem Gemeinwesen gelten, beeinflusst die Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort. Dabei geht es nicht in erster Linie um Straftaten im juristischen Sinne, sondern vor allem um Verhalten, das die geltenden, zum Teil „unausgesprochenen“ Normen und Konventionen verletzt (vgl. Bliesener & Bergmann, 2016). In der vorliegenden Studie wurde die Dimension „Anerkennung sozialer Regeln“ mit drei Einzelindikatoren erfasst (siehe Tabelle 11). Mit farbigen Dreiecken gekennzeichnet werden somit auch hier Differenzen von mehr als 3 Prozentpunkten.

Jenseits der Frage, ob sich die Menschen tagsüber und nachts in ihrer Nachbarschaft sicher fühlen, haben wir erfasst, ob sie unterschiedliche Probleme in ihrer Wohngegend wahrnehmen, wie zum Beispiel Hundekot auf der Straße, Ruhestörung oder Müll in den Grünanlagen. Dabei geht es nicht darum, wie viel Müll zum Beispiel tatsächlich in einem Park liegt, sondern ob das achtlose Wegwerfen von Müll als Regelverstoß wahrgenommen und somit als störend empfunden wird. Dies hat zur Folge, dass nicht überall dieselben Normen und Regeln gelten müssen. Wichtig ist nur, dass sich alle an das halten, was für ein gutes Miteinander nötig ist.

Auch die Anerkennung sozialer Regeln wird 2022 als geringer eingeschätzt und liegt nun 9,5 Prozentpunkte unter dem Wert von 2019. Allerdings ist dieser Wert mit 70,3 Punkten auf einer Skala von 1 bis 100 insgesamt vergleichsweise hoch. Positiv festzuhalten ist, dass sich nur ein sehr geringer Anteil (4 Prozent) der Menschen in der eigenen Nachbarschaft unsicher fühlt und sich dieser Wert seit 2019 kaum verändert hat. Dennoch geben deutlich weniger Menschen explizit an, dass sie sich sicher fühlen: Waren es 2019 noch knapp 94 Prozent, sind es 2022 nur noch 80 Prozent der Befragten. Gut 41 Prozent geben an, dass es in ihrem Wohnumfeld eine Gegend gibt, in der sie nachts nicht allein gehen möchten – 2019 waren es noch 29,4 Prozent. Der erzwungene Rückzug ins Private, leere Innenstädte während der Lockdown-Phasen und die Konfrontation mit einer gereizten und zum Teil aggressiven Stimmung im Verlauf der Pandemie mögen Gründe für einen ängstlicheren Blick auf das eigene Umfeld sein. Hinzu kommt noch die Berichterstattung über einzelne Fälle von Gewalt und Vandalismus während der Pandemie, die zu einer größeren Verunsicherung beigetragen haben könnte. Bezogen auf Baden-Württemberg sei nur an die sogenannte „Stuttgarter Krawallnacht“ 2020 erinnert, die bundesweit für Schlagzeilen sorgte.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/aufnahme-fluechtlinge-2015-ukraine-2022-100.html> (abgerufen am 13.07.2022)

<sup>3</sup> <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nach-randale-2020-in-stuttgart-nach-krawallnacht-neupolizeirazzia.2ab4e6b3-9dab-4dfc-bfd6-fe04bd906215.html> (abgerufen am 13.07.2022)

TABELLE 11

**INDIKATOREN DER DIMENSION 3.2 „ANERKENNUNG SOZIALER REGELN“**

Leitsatz: Die Menschen halten sich an grundlegende soziale Regeln.

INDIKATOR	2019	2022	
<b>Ganz allgemein: Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Nachbarschaft?</b>			
Eher unsicher / sehr unsicher	2,0	4,0	
Teils, teils	4,1	15,5	▼
Sehr sicher / eher sicher	93,6	80,5	▼
Weiß nicht / verweigert	0,3	0,0	
<b>Gibt es hier eigentlich in der Nähe – ich meine so im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, in die Sie nachts nicht alleine gehen möchten?</b>			
Nein	69,3	58,9	▼
Ja	29,4	41,1	▼
Weiß nicht / verweigert	1,3	0,0	
<b>Gibt es in Ihrer Nachbarschaft Probleme ..?*</b>			
Keine Probleme	27,2	29,1	
Wenige Probleme (ein bis zwei)	40,9	36,5	▼
Viele Probleme (drei bis acht)	21,6	34,4	▼
Weiß nicht / verweigert	10,3	0,0	▼

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in Dimension 3.2 für Baden-Württemberg (N<sub>2019</sub> = 1.398, N<sub>2022</sub> = 2.716 Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

\* Bei dieser Variable handelt es sich um die Summe der Ja-Antworten bezüglich folgender Probleme: (1) Hundekot auf der Straße, (2) falsch oder behindernd parkende Autos, (3) beschädigte Spielplätze, (4) Graffiti, (5) Müll in den Straßen oder Grünanlagen, (6) Ruhestörung, (7) herumlungernde Betrunkene, (8) Belästigung oder Beschimpfungen.

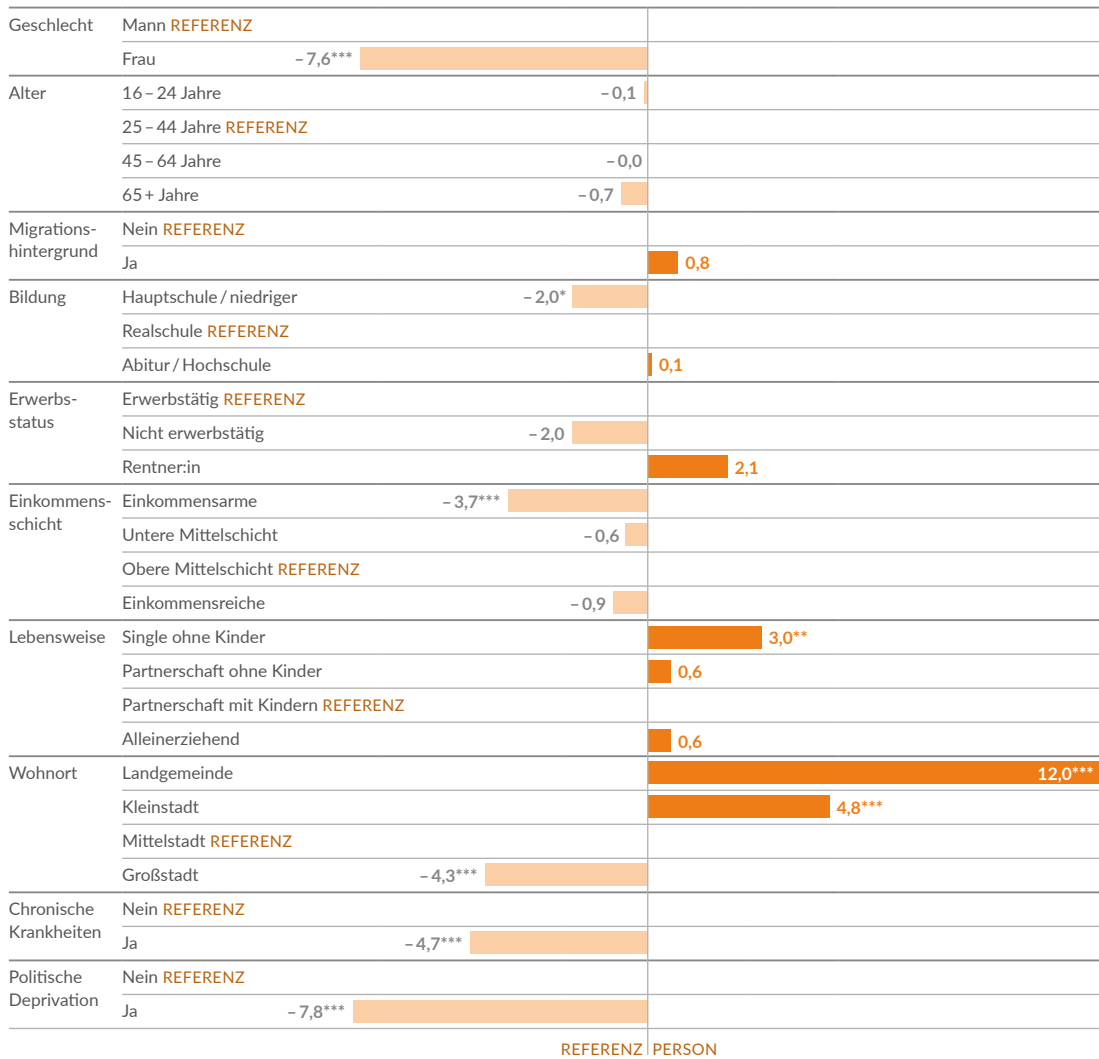
| BertelsmannStiftung

Zudem berichten die Befragten heute anders über Probleme in ihrer Nachbarschaft, wie zum Beispiel den oben erwähnten Hundekot auf der Straße, falsch parkende Autos, Müll in den Straßen oder Belästigungen. Während der Anteil derer, die keine Probleme wahrnehmen, seit 2019 in etwa gleich geblieben ist, berichten deutlich mehr Menschen (34,4 Prozent) von vielen Problemen – vor drei Jahren waren es noch 21,6 Prozent.

Die Einhaltung sozialer Grundregeln wird 2022 in Baden-Württemberg somit insgesamt kritischer gesehen, als dies 2019 der Fall war. Der im öffentlichen Diskurs heraufbeschworene Verlust an Sicherheit wird von den Bürger:innen Baden-Württembergs auch so erlebt. Wie unsere weiterführenden Analysen (siehe Abbildung 11) zeigen, ist Sicherheit im öffentlichen Raum dabei ein vorwiegend weibliches Thema: Deutlich mehr Frauen als Männer erleben ihr Umfeld als bedrohlich und problembehaftet. Erheblich sind auch die Unterschiede nach der Wohnortgröße: In Landgemeinden und Kleinstädten spielt dieses Thema eine untergeordnete Rolle, während Unsicherheit in Großstädten deutlich häufiger vorkommt. Da Einkommensarme häufiger von Regelübertretungen anderer betroffen sind, spielt ganz offensichtlich auch die sozioökonomische Situation der Wohngegenden eine Rolle. Chronisch Kranke gehören bei dieser Dimension des Zusammenhalts ebenfalls zu denen, die Probleme überdurchschnittlich ausgeprägt wahrnehmen.

ABBILDUNG 11

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 3.2 „ANERKENNUNG SOZIALER REGELN“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 3.2 „Anerkennung sozialer Regeln“. Negative Abweichungen sind anhand hellerer Balken, positive Abweichungen anhand dunklerer Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .

## 2.4.9 Gesellschaftliche Teilhabe (Dimension 3.3)

Wenn Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen und sich an öffentlichen Debatten beteiligen, gestalten sie die Gesellschaft und ihr lokales Gemeinwesen aktiv mit. Entsprechend ist „Gesellschaftliche Teilhabe“ die neunte Dimension, mit der wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt erfassen. Dabei haben wir vier Einzelindikatoren verwendet (siehe Tabelle 12). Analog dazu werden hier Prozentwertdifferenzen von mehr als 4 Prozentpunkten mit einem farbigen Dreieck gekennzeichnet.

Die Abwärtstendenz gesellschaftlicher Teilhabe ist zwar wie bei den meisten anderen Dimensionen 2022 deutlich, fällt mit 7,8 Punkten jedoch vergleichsweise moderat aus, wie wir bereits in

TABELLE 12

### INDIKATOREN DER DIMENSION 3.3 „GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE“

Leitsatz: Die Menschen nehmen am gesellschaftlichen und politischen Leben teil und beteiligen sich an öffentlichen Debatten.

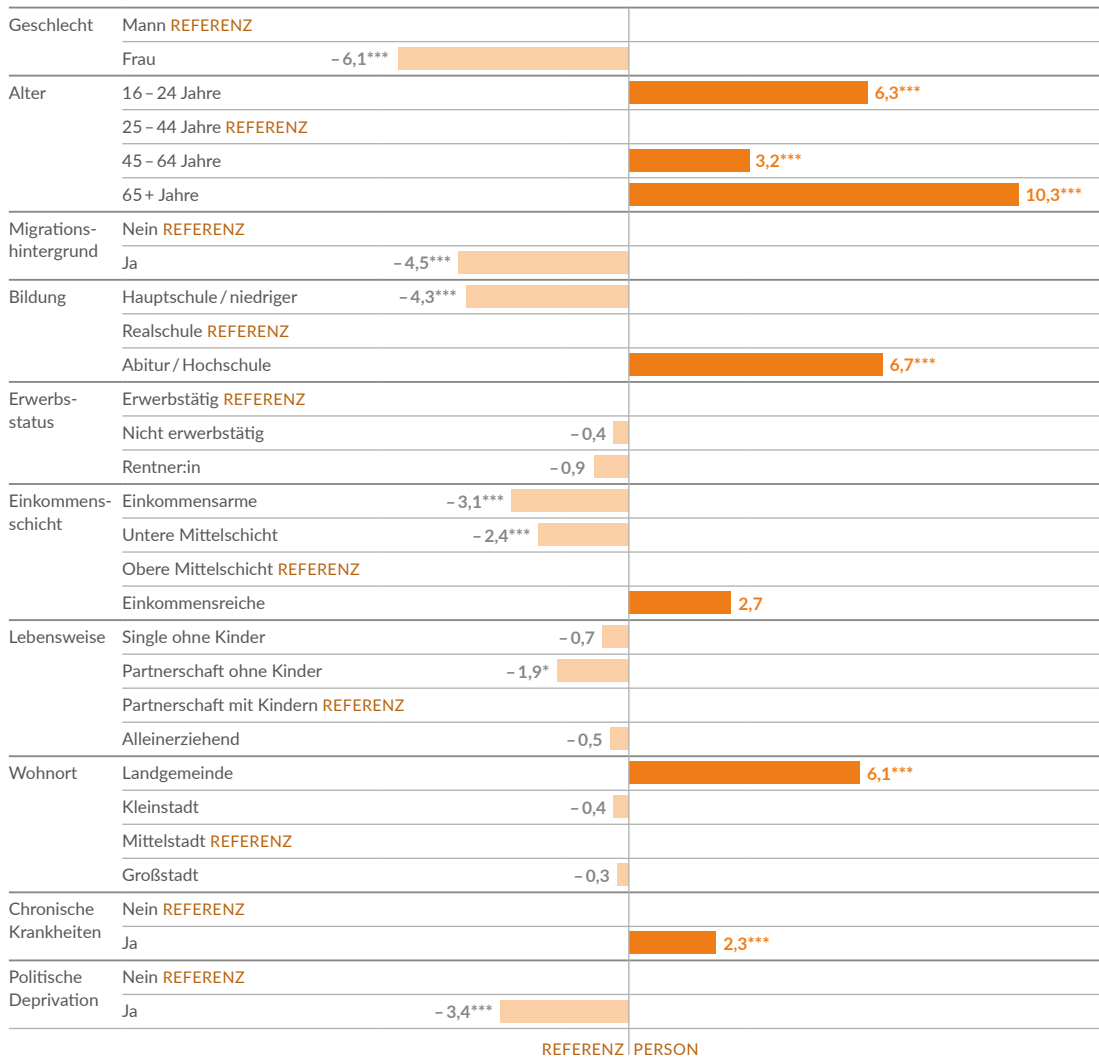
INDIKATOR	2019	2022	
<b>Politisches Engagement in den letzten zwölf Monaten*</b>			
Keine Aktivität	35,6	47,8	▼
Wenige Aktivitäten (ein bis zwei)	42,7	29,7	▼
Viele Aktivitäten (drei bis acht)	21,2	22,5	
Weiß nicht / verweigert	0,6	0,0	
<b>Wie stark interessieren Sie sich für Politik?</b>			
Überhaupt nicht / wenig	16,7	24,2	▼
Mittel	39,0	34,7	▼
Eher stark / sehr stark	44,3	41,1	
Weiß nicht / verweigert	0,0	0,0	
<b>Wenn die nächsten Wahlen anstehen, für die Sie wahlberechtigt sind, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie tatsächlich zur Wahl gehen?</b>			
Sehr unwahrscheinlich / eher unwahrscheinlich	7,4	13,2	▼
Sehr wahrscheinlich / eher wahrscheinlich	91,3	84,3	▼
Weiß nicht / verweigert / bin nicht wahlberechtigt	1,3	2,6	
<b>Sind Sie Mitglied in einem gemeinnützigen Verein oder einer gemeinnützigen Organisation?</b>			
Nein	53,7	70,5	▼
Ja	46,1	29,5	▼
Weiß nicht / verweigert	0,2	0,0	

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten der Indikatoren in Dimension 3.3 für Baden-Württemberg ( $N_{2019} = 1.398$ ,  $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

\* Bei dieser Variable handelt es sich um die Summe der Ja-Antworten folgender Fragengruppe: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich für etwas einzusetzen. Haben Sie in den letzten zwölf Monaten (1) Unterschriftensammlungen unterschrieben, (2) Abzeichen oder Aufkleber getragen / befestigt, (3) ein politisches Amt ausgeübt, (4) sich an einer Demonstration oder (5) Bürgerinitiative beteiligt, (6) an einer Bürgerversammlung teilgenommen, (7) eine:n Politiker:in / Beamte:in kontaktiert, (8) im Internet politisch Stellung bezogen?

ABBILDUNG 12

**GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN DER DIMENSION 3.3 „GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE“ 2022**



Die Abbildung zeigt den durchschnittlichen Abstand der jeweiligen sozialen Gruppe von der Referenzperson auf der Skala Dimension 3.3 „Gesellschaftliche Teilhabe“. Negative Abweichungen sind anhand hellerer Balken, positive Abweichungen anhand dunklerer Balken dargestellt. Signifikanz der Koeffizienten bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ .



Kapitel 2.2 gezeigt haben. Betrachtet man die einzelnen Fragen, die dieser Dimension zugrunde liegen, wird deutlich, dass besonders zwei Indikatoren Treiber dieses Effekts sind: Gefragt nach ihrem politischen Engagement in den vergangenen zwölf Monaten, gab sowohl 2019 als auch 2022 etwa ein Fünftel der Befragten an, dass sie stark engagiert sind. Der Anteil an Menschen, die sich politisch überdurchschnittlich einsetzen, ist somit im Verlauf der letzten Jahre konstant geblieben. Im Gegensatz dazu ist aber der Anteil derer, die überhaupt nicht aktiv sind, um 12 Prozentpunkte – und damit stark – angewachsen. Mittlerweile gibt knapp die Hälfte der Bürger:innen aus Baden-Württemberg an, sich politisch überhaupt nicht zu engagieren. Ähnlich verhält es sich mit der Mitgliedschaft in gemeinnützigen Vereinen oder Organisationen: Gab 2019 mit gut 46 Prozent noch knapp die Hälfte eine solche Mitgliedschaft an, ist es 2022 mit knapp 30 Prozent nur noch weniger als ein Drittel. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als die Coronakrise viele gemeinnützige Organisationen vor große Herausforderungen gestellt hat – insbesondere in puncto Mitgliedschaften<sup>4</sup>.

Gesellschaftliche Teilhabe drückt sich jedoch nicht nur durch aktives Engagement, sondern auch durch Interesse an den politischen Vorgängen in der Gesellschaft aus. Auch hier beobachten wir einen klaren Rückgang. Zwar hat sich – ähnlich wie beim politischen Engagement – der Anteil derer, die sich stark interessieren, über die Zeit kaum verändert. Allerdings ist die Gruppe derer, die sich nur wenig oder gar nicht für Politik interessieren, von knapp 17 auf nun 24 Prozent und damit auf ein Viertel der Bevölkerung angewachsen. Obwohl wir uns in hochgradig politisierten Zeiten befinden, in denen die politischen Entscheidungen spürbar von großer Bedeutung für das alltägliche Leben der Menschen sind, ebbt das Interesse also ab. Vielleicht sind diese Ergebnisse sogar Anzeichen für eine wieder steigende Politikverdrossenheit. Dazu passen jedenfalls die Entwicklungen des letzten Indikators dieser Dimension, der die Wahlbereitschaft der Menschen erfasst, die ebenfalls um 13 Prozentpunkte gesunken ist.

Insgesamt fällt die gesellschaftliche Teilhabe in der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen am geringsten aus, deren aktuelle Lebensphase von Beruf und Familie dominiert wird. Jüngere und Ältere sind deutlich engagierter. Menschen mit Migrationshintergrund, Geringgebildete sowie Menschen mit geringem Einkommen weisen eine unterdurchschnittliche Beteiligung auf. Auf dem Land ist die Teilhabe dagegen höher. Abbildung 12 veranschaulicht diese Ergebnisse.

4 <https://www.ziviz.de/corona> (abgerufen am 13.07.2022)

## 2.5 Von der Politik vernachlässigt? Einfluss politischer Deprivation auf den Zusammenhalt

Bei der Analyse der Stärke des gesellschaftlichen Zusammenhalts haben wir uns bisher auf soziodemografische Merkmale konzentriert. Variablen, die Auskunft über die persönliche Einstellung geben, wie zum Beispiel die politische oder religiöse Orientierung, haben wir bislang außen vor gelassen. In diesem Abschnitt widmen wir uns nun jedoch einer solchen Einstellungsvariable, weil sich gezeigt hat, dass deren Beantwortung in einem ungewöhnlich starken Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und all seinen Dimensionen steht.

Es handelt sich um das Gefühl politischer Vernachlässigung im Zusammenhang mit der Pandemie. Dieses Gefühl haben wir mit einer Ja-Nein-Frage erfasst: „Hat die Politik im Zusammenhang mit der Coronapandemie genug für Menschen wie Sie getan?“ Wir haben dafür in unseren bisher aufgeführten Tabellen und Abbildungen den Begriff der „Politischen Deprivation“ gewählt und diejenigen als politisch depriviert gekennzeichnet („Ja“), die geantwortet haben, dass die Politik für Menschen wie sie nicht genug getan hat. Nicht politisch depriviert sind umgekehrt diejenigen („Nein“), die ein solches Gefühl der Vernachlässigung nicht zum Ausdruck gebracht haben.

Natürlich kann ein Gefühl der Vernachlässigung aus ganz unterschiedlichen Gründen heraus entstehen: zum Beispiel aus dem Gefühl, die eigenen Forderungen nach weniger, mehr oder anderen Maßnahmen seien von der Politik nicht erfüllt worden; oder aufgrund des Eindrucks, dass die Politik sich womöglich um die finanziellen oder gesundheitlichen Folgen für diese oder jene Gruppe gekümmert hat, jedoch nicht um die Bedürfnisse der Gruppe, der die befragte Person angehört. Schließlich kann das Gefühl der Vernachlässigung auch daher rühren, dass eine deutliche Spaltung zwischen der politischen Elite und dem sogenannten „einfachen Volk“ wahrgenommen wird.

Um zu verstehen, welche Menschen in besonders starkem Maß das Gefühl haben, politisch im Zusammenhang mit der Pandemie vernachlässigt worden zu sein, lohnt sich ein Blick auf die bereits angesprochenen soziodemografischen Merkmale, denn hier ergeben sich einige statistisch signifikante und zum Teil durchaus bedeutsame Unterschiede. Wie Tabelle 13 veranschaulicht, haben Frauen häufiger den Eindruck der politischen Deprivation als Männer, jüngere Befragte häufiger als ältere und Menschen mit Migrationshintergrund etwas stärker als Befragte ohne Migrationsgeschichte.

Für jede dieser Gruppen gibt es plausible Hinweise, warum sie sich stärker vernachlässigt fühlen als andere: Jugendliche haben vielleicht erlebt, dass die verlässliche Durchführung des Schulunterrichts oder der Aufbau einer gut funktionierenden digitalen Bildungsinfrastruktur mit vielen Herausforderungen einherging. Ebenso könnten sie der Auffassung sein, ihre Bedürfnisse hätten häufiger gegenüber wirtschaftlichen Interessen zurückstehen müssen. In zahlreichen Untersuchungen sind die besonderen psychosozialen Belastungen von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der Pande-

TABELLE 13

**PROZENTUALE VERTEILUNG DES GEFÜHLS DER POLITISCHEN DEPRIVATION NACH SOZIO-ÖKONOMISCHEN MERKMALEN**

MERKMAL	SOZIALE GRUPPE	POLITISCHE DEPRIVATION		$\chi^2$ (df) p
		NEIN (%)	JA (%)	
Geschlecht	Mann	53,6	46,2	14,6 (1) ***
	Frau	46,4	53,8	
Alter	16 – 24 Jahre	10,3	19,6	103,6 (3) ***
	25 – 44 Jahre	26,7	32,3	
	45 – 64 Jahre	32,9	32,2	
	65+ Jahre	30,1	15,9	
Migrationshintergrund	Nein	82,0	73,4	27,6 (1) ***
	Ja	18,0	26,6	
Bildungsgrad	Hauptschule / niedriger	18,4	23,0	23,0 (1) ***
	Realschule	30,8	35,4	
	Abitur / Hochschule	50,8	41,6	
Erwerbsstatus	Erwerbstätig	55,8	59,0	88,9 (2) ***
	Nicht erwerbstätig	12,6	22,9	
	Rentner:in	31,6	18,1	
Einkommenschicht	Einkommensarme	12,4	17,8	47,8 (3) ***
	Untere Mittelschicht	30,1	37,8	
	Obere Mittelschicht	50,9	40,2	
	Einkommensreiche	6,6	4,2	
Lebensweise	Single ohne Kinder	20,3	26,2	15,1 (3) ***
	Partnerschaft ohne Kinder	26,2	23,0	
	Partnerschaft mit Kindern	41,1	37,3	
	Alleinerziehend	12,4	13,5	
Wohnortgröße	Landgemeinde	2,6	3,8	4,9 (3) ***
	Kleinstadt	36,5	35,2	
	Mittelstadt	35,7	37,9	
	Großstadt	25,1	23,2	
Chronische Krankheiten	Nein	59,8	57,8	1,1 (1) ***
	Ja	40,2	42,2	

N = 2.716 Befragte. Infolge von Rundungsfehlern summieren sich Prozentwerte senkrecht nicht immer auf 100. Signifikanz bei zweiseitigen  $\chi^2$ -Unabhängigkeitstests: \* $p \leq 0,10$ ; \*\* $p \leq 0,05$ ; \*\*\* $p \leq 0,01$ .

mie aufgezeigt worden (u. a. United Nations Children's Fund, 2021). Im Gegensatz dazu erfuhren ältere Befragte ab 65 Jahren während der Pandemie eine gesteigerte Sichtbarkeit, weil sie zu den Gruppen gehörten, die als besonders schützenswert eingestuft wurden und somit von der Politik verstärkt Beachtung erhielten. Frauen wiederum litten in Zeiten der Pandemie häufiger unter der Doppelbelastung von Beruf und Familie als Männer. So erlebten sie deutlich zugespitzter als ohnehin schon die fehlenden Möglichkeiten der Vereinbarkeit beider Lebensbereiche, was eine Ursache für die Geschlechterdifferenz darstellen dürfte. Bemängelt wurde auch, dass es keine gezielte und vor allem gelungene Ansprache und Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund gab.

Wenig überraschend ist, dass der Anteil derer, die sich vernachlässigt fühlen, mit steigendem Einkommen und Bildungsgrad sinkt. Studien aus den Jahren 2020 und 2021 (Brand et al., 2020, Follmer et al., 2021) haben bereits gezeigt, dass Höherqualifizierte mit höherem Einkommen häufiger im Homeoffice arbeiteten, seltener in Kurzarbeit waren und weniger häufig die Pflege und Versorgung anderer Menschen übernehmen mussten. Stärkere Belastungen durch die Pandemie mussten und müssen insbesondere Angestellte im Pflegebereich sowie bei den weniger qualifizierten Dienstleistungen (Lieferdienste, Einzelhandel) schultern. Darüber hinaus sind unter den sich politisch vernachlässigt fühlenden Menschen die Nichterwerbstätigen überrepräsentiert.

Im Gegensatz dazu geht das Zusammenleben mit einer Partnerin bzw. einem Partner – egal ob mit oder ohne Kind(er) – mit einer geringeren Neigung zum Gefühl politischer Deprivation einher. Im Umkehrschluss fühlen sich also diejenigen häufiger von der Politik vernachlässigt, die allein sind. Interessanterweise haben die Wohnortgröße und das Vorhandensein von chronischen Erkrankungen – anders als bei vielen anderen Themen – keinen nennenswerten Einfluss auf die Ausprägung dieser Gefühlslage.

Der Hauptgrund, warum wir diese Frage so ausführlich in diesem Bericht diskutieren, ist jedoch, dass mit dem Gefühl, während der Coronapandemie von der Politik vernachlässigt worden zu sein, sowohl insgesamt als auch im Hinblick auf alle Einzeldimensionen ein erheblich geringeres Erleben von gesellschaftlichem Zusammenhalt einhergeht. *Abbildung 3 bis Abbildung 12 in Kapitel 2.4* veranschaulichen die Stärke des Effekts anhand der abgebildeten Balken. So schneiden Menschen, die sich politisch vernachlässigt fühlen, auf dem Gesamtindex Zusammenhalt um 7,5 Punkte schwächer ab als Menschen, die dies nicht so empfinden. Ähnlich verhält es sich bei den Dimensionen im Bereich der sozialen Beziehungen: Die sich politisch vernachlässigt fühlende Gruppe der Menschen hat deutlich schwächere soziale Netze (-4,8 Punkte), weist ein erheblich geringeres Vertrauen in ihre Mitmenschen auf (-7,9 Punkte) und zeigt eine geringere Akzeptanz von Vielfalt (-5,3 Punkte).

Ein vergleichbares Bild ergibt sich im Bereich der Verbundenheit: Menschen, die sich vernachlässigt fühlen, identifizieren sich in geringerem Maße mit ihrem Gemeinwesen (-5,7 Punkte), fühlen sich weniger gerecht behandelt (-8,2 Punkte) und weisen ein erheblich geringeres Vertrauen in Institutionen auf – hier liegt der Wert sogar gut 18 Punkte unter dem Wert derer, die das Gefühl der politischen Deprivation nicht haben. Da sich das Institutionenvertrauen und das Gefühl der politischen Vernachlässigung jedoch inhaltlich stark überschneiden, sollte dieses Ergebnis nicht überinterpretiert werden.

Schließlich unterscheiden sich die beiden Gruppen auch deutlich im Bereich der Gemeinwohlorientierung: Menschen, die sich politisch vernachlässigt fühlen, erleben weniger Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft (- 6,2 Punkte), eine geringere Anerkennung sozialer Regeln (- 7,8 Punkte) und nehmen etwas weniger am gesellschaftlichen und politischen Leben teil (- 3,4 Punkte) als diejenigen, die im Verlauf der Pandemie keine Gefühle dieser Art entwickelt haben.

Unsere Analysen verdeutlichen also, dass die Beziehung von Politik und Bevölkerung in einem durchaus engen Zusammenhang damit steht, wie es den Menschen in der Gesellschaft geht und wie gut die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders erlebt wird. Eine komplexe und in den Inhalten wechselnde Kommunikation zu einer Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen und Vorgehensweisen in einer als bedrohlich dargestellten Situation geht bei ohnehin bereits benachteiligten Bevölkerungsgruppen einher mit schwächeren sozialen Beziehungen, einer geringeren Verbundenheit mit dem Gemeinwesen und einer verminderten Orientierung am Gemeinwohl. Die Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft, Frustration, Wut und Protest können mögliche Reaktionen darauf sein, sich nicht verstanden und nicht gesehen zu fühlen.

Da es sich bei dieser Gruppe in Baden-Württemberg um gut 61 Prozent der Befragten handelt (vgl. Tabelle 2), wiegt unser Befund umso schwerer. Denn wenn die Mehrheit der Bevölkerung politischen Institutionen nicht mehr vertraut und das Gefühl hat, es wird zu wenig getan, könnte nicht nur das gesellschaftliche Klima Schaden nehmen, sondern auf Dauer auch das gesamte politische System. Allerdings ist vor dem Schluss zu warnen, eine bestimmte politische Ebene habe diesen Befund alleine zu verantworten oder es handele sich dabei um einen Befund, der sich nur auf die Verhältnisse in Baden-Württemberg beziehen ließe. Es liegt nahe, dass unser Befund – gegebenenfalls in stärkerer oder schwächerer Ausprägung – bei Befragungen im gleichen Erhebungszeitraum in anderen Regionen Deutschlands genauso zutage getreten wäre.

## 2.6 Vorläufige Zusammenfassung

Wie ist es also derzeit in einer Gesamtschau um den sozialen Zusammenhalt in Baden-Württemberg bestellt? Während die Jahre von 2017 bis 2019 – und in gewissem Maße auch noch die allerersten Monate der Pandemie – von Stabilität geprägt waren, haben sich seitdem deutliche Veränderungen ergeben. Der Zusammenhalt in Baden-Württemberg ist aus den vergangenen beiden Pandemiejahren deutlich geschwächt hervorgegangen. Positive Veränderungen gab es in keiner einzigen Dimension.

Bevor wir unsere Befunde im Folgenden insbesondere mit Blick auf vulnerable Gruppen noch einmal zusammenfassen, sollte betont werden, dass die Daten zu dieser Studie in einer Hochzeit der Pandemie (um den Jahreswechsel 2021/22) in einem Bundesland erhoben wurden, in dem der soziale Zusammenhalt bis dato im deutschlandweiten Vergleich immer recht hoch war: Im Jahr 2017 lag Baden-Württemberg mit 63 von 100 Punkten im deutschlandweiten Vergleich auf Platz 2 (vgl.

Arant, Dragolov et al., 2017) und im Jahr 2020 mit 61 Punkten genau im Bundesdurchschnitt (vgl. Follmer et al., 2020). Dieser Kontext ist zu berücksichtigen, wenn man die Befunde adäquat würdigen will: Die Tendenz ist besorgniserregend, aber der Zusammenhalt ist nicht per se und in toto schwach.

Gegenüber dem letzten Erhebungszeitraum hat sich die Situation aber eben in jedem Bereich und jeder Dimension (mit Ausnahme des Gerechtigkeitsempfindens) signifikant verschlechtert. Besonders stark ist die Identifikation mit dem Gemeinwesen zurückgegangen, aber auch die sozialen Netze der Menschen haben sich verkleinert und an Belastbarkeit eingebüßt. Ebenso ist das Ausmaß der von den Bürger:innen Baden-Württembergs gezeigten Solidarität und Hilfsbereitschaft rückläufig. Und auch das Vertrauen in die Mitmenschen, die Anerkennung sozialer Regeln sowie die Akzeptanz von Vielfalt haben in den vergangenen Jahren deutliche Einbußen erlebt. Bemerkenswert ist dabei, dass die Vielfaltsakzeptanz hinsichtlich aller erfassten Gruppen zurückgegangen ist: Egal, ob es sich um Menschen mit anderem Lebensstil, anderer Religion, Herkunft oder sexueller Orientierung handelt – die Befragte sind heute weniger bereit, Menschen, die anders sind als sie selbst, in ihrer Nachbarschaft zu akzeptieren als noch drei Jahre zuvor. Hinzu kommt ein bröckelndes Vertrauen in Institutionen und eine geringere gesellschaftliche Teilhabe, unter anderem gemessen am Interesse für Politik.

Zusammengenommen sprechen die Befunde zu den einzelnen Dimensionen von Zusammenhalt nicht nur für einen teils erheblichen Rückzug der Menschen aus der Gesellschaft, sondern auch für gewisse Ermüdungserscheinungen, sich überhaupt am gesellschaftlichen und sozialen Leben zu beteiligen. Die hier vorgestellten Ergebnisse sind insofern ein Weckruf, Menschen „aus der Mitte der Gesellschaft“ nicht nur ganz allgemein zu (re-)aktivieren, sondern hierfür auch geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die die derzeitige Lebenswelt der Bürger:innen anerkennen und den Sorgen, Ängsten und Nöten ausreichend Beachtung schenken.

Wichtig ist hierfür der Blick auf vulnerable gesellschaftliche Gruppen, die einen geringeren Grad an Zusammenhalt erleben und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Zeiten der Pandemie (noch) weiter gelitten hat. Insbesondere diesen Gruppen droht in Krisenzeiten, dass sie kaum von der Unterstützung ihrer Mitmenschen profitieren, weil sie über weniger belastbare Kontakte verfügen, weniger in zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden sind, den öffentlichen Raum eher meiden oder eine größere Distanz zu staatlichen Institutionen pflegen. Die gesellschaftliche Einbindung dieser Gruppen zu fördern und somit ihre Lebensqualität zu verbessern, sollte Priorität genießen.

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir Indizien für ein Auseinanderdriften der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen beim erlebten Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts und seiner neun Dimensionen untersucht. Hierzu haben wir neun unterschiedliche soziale Gruppen (vgl. Tabelle 2) mit einer Referenzperson aus der Mitte der Gesellschaft verglichen: einem Mann im mittleren Alter zwischen 25 und 44 Jahren ohne Migrationshintergrund, der einen Realschulabschluss hat, erwerbstätig ist, zur oberen Mittelschicht gehört, in einer Partnerschaft mit Kind(ern) in einer mittelgroßen Stadt lebt und weder an chronischen Erkrankungen leidet noch das Gefühl hat, politisch vernachlässigt zu werden. Dabei weichen die untersuchten sozialen Gruppen im Gesamtindex Zusammenhalt bzw. bei den einzelnen Dimensionen unterschiedlich stark von dieser fiktiven

TABELLE 14

**ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERSCHIEDE ZWISCHEN SOZIALEN GRUPPEN BEZÜGLICH DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS UND DESSEN NEUN DIMENSIONEN**

GRUPPE		SOZIALE BEZIEHUNGEN			VERBUNDENHEIT MIT DEM GEMEINWESEN			GEMEINWOHL-ORIENTIERUNG			
		INDEX	NETZE (1.1)	VERTRAUEN (1.2)	VIelfALT (1.3)	IDENTIFI-KATION (2.1)	INSTITU-TIONEN-VERTRAUEN (2.2)	GERECH-TIGKEIT (2.3)	SOLI-DARITÄT (3.1)	REGEL-AKZEPTANZ (3.2)	POLITISCHE TEILHABE (3.3)
Geschlecht (REFERENZ Mann)	Frau	-		-	+	-		-		-	-
Alter (REFERENZ 25 – 44 Jahre)	16 – 24 Jahre	+	+	+	+		+		+		+
	45 – 64 Jahre	-	-		-		-	-			+
	65+ Jahre	+				+			+		+
Migrationshintergrund (REFERENZ Ohne)	Mit	-		-	+	-	-	+			-
Bildung (REFERENZ Realschule)	Hauptschule / niedriger	-	-	-	-			+	-	-	-
	Abitur / Hochschule	+		+		-	+		+		+
Erwerbsstatus (REFERENZ Erwerbstätig)	Nicht erwerbstätig	-	-					-	-		
	Rentner:in		-					-			
Einkommen (REFERENZ Obere Mittelschicht)	Einkommensarme	-	-	-		-	-		-	-	-
	Untere Mittelschicht	-	-				-				-
	Einkommensreiche							+			
Lebensweise (REFERENZ Partnerschaft mit Kind(ern))	Single ohne Kinder		-	-	+	-		-	-	+	
	Partnerschaft ohne Kinder	-							-		-
	Alleinerziehend	-		-	+		-	-	-		
Wohnort (REFERENZ Mittelstadt)	Landgemeinde	+		+			+	-	+	+	+
	Kleinstadt	+				+				+	
	Großstadt						+			-	
Gesundheitszustand (REFERENZ Nicht chronisch krank)	Chronisch krank	-	-	-		-		-			+
Politische Deprivation (REFERENZ Nicht depriviert)	Depriviert	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

■ SIGNIFIKANT HÖHER ■ SIGNIFIKANT NIEGRIGER

Die Tabelle fasst die Ergebnisse aus den durchgeführten multiplen Regressionsanalysen zur Untersuchung der Unterschiede zwischen den betrachteten sozialen Gruppen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts und seiner Dimensionen zusammen. Signifikante Abstände der jeweiligen sozialen Gruppen zur Referenzperson sind farbig gekennzeichnet, je nachdem, ob die Werte höher oder niedriger ausfallen.

Person ab – positiv wie negativ. Weil die politische Deprivation nicht nur beim Zusammenhalt insgesamt, sondern auch über alle Dimensionen hinweg einen großen Einfluss auf das Erleben hat, haben wir die Ergebnisse gesondert in Kapitel 2.5 besprochen.

Grundsätzlich weisen unsere Analysen auf die nachstehenden Risikogruppen hin. Zur Systematisierung und Zusammenfassung der durchgeführten Analysen dient Tabelle 14. In ihr sind die Ergebnisse der Untersuchung der Unterschiede zwischen den neun (bzw. zehn, wenn die sich politisch vernachlässigt Fühlenden eingeschlossen werden) sozialen Gruppen zum Gesamtindex und zu den neun Einzeldimensionen des Zusammenhalts noch einmal im Überblick dokumentiert. Bedeutsame Unterschiede zur Referenzperson sind dunkler bzw. heller markiert, je nachdem, ob die erzielten Werte höher oder niedriger ausfallen.

### Geschlecht

Frauen erleben einen geringeren Zusammenhalt als Männer (Gesamtindex). Darüber hinaus nehmen sie einen Mangel an Vertrauen in ihre Mitmenschen, an Gerechtigkeit und an Akzeptanz sozialer Grundregeln im Gemeinwesen wahr. Zudem identifizieren sich Frauen weniger stark mit ihrem Gemeinwesen, beteiligen sich weniger daran und gestalten das gesellschaftliche und politische Leben entsprechend in einem geringeren Grad mit. Die Situation von Frauen war schon in unseren Vorgängerstudien problematisch. Seit 2019 hat sich diese Situation eher noch zum Schlechteren verändert. Die strukturelle Benachteiligung von Frauen wird erneut deutlich. Allerdings akzeptieren Frauen Vielfalt in der Gesellschaft mehr, als Männer dies tun, und weisen der Gesellschaft einen durchaus modernen Weg.

### Alter

Sowohl beim Gesamtindex als auch über fast alle Dimensionen hinweg erleben jüngere Menschen den sozialen Zusammenhalt positiver als Befragte zwischen 25 und 44 Jahren, mit denen unsere Analysen sie verglichen haben. Es gibt zumindest keine Dimension, auf der jüngere Menschen den Zusammenhalt als schlechter wahrnehmen als die 25- bis 44-Jährigen. Auch die ältesten Befragten ab 65 Jahren erleben den Zusammenhalt positiver als unsere Vergleichsperson. Dies gilt sowohl für den Gesamtindex als auch für drei Einzeldimensionen. Alte identifizieren sich nicht nur stärker mit ihrem Gemeinwesen, sondern sind auch stärker am Gemeinwohl orientiert. Ihr Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft sowie der Grad an zivilgesellschaftlicher und politischer Partizipation fallen höher aus.

Ein besonderes Augenmerk muss jedoch auf die Gruppe der Menschen im mittleren Erwachsenenalter zwischen 45 und 64 Jahren gerichtet werden. Sie schneidet als einzige durchweg schlechter ab als die Vergleichsgruppe. Diese Menschen erleben den Zusammenhalt insgesamt als schwächer, aber auch ihre Werte im Bereich der sozialen Beziehungen (soziale Netze und Akzeptanz von Vielfalt) und der Verbundenheit (Vertrauen in Institutionen und Gerechtigkeitsempfinden) sind vergleichsweise schlechter. Einzig die gesellschaftliche Teilhabe ist bei dieser Gruppe genau wie bei den ganz jungen und ältesten Befragten stärker ausgeprägt als bei der Referenzgruppe der jungen Erwachsenen.



## Migrationshintergrund

Menschen mit Migrationshintergrund machen knapp ein Viertel unserer Gesamtstichprobe aus (vgl. Tabelle 2). Auch sie schneiden im Gesamtindex und bei einigen Dimensionen schlechter ab als Menschen ohne Migrationshintergrund und gehören damit im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu den besonders offensichtlichen Risikogruppen. Sie erleben den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt als schwächer und schneiden auch beim Vertrauen in ihre Mitmenschen und in Institutionen, bei der Identifikation mit dem Gemeinwesen und bei der gesellschaftlichen Teilhabe schlechter ab.

Eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund kann somit über die Förderung von sozialen Netzen sowie des zwischenmenschlichen und institutionellen Vertrauens erzielt werden. Außerdem sollte diese Bevölkerungsgruppe stärker aktiv in das gesellschaftliche und politische Leben eingebunden werden. Maßnahmen, die das Vertrauen in andere stärken, würden sich voraussichtlich ebenfalls positiv auf die sozialen Beziehungen auswirken.

Interessanterweise ist das Empfinden, gerecht behandelt zu werden, unter Menschen mit Migrationshintergrund sogar stärker ausgeprägt als bei Befragten ohne Migrationshintergrund. Hierfür bieten sich aus unserer Sicht zwei Erklärungen an: Zum einen könnte es sein, dass Migrant:innen das Ausmaß an Gerechtigkeit in Deutschland mit dem in ihren Herkunftsländern in Beziehung setzen und dabei zu einem positiven Ergebnis für Deutschland (und Baden-Württemberg) kommen. Die zweite Erklärung basiert auf dem sogenannten „Just-World-Phänomen“ (Dalbert, 1996). Es besagt, dass viele Menschen, insbesondere diejenigen, die ihr Leben dank ihrer eigenen Arbeitsleistung in positiver Weise gestalten, davon ausgehen, dass es in der Welt grundsätzlich gerecht zugeht und Menschen das bekommen, was sie – auch moralisch betrachtet – verdienen. Für viele Arbeitsmigrant:innen in Baden-Württemberg trifft genau dies zu. Sie haben ihr Leben in die eigenen Hände genommen und es – nicht zuletzt durch harte Arbeit und über das anfänglich Erwartbare hinaus – positiv gestalten können. Aus diesem Grund haben sie auch kein Ungerechtigkeits erleben, sondern fühlen sich durchaus gerecht behandelt – so, wie es einem hart arbeitenden Menschen aus ihrer Sicht zusteht.

## Bildung

Im Bereich „Bildung“ zeigt sich eine deutliche Spaltung. Während gut ein Viertel der Befragten einen Realschulabschluss hat (und unsere Referenzgruppe darstellt), gab die relative Mehrheit von knapp 40 Prozent an, einen niedrigeren Bildungsabschluss zu haben. Knapp 35 Prozent verfügen über einen höheren Abschluss (vgl. Tabelle 2). Ein Blick auf Tabelle 14 verdeutlicht, dass höhere formale Bildung mit einem stärkeren Erleben von Zusammenhalt einhergeht. Während Menschen mit niedriger Bildung über fast alle Dimensionen hinweg schwächere Werte aufweisen als Befragte mit Realschulabschluss (mit Ausnahme des Gerechtigkeitsempfindens, bei dem sie wie Menschen mit Migrationshintergrund besser abschneiden), erleben Höhergebildete einen stärkeren Zusammenhalt. Dies schlägt sich auch in vielen Dimensionen über alle drei Bereiche hinweg nieder: So vertraut diese Gruppe ihren Mitmenschen und Institutionen stärker, zeigt sich solidarischer und hilfsberei-

ter und nimmt mehr am gesellschaftlichen und politischen Leben teil. Darüber hinaus schneiden Menschen mit tertiärem Bildungsabschluss bei der Akzeptanz von Vielfalt viel besser ab als die Vergleichsgruppe von Menschen mit „nur“ einer Berufsausbildung.

### Erwerbsstatus

Mit 54 Prozent ist gut die Hälfte unserer Befragten erwerbstätig. Nichterwerbstätige (knapp 20 Prozent) sowie Rentner:innen (gut 26 Prozent) schneiden grundsätzlich schlechter ab als die Vergleichsgruppe (vgl. Tabelle 14). Rentner:innen fühlen sich in erster Linie nicht so gerecht behandelt wie Erwerbstätige und beklagen eine schwächere Qualität ihrer sozialen Netze. Beide Befunde sind nicht verwunderlich, weil die Größe und Belastbarkeit des sozialen Umfelds mit dem Alter häufig nachlässt und einige Menschen mit dem Eintritt ins Rentenalter von Armut bedroht oder betroffen sind. Bei beiden Dimensionen schneiden auch die Nichterwerbstätigen schlechter ab als Menschen, die im Berufsleben stehen. Hinzu kommt jedoch noch ein allgemein als schwächer empfundener Zusammenhalt (Gesamtindex) sowie ein schwächer erlebtes Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft untereinander. Auch dies ist nicht überraschend, werden Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – keiner Lohnarbeit nachgehen, doch häufig marginalisiert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

### Einkommensschicht

Die Ergebnisse zum Zusammenhalt in den unterschiedlichen Einkommensschichten haben als Referenzgruppe die obere Mittelschicht, die mit knapp 40 Prozent in unserer Stichprobe vertreten ist. Eine deutliche soziale Spaltung ist auch bei diesem Gruppenvergleich gegeben und betrifft im Wesentlichen Einkommensarme (knapp 20 Prozent) und die untere Mittelschicht (knapp 38 Prozent). Wie Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund erleben auch arme Menschen und die untere Mittelschicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich schwächer als die Vergleichsgruppe.

Dies drückt sich in allen Bereichen aus: Im Bereich der sozialen Beziehungen verfügen Einkommensschwache über kleinere soziale Netze und erzielen niedrigere Werte beim Vertrauen in die Mitmenschen als Mitglieder der oberen Mittelschicht. Auch die Identifikation mit dem Gemeinwesen sowie das Institutionenvertrauen – beide Dimensionen gehören zur Verbundenheit mit dem Gemeinwesen – fallen schwächer aus. Im Bereich der Gemeinwohlorientierung finden sich sogar für alle drei Dimensionen geringere Werte als in der oberen Mittelschicht. Nur hinsichtlich der Akzeptanz von Vielfalt und beim Gerechtigkeitsempfinden unterscheiden sie sich nicht von unserer Vergleichsgruppe.

Bei der unteren Mittelschicht ist das Bild ähnlich: Die sozialen Netze, das Institutionenvertrauen und die gesellschaftliche Teilhabe sind schwächer als bei der oberen Mittelschicht. Im Gegensatz dazu haben Einkommensreiche ein stärkeres Gerechtigkeitsempfinden als die Referenzperson aus der oberen Mittelschicht. Auch hier scheint das Gerechte-Welt-Phänomen sozusagen „pro domo“ von Bedeutung zu sein. Man ist reich und erlebt dies als gerecht, als moralisch verdient.

## Lebensweise

Etwa die Hälfte unserer Befragten (knapp 50 Prozent, vgl. Tabelle 2) lebt in einer Partnerschaft mit mindestens einem Kind. Diese Menschen bilden die Vergleichsgruppe unserer Analysen zum Thema „Zusammenhalt“ bei Menschen mit verschiedenen Lebensweisen. Singles, die etwa ein Fünftel der Stichprobe ausmachen, berichten eine schlechtere Qualität ihrer sozialen Netze und ein geringeres Vertrauen in ihre Mitmenschen. Hierfür kann die Pandemie ein gewichtiger Grund sein, weil das soziale Leben stark eingeschränkt werden musste, worunter besonders alleinstehende und allein wohnende Menschen stark gelitten haben. Hierzu passt, dass sich Singles auch weniger mit dem Gemeinwesen identifizieren und ihr Gerechtigkeitsempfinden schwächer ist als das von Menschen in Partnerschaften mit Kind(ern). Darüber hinaus sind die Werte für Solidarität und Hilfsbereitschaft bei Singles geringer als in der Vergleichsgruppe. Diese Dimension gehört zum Bereich der Gemeinwohlorientierung. Sie erfährt über alle Lebensweisen hinweg in die höchste Zustimmung in unserer Referenzgruppe der Menschen in Partnerschaft mit Kind(ern), auch wenn man eigentlich erwarten könnte, dass Singles mehr Zeit als etwa Eltern haben, um sich zu engagieren.

Neben den Singles erleben vor allem auch Alleinerziehende (13 Prozent) den sozialen Zusammenhalt schlechter als unsere Vergleichsgruppe. Sie haben weniger Vertrauen in ihre Mitmenschen und in Institutionen, fühlen sich weniger gerecht behandelt und erleben ein geringeres Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft. Diese Ergebnisse sind zum Teil sicherlich auf die persönliche Situation zurückzuführen. Schließlich schneiden auch Menschen in Partnerschaften ohne Kinder schlechter ab als diejenigen ab, die Kinder haben. Dies gilt allerdings nur im Bereich der Gemeinwohlorientierung: Neben einem geringeren Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft wird auch ein geringeres Maß an zivilgesellschaftlicher und politischer Partizipation berichtet.

## Wohnort

Unsere Referenzperson lebt in einer mittelgroßen Stadt. Dies ist insgesamt bei gut einem Drittel der Befragten (38 Prozent) der Fall (vgl. Tabelle 2). Vergleicht man damit das Leben auf dem Land (knapp 4 Prozent), in der Kleinstadt (knapp 39 Prozent) und in der Großstadt (gut 19 Prozent), tritt eine deutliche soziale Spaltung zutage. Insgesamt wird der gesellschaftliche Zusammenhalt besonders auf dem Land, aber auch in Kleinstädten als deutlich stärker erlebt. Dieser Befund zeigt sich bei mehreren Dimensionen des Zusammenhalts. Das Vertrauen in die Mitmenschen und in Institutionen sowie die Gemeinwohlorientierung sind – gemessen anhand von Solidarität und Hilfsbereitschaft, der Anerkennung sozialer Regeln und des Ausmaßes der zivilgesellschaftlichen und politischen Partizipation – auf dem Land stärker als in mittelgroßen Städten. In Kleinstädten ist hingegen die Identifikation mit dem Gemeinwesen sowie die Anerkennung sozialer Regeln stärker. Selbst in Großstädten ist das Institutionenvertrauen höher als in mittelgroßen Städten, wobei aber die Bereitschaft, soziale Regeln anzuerkennen, in Großstädten etwas geringer ausfällt. Insgesamt gilt: Nicht die Großstadt – und schon gar nicht das Land oder die Kleinstadt – stellt in Sachen Zusammenhalt ein Problemfeld dar, sondern die Mittelstadt. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal darauf verweisen, dass dieser Befund nichts mit womöglich unterschiedlichen Altersstrukturen zu tun hat, denn bei den durchgeführten Regressionsanalysen werden diese von vornherein korrigiert.

### Chronische Krankheit

Unsere Analysen zeigen, dass chronisch kranke Menschen zu einer der zentralen Risikogruppen gehören, wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. In unserer Befragung haben 42 Prozent (!) der Bürger:innen Baden-Württembergs angegeben, an einer chronischen Erkrankung zu leiden – 2019 war es noch knapp ein Drittel (vgl. Tabelle 2). Wie Tabelle 14 veranschaulicht, erleben diese Menschen nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt schwächer als gesunde Befragte, sondern sie erleben ihn auch in allen neun Dimensionen geringer als Gesunde. Mit einer chronischen Erkrankung gehen schwächere soziale Beziehungen, eine geringere Verbundenheit mit dem Gemeinwesen sowie eine schwächere Gemeinwohlorientierung einher. Die Ursachen hierfür sind sicherlich vielfältig, nahe liegt jedoch, dass eine dauerhafte Erkrankung so viele Ressourcen bindet, dass für die aktive Gestaltung der Gesellschaft und soziale Beziehungen weder Zeit noch Kraft bleiben. Politisch scheint sich die Gruppe der chronisch Kranken oft „unterhalb des Radars“ von Entscheidungsträger:innen zu befinden.

### Gefühl politischer Vernachlässigung im Verlauf der Coronapandemie

Das Gefühl der politischen Vernachlässigung stellt sich in unseren Analysen als aktuell zentrales Risiko heraus, wenn es um die Güte des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht. Über 61 Prozent der Befragten gaben an, in der Coronapandemie politische Deprivation zu erleben (vgl. Tabelle 2). Sie stellen damit die Mehrheit der Gesellschaft Baden-Württembergs dar, was wir als ausreichenden Anlass dafür sehen, diese Gruppe in Kapitel 2.5 gesondert zu betrachten. Anders als bei sozialstrukturell umrissenen Gruppen, die wir bisher zusammenfassend angesprochen haben, geht es hier um Menschen in einer bestimmten Gefühlslage. Menschen, die das Gefühl haben, politisch vernachlässigt zu werden, erleben einen erheblich geringeren gesellschaftlichen Zusammenhalt – nicht nur insgesamt, sondern über alle Einzeldimensionen hinweg.

Dieser Befund wiegt nicht nur gesellschaftlich, sondern auch politisch schwer. Es muss deshalb ein zentrales Ziel der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen sein, die Bedürfnisse, Ängste und Anliegen dieser Gruppe besser zu verstehen, um eine Annäherung zu schaffen, die den Aufbau von Vertrauen ermöglicht. Denn wenn die Mehrheit der Bevölkerung politischen Institutionen nicht vertraut und das Gefühl hat, es wird zu wenig für sie getan, könnte nicht nur das gesellschaftliche Klima Schaden nehmen, sondern auf Dauer auch das gesamte politische System.

3

AUSWIRKUNGEN  
DER CORONAPANDEMIE  
UND DES UMGANGS  
MIT IHR AUF DEN  
GESELLSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENHALT

**D**er hier vorgelegte Bericht hat sich bis hierher auf die Dokumentation der Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg von 2019 bis 2022 konzentriert. Dabei war die Tatsache, dass es mit der Coronapandemie zwischen den beiden Erhebungen ein Jahrhundertereignis gab, zwar allgegenwärtig, aber wie die Befragten selbst Corona erlebt haben und mit der Pandemie umgegangen sind, wurde bislang nur angedeutet. Deshalb möchten wir nun in diesem Kapitel einen detaillierteren Einblick in dieses Thema geben.

### 3.1 Corona

Die SARS-CoV-2-Pandemie war die erste weltumspannende Pandemie seit der sogenannten Spanischen Grippe vor etwa 100 Jahren und stellte damit eine absolute Ausnahmesituation dar. Auch wenn aus einer solchen Ausnahmesituation meistens im Laufe der Zeit zunehmend eine Alltagssituation wird: Für die meisten Menschen in Deutschland dürfte die Pandemie eines der besonders einschneidenden Erlebnisse ihres Lebens darstellen. Ältere und wohl auch die Mehrheit der Menschen in anderen Weltregionen mögen schon ähnlich dramatische oder gar schlimmere Dinge erlebt haben, aber für jüngere Deutsche, insbesondere wenn sie im Westteil des Landes aufgewachsen sind, gibt es wenig Vergleichbares. In Tabelle 15 sind einige zentrale Einstellungen der Befragten hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Zuge der Coronapandemie dargestellt.

Rund 60 Prozent der in dieser Studie Befragten gehen davon aus, dass der Zusammenhalt in Deutschland durch die Pandemie schwächer geworden ist. Selbst wenn man dies noch als Ausdruck eines für Deutschland nicht ganz untypischen Skeptizismus betrachtet, so alarmiert aber der Befund, dass nunmehr auch ein gutes Fünftel der Befragten den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend für schlecht oder sehr schlecht hält. Während die Einschätzung, dass der Zusammenhalt in Deutschland insgesamt gefährdet ist, sich im Vergleich zu 2019 kaum verändert hat, nehmen 2022 deutlich mehr Menschen den Zusammenhalt im eigenen Nahbereich als gefährdet wahr.

Zwei Drittel der Befragten haben den Eindruck, es sei in der Coronapandemie zu mehr Konflikten zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen gekommen. Von einer Zunahme von Streit und Konflikten in der eigenen Familie (16,8 Prozent) bzw. im Freundes- und Bekanntenkreis (13,6 Prozent) berichtet hingegen nur jede:r sechste bis siebte Befragte. Hierzu passt der Befund, dass die meisten Menschen in Deutschland die Diskussionen im eigenen Umfeld als genauso respektvoll wie früher empfinden, während sie bei öffentlichen Diskussionen in den Medien eine zunehmende Respektlosigkeit wahrnehmen (vgl. Brand et al., 2020). In Baden-Württemberg glaubt ein Viertel der Befragten, im Verlauf der Pandemie eine Zunahme von Feindseligkeit zu erkennen, während weniger als 20 Prozent eine Zunahme von Solidarität erleben. Insgesamt überwiegt ein grundlegender Pessimismus: Über die Hälfte der Befragten befürchtet, dass die Gesellschaft geschwächt aus der Pandemie hervorgeht.

TABELLE 15

**EINSTELLUNGEN ZUR CORONAPANDEMIE**

INDIKATOR	2022
<b>Wie hat sich Ihrer Meinung nach der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland in Zeiten der Coronapandemie verändert? Er ist (jetzt) ...</b>	
sehr viel schwächer / eher schwächer?	61,9
gleich geblieben?	22,0
eher stärker / sehr viel stärker?	16,1
<b>Wie hat sich Ihrer Meinung nach der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Gegend, in der Sie wohnen, in Zeiten der Coronapandemie verändert? Ist er jetzt ...</b>	
sehr viel schwächer / eher schwächer?	22,3
gleich geblieben?	61,4
eher stärker / sehr viel stärker?	16,3
<b>Glauben Sie, dass unsere Gesellschaft erheblich geschwächt oder erheblich gestärkt aus dieser Krise hervorgehen wird?</b>	
Erheblich geschwächt / eher geschwächt	50,5
Teils, teils	31,6
Eher gestärkt / erheblich gestärkt	17,9
<b>In der Coronapandemie haben Konflikte zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zugenommen.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	8,6
Teils, teils	25,4
Stimmt ziemlich / völlig	65,9
<b>Es kommt seit Beginn der Coronapandemie häufiger zu Streit und Konflikten in meiner Familie.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	61,1
Teils, teils	22,1
Stimmt ziemlich / völlig	16,8
<b>Es kommt seit Beginn der Coronapandemie häufiger zu Streit und Konflikten in meinem Freundes- und Bekanntenkreis.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	62,2
Teils, teils	24,2
Stimmt ziemlich / völlig	13,6
<b>Wenn Sie an Ihre Begegnungen mit anderen Menschen in diesen Tagen denken, erleben Sie mehr Solidarität als sonst oder mehr Feindseligkeit?</b>	
Mehr Feindseligkeit	25,3
Kommt darauf an	56,4
Mehr Solidarität	18,4
<b>Es wird viel diskutiert, was in Zeiten der Coronapandemie Vorrang haben sollte: Vor allem die Freiheit der Bürger:innen oder vor allem der Schutz der Gesundheit?</b>	
Vor allem Gesundheit	46,2
Gleich wichtig	38,0
Vor allem Freiheit	15,8
<b>Durch die Coronapandemie werden meine Bürger- und Freiheitsrechte eingeschränkt.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	28,4
Teils, teils	31,0
Stimmt ziemlich / völlig	40,7
<b>Wie sehr leiden Sie unter den Maßnahmen der Coronapandemiebekämpfung?</b>	
Gar nicht / wenig	60,8
Stark / sehr stark	39,3
<b>Wie gut handhabt die Politik Ihrer Meinung nach die Coronapandemie?</b>	
Sehr schlecht / ziemlich schlecht	47,1
Teils, teils	35,7
Ziemlich gut / sehr gut	17,3

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Antworten auf die Fragen zur Coronapandemie für Baden-Württemberg ( $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Seit Beginn der Pandemie mussten politische Entscheidungsträger:innen immer wieder wichtige Güter gegeneinander abwägen, insbesondere den Schutz der Gesundheit gegen Einschränkungen der Freiheit des Einzelnen. Die baden-württembergischen Befragten legen ihren Schwerpunkt tendenziell auf den Schutz der Gesundheit: 46,2 Prozent sagen, der Schutz der Gesundheit sollte Vorrang vor der Freiheit der Bürger:innen haben, 38 Prozent bewerten beide Zielsetzungen gleich und nur 15,8 Prozent geben der Freiheit den Vorrang vor der Gesundheit. Unabhängig von dieser Schwerpunktsetzung stellen 40 Prozent der Befragten fest, dass ihre Freiheitsrechte im Zuge der Coronapandemie eingeschränkt wurden; weitere 31 Prozent sehen dies zumindest teilweise so. Hintergrund der wahrgenommenen Freiheitseinschränkungen sind die unterschiedlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie – von den AHA-Regeln und der Homeoffice-Pflicht über die Schließung von Schulen und Einzelhandel bis hin zu den 2G-, 3G- und 2G+-Einlassregelungen in Abhängigkeit vom Impf-, Testungs- oder Genesenen-Status. Die Mehrheit der Befragten gibt allerdings an, unter diesen verschiedenen Maßnahmen im Verlauf der Pandemie gar nicht oder nur sehr wenig gelitten zu haben (60,7 Prozent).

Bei der Bewertung des politischen Handelns spielt vermutlich eine zentrale Rolle, wie gut es der Politik gelungen ist, die Güterabwägung zwischen Schutz der Gesundheit und Bewahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte im Verlauf der Pandemie zu meistern. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten (47,1 Prozent) kommt zu dem Urteil, die Politik habe die Coronapandemie sehr schlecht oder ziemlich schlecht gehandhabt. Lediglich 17,3 Prozent halten den politischen Umgang mit der Pandemie für ziemlich oder gar sehr gut.

Von großem Gewicht sind auch die psychischen Belastungen durch die anhaltende Krisensituation (siehe Tabelle 16): 30,9 Prozent der Befragten geben an, seit dem Ausbruch der Coronapandemie oft oder sogar immer unter Müdigkeit und Erschöpfung zu leiden. 20,8 Prozent berichten von Konzentrationsschwierigkeiten. Mehr als zwei Drittel der Befragten sagen, dass sie seitdem mindestens gelegentlich ängstlich oder nervös sind. In der bereits angesprochenen Studie aus dem Februar 2022 (Unzicker, 2022a) geben 35 Prozent der Deutschen an, einsam zu sein. Ganz ähnlich lauten die Befunde der sogenannten NAKO-Gesundheitsstudie (Berger et al., 2021). Es dürften kaum Zweifel daran bestehen, dass das Ausmaß der von den Bürger:innen wahrgenommenen psychoemotionalen Belastungen erheblich angestiegen ist. Und es gilt: Je stärker die psychoemotionalen Belastungen (Angst, Nervosität, Reizbarkeit etc.) sind, desto weniger positiv wird der Zusammenhalt erlebt.

Diese Auswirkungen und Erfahrungen der Befragten in der Zeit der Pandemie stehen in Beziehung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, wobei die jeweilige Wirkrichtung im Rahmen dieser Studie ungeklärt bleiben muss. Es kann zum einen sein, dass Menschen, die stärker eingebunden sind und einen stärkeren Zusammenhalt erleben, die Gefahren der Pandemie besser bewältigen können – die Masterarbeit von Hartz (2021) belegt anhand von Daten der deutschlandweiten 2020er-Studie (Follmer et al., 2020) einen Zusammenhang von Zusammenhalt und Resilienz. Gesellschaftlicher Zusammenhalt stellt dann eine Ressource dar, auf die Menschen zurückgreifen können und die ihnen Halt in der Krise gibt. Wer zum Beispiel starke soziale Beziehungen hat, hat auch eher die Chance, Hilfe zu bekommen, wenn diese benötigt wird. Zum anderen kann aber auch der Effekt entstehen, dass Menschen, die in der Pandemie stark belastet sind, hohen Leidensdruck empfinden und sich besonders von der Politik vernachlässigt fühlen, sich sowohl stärker aus dem sozialen Gefüge zurückziehen



TABELLE 16

**PSYCHOEMOTIONALE BELASTUNGEN IN DER CORONAPANDEMIE**

INDIKATOR	2022
<b>Im Vergleich zu sonst fühle ich mich nervöser und ängstlicher.</b>	
Niemals	29,2
Gelegentlich / manchmal	54,7
Oft / immer	16,1
<b>Ich bin reizbarer und habe regelmäßig Streit mit meiner Familie.</b>	
Niemals	44,8
Gelegentlich / manchmal	41,6
Oft / immer	13,6
<b>Ich fühle mich müde und manchmal sogar erschöpft.</b>	
Niemals	22,0
Gelegentlich / manchmal	46,9
Oft / immer	30,9
<b>Ich finde es schwierig, mich zu konzentrieren.</b>	
Niemals	32,6
Gelegentlich / manchmal	46,6
Oft / immer	20,8
<b>Ich finde es schwierig, Entscheidungen zu treffen.</b>	
Niemals	37,1
Gelegentlich / manchmal	46,6
Oft / immer	16,2
<b>Ich fühle mich unwohl, wenn ich mit anderen kommuniziere.</b>	
Niemals	38,5
Gelegentlich / manchmal	47,2
Oft / immer	14,3

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmung zu Aussagen zu psychoemotionalen Belastungen für Baden-Württemberg ( $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100. Die Aussagen wurden mit „Wenn Sie an die Zeit seit Ausbruch der Coronapandemie denken, inwiefern treffen diese Aussagen auf Sie zu?“ eingeleitet.

| BertelsmannStiftung

(Rückzug ins Private) als auch eine deutlich negativere Einstellung zur Gesellschaft, zu ihren Mitmenschen und zum Zusammenhalt insgesamt entwickeln. Wer zum Beispiel den Job verloren hat und unter psychischen Belastungen leidet, kann sich besonders von der Solidarität ausgeschlossen fühlen und erst recht das Vertrauen in die Politik verlieren.

Auch wenn die Wirkrichtung zwischen Pandemie und Zusammenhalt unklar bleibt, so ist das Muster des Zusammenhangs eindeutig: Menschen, die einen starken Zusammenhalt erleben, glauben, dass die Politik die Pandemie gut handhabt, dass die Bedürfnisse von Menschen wie ihnen selbst hinreichend berücksichtigt werden und dass Begegnungen in Zeiten von Corona eher durch Solidarität als durch Feindseligkeit gekennzeichnet sind. Die Einschätzung der Menschen, die einen schwächeren Zusammenhalt erleben, ist in diesen Punkten (deutlich) negativer.

Wer einen starken Zusammenhalt erlebt, ist zudem im Gegensatz zu Personen, die einen schwächeren Zusammenhalt erleben, auch zufriedener mit der Demokratie in Deutschland, findet Verschwörungstheorien in geringerem Maß attraktiv, ist häufiger vollständig geimpft, schätzt sich selbst zufriedener, optimistischer und gesünder ein und glaubt eher, dass die Gesellschaft gestärkt aus der Krise hervorgehen wird.

Dies alles spricht sehr dafür, dass der Rückgang des gesellschaftlichen Zusammenhalts, den wir im Zeitvergleich feststellen, ursächlich auf die Belastungen durch die Pandemie zurückzuführen ist – auch wenn das Design der aktuellen Studie kausale Deutungen nicht ohne Weiteres zulässt und sie hierfür ausschließlich korrelative Befunde bietet (siehe Tabelle 17):

- Wer zuvor bereits schwachen Zusammenhalt erlebt hat, den trifft die Pandemie härter (fehlende Unterstützung / Widerstandskraft) – sie lässt diese Personengruppe noch weiter aus dem sozialen Gefüge herausrutschen.
- Wer hart von der Pandemie getroffen wird, bewertet anschließend den Zusammenhalt negativer und zieht sich womöglich sogar aktiv zurück.
- Wer die Verwerfungen in der Gesellschaft im Zuge der Pandemie wahrnimmt, beurteilt den Zusammenhalt im Anschluss negativer.

TABELLE 17

### ZUSAMMENHÄNGE MIT DEM GESAMTINDEX DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

MERKMAL	r	p
Politik handhabt Coronapandemie gut (+)	0,39	***
Bedürfnisse wurden in Zeiten von Corona hinreichend berücksichtigt (+)	0,34	***
In Zeiten von Corona mehr Feindseligkeit (-) oder mehr Solidarität (+) erlebt	0,36	***
In Zeiten von Corona Vorrang für Schutz der Gesundheit (-) oder für Freiheit (+)	- 0,14	***
In Zeiten von Corona haben Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen zugenommen (+)	- 0,15	***
Seit Beginn der Coronapandemie: häufiger Streit und Konflikte in der Familie (+)	- 0,13	***
Seit Beginn der Coronapandemie: häufiger Streit und Konflikte im Freundes- und Bekanntenkreis (+)	- 0,09	***
Zufrieden mit der Demokratie (+)	0,51	***
Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten durch Corona (+)	- 0,23	***
Verschwörungstheorien attraktiv (+)	- 0,44	***
Vollständig geimpft (+)	0,23	***
Bereit, sich künftig in regelmäßigen Abständen impfen zu lassen (+)	0,29	***
Zufriedenheit mit dem Leben (+)	0,43	***
Selbsteinschätzung Gesundheitszustand (+)	0,26	***
Zukunftsoptimismus (+)	0,51	***
Gesellschaft wird geschwächt (-) oder gestärkt (+) aus der Coronakrise hervorgehen	0,30	***
Leiden unter Maßnahmen der Coronapandemie (+)	- 0,22	***
Psychoemotionale Belastung durch Corona (+)	- 0,26	***

Die Tabelle dokumentiert einfache, bivariate Korrelationen *r* einzelner Fragen mit dem Gesamtindex für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Signifikanz bei zweiseitigen Tests: \*  $p \leq 0,10$ ; \*\*  $p \leq 0,05$ ; \*\*\*  $p \leq 0,01$ . (+) und (-) stehen für die Polung der Antwortvorgaben zu den einzelnen Fragen. *N* = 2.716 Befragte.

## 3.2 Verschwörungstheorien

Ein besonders spektakuläres Phänomen im Zuge der Coronapandemie sind die grassierenden Verschwörungstheorien / -erzählungen<sup>5</sup>. Viele von ihnen sind samt ihrer Inhalte nicht neu (Impfskepsis, „Great Reset“, jüdische Weltverschwörung etc.), und vermutlich hat die Anzahl solcher Einstellungen und Überzeugungen in der Pandemiezeit nicht einmal dramatisch zugenommen. Vergleicht man die

TABELLE 18

### INDIKATOREN DER SKALA „VERSCHWÖRUNGSGEDANKEN“

INDIKATOR	2022
<b>Ich denke, dass die offizielle Version der Regierung bei vielen Ereignissen die Wahrheit verschleiert.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	20,7
Teils, teils	37,0
Stimmt ziemlich / völlig	42,4
<b>Ich denke, es geschehen sehr viele wichtige Dinge in der Welt, über die die Öffentlichkeit nie informiert wird.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	14,0
Teils, teils	29,3
Stimmt ziemlich / völlig	56,8
<b>Ich denke, Politiker:innen geben uns normalerweise keine Auskunft über die wahren Motive ihrer Entscheidungen.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	11,5
Teils, teils	34,8
Stimmt ziemlich / völlig	53,7
<b>Ich denke, Regierungsbehörden überwachen alle Bürger:innen genau.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	40,4
Teils, teils	34,1
Stimmt ziemlich / völlig	25,4
<b>Ich denke, Ereignisse, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung zu stehen scheinen, sind oft das Ergebnis geheimer Aktivitäten.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	36,3
Teils, teils	37,1
Stimmt ziemlich / völlig	26,6
<b>Ich denke, es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.</b>	
Stimmt gar nicht / wenig	36,9
Teils, teils	31,0
Stimmt ziemlich / völlig	32,1

Angegeben sind die prozentualen Verteilungen der Zustimmung zu den Aussagen zu Verschwörungsgedanken für Baden-Württemberg ( $N_{2022} = 2.716$  Befragte). Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.


| BertelsmannStiftung

5 In der öffentlichen Diskussion ist von Verschwörungstheorien, Verschwörungserzählungen bzw. -narrativen, von Verschwörungsmithen und Verschwörungsgedanken ebenso die Rede wie von einem Verschwörungsglauben. Wir verzichten hier darauf, diese Begriffe voneinander abzugrenzen, und verwenden sie im Wesentlichen synonym.

Zahlen aus der „Bielefelder Mitte“-Studie aus der Zeit vor und während der Pandemie (Rees & Lamberty 2019; Lamberty & Rees 2021), dann ist sogar ein Rückgang bei den Verschwörungstheorien zu verzeichnen. Die „Values in Crisis“-Studie von Aschauer et al. (2021) kommt im Vergleich von 2020 zu 2021 ebenfalls zu einem solchen Ergebnis. Offenbar hat die öffentliche Diskussion der ins Feld geführten Verschwörungsmymen doch einige Menschen von deren Absurdität überzeugt. Zugleich haben sich die „Gläubigen“ aber weiter vernetzt, sie wurden stark mobilisiert und haben eine enorme Aufmerksamkeit erfahren. Nicht zuletzt kann diese enorme Präsenz von Verschwörungstheorien, unabhängig davon, ob deren Anhängerschaft zu- oder abnimmt, Radikalisierungsprozesse befördern und im Extremfall zu Gewalttaten führen.

Unsere Daten (siehe Tabelle 18) zeigen, dass das Potenzial für Verschwörungsglauben aktuell immer noch sehr hoch ist: Über 40 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Regierung verschleierte bei vielen Ereignissen die Wahrheit, über 50 Prozent glauben, dass die Öffentlichkeit über viele wichtige Dinge nie informiert wird und Politiker:innen uns über ihre wahren Motive normalerweise im Dunkeln lassen. Ein Drittel ist der Meinung, es gebe geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Rund ein Viertel der Befragten vertritt die Auffassungen, die Regierung überwache die Bürger:innen genau und Ereignisse, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben, seien oft das Ergebnis geheimer Aktivitäten.

Auch hierbei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang mit dem erlebten Zusammenhalt: Je stärker die Menschen an Verschwörungstheorien glauben, umso schwächer empfinden sie den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Unzicker (2022a) zeigt unter anderem auch, dass Anhänger:innen von Verschwörungstheorien schon häufiger im Streit über Corona Freund:innen verloren haben und sowohl die Gesellschaft insgesamt als auch ihr unmittelbares Umfeld als zerstrittener wahrnehmen.



4  
VULNERABLE  
GRUPPEN  
IN ZEITEN DER  
PANDEMIE

**D**ieses Kapitel fokussiert die in Kapitel 3 für die Gesamtstichprobe vorgestellten Ergebnisse zum Umgang mit der Coronapandemie auf die Gruppen, die sich hinsichtlich des Erlebens des sozialen Zusammenhalts als vulnerabel herauskristallisiert haben (vgl. Kapitel 2). Entsprechend stehen dabei Nichterwerbstätige, Menschen mit Migrationshintergrund, Geringgebildete, Einkommensarme und chronisch Kranke im Mittelpunkt. Jugendliche und Familien mit kleinen Kindern werden anschließend in Kapitel 5 gesondert betrachtet.

Wir verzichten in beiden Kapiteln auf eine Wiedergabe der Gesamtheit aller Ergebnisse und konzentrieren uns auf jeweils drei besonders aussagekräftige Befunde. Um diese herausarbeiten zu können, sind wir in unseren Analysen folgendermaßen vorgegangen: Wir haben den Angehörigen der zur Debatte stehenden vulnerablen Gruppen jeweils alle anderen Befragten gegenübergestellt, um herauszufinden, bei welchen Fragen sich Angehörige der jeweiligen vulnerablen Gruppe in besonderem Maße von Menschen unterscheiden, die nicht dieser Gruppe angehören.

Nichterwerbstätige (siehe Abbildung 13) unterscheiden sich von anderen Befragten hinsichtlich mehrerer psychoemotionaler Folgen der Pandemie. So berichten sie, dass sie seit Beginn der Pandemie erheblich reizbarer sind und mehr Streit haben als andere Befragte. Außerdem geben sie an, sich deutlich schwerer konzentrieren zu können. Sie übernehmen zudem seit Beginn der Pandemie mehr Aufgaben im Haushalt.

Menschen mit Migrationshintergrund (siehe Abbildung 14) berichten vor allem davon, dass sie stark unter den von der Politik ergriffenen Coronamaßnahmen leiden, dass sie seit Beginn der Pandemie vermehrt Probleme haben, sich zu entscheiden, und dass „Ereignisse, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung zu stehen scheinen“, oft das Ergebnis „geheimer Aktivitäten“ sind. Verschwörungsmysmen spielen also für Menschen mit Migrationshintergrund eine nicht unerhebliche Rolle im Umgang mit der Coronapandemie.

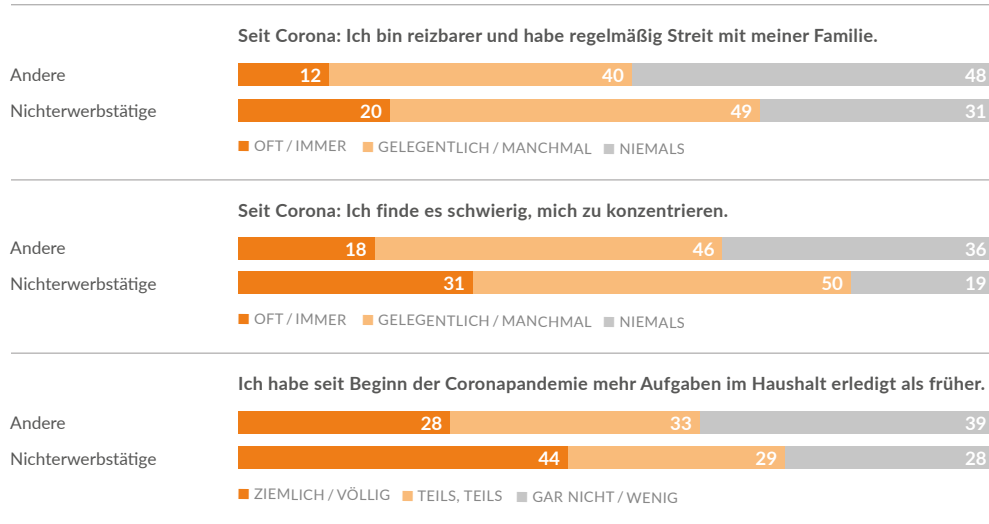
Noch viel stärker gilt dies für Geringgebildete (siehe Abbildung 15), also Menschen, die maximal einen Hauptschulabschluss haben. Ihre Antworten auf drei Fragen aus der Skala „Verschwörungsgedanken“ unterscheiden sich in besonderem Maße von den Antwortprofilen der anderen Befragten, also der Höhergebildeten. Sie gehen davon aus, dass „geheime Aktivitäten“ die Politik bestimmen, dass sogar „geheime Organisationen“ am Werk sind und dass „Regierungsbehörden alle Bürger:innen genau überwachen“.

Einkommensarme (siehe Abbildung 16) – definiert als Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben<sup>6</sup> – berichten in erster Linie, dass sie seit Beginn der Pandemie größere Schwierigkeiten haben, sich zu entscheiden. Gleichzeitig ist auch diese vulnerable Gruppe recht anfällig für Verschwörungsgedanken – auch ihre Mitglieder sehen „geheime Organisationen“ am Werk und gehen davon aus, dass „geheime Aktivitäten“ die Politik bestimmen.

<sup>6</sup> Wobei das mittlere Einkommen als Median des sogenannten Haushaltsäquivalenzeinkommens berechnet wird, das sich wiederum aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt.

ABBILDUNG 13

**NICHTERWERBSTÄTIGE IM VERGLEICH ZU ANDEREN BEFRAGTEN  
(AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE)**

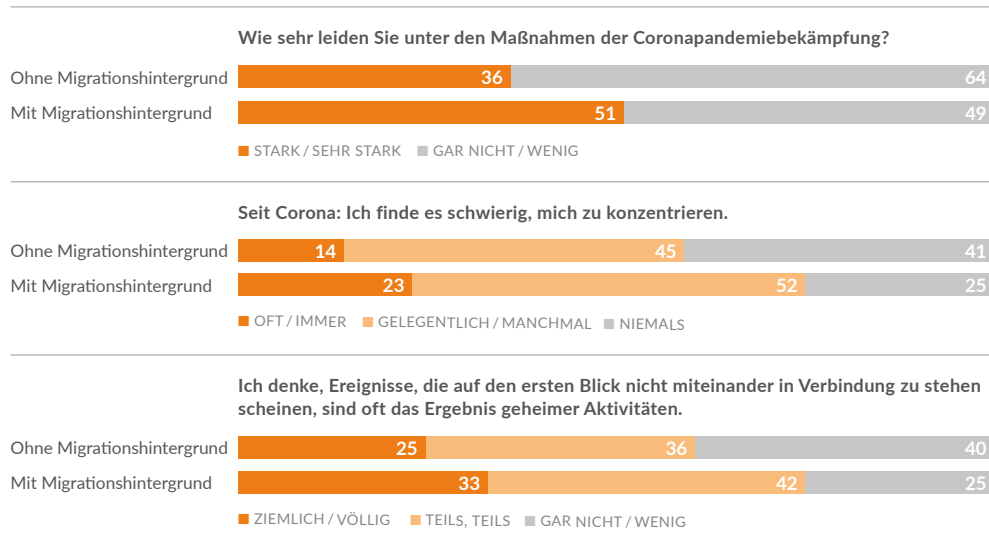


Die Abbildung zeigt die Zustimmung zu ausgewählten Aussagen in Prozent im Vergleich derjenigen Befragten, die angegeben haben, nicht erwerbstätig zu sein, mit dem Rest aller Befragten. Aufgrund von Rundungsfehlern summieren sich die Prozentsätze nicht auf 100.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 14

**MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IM VERGLEICH  
ZU ANDEREN BEFRAGTEN (AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE)**

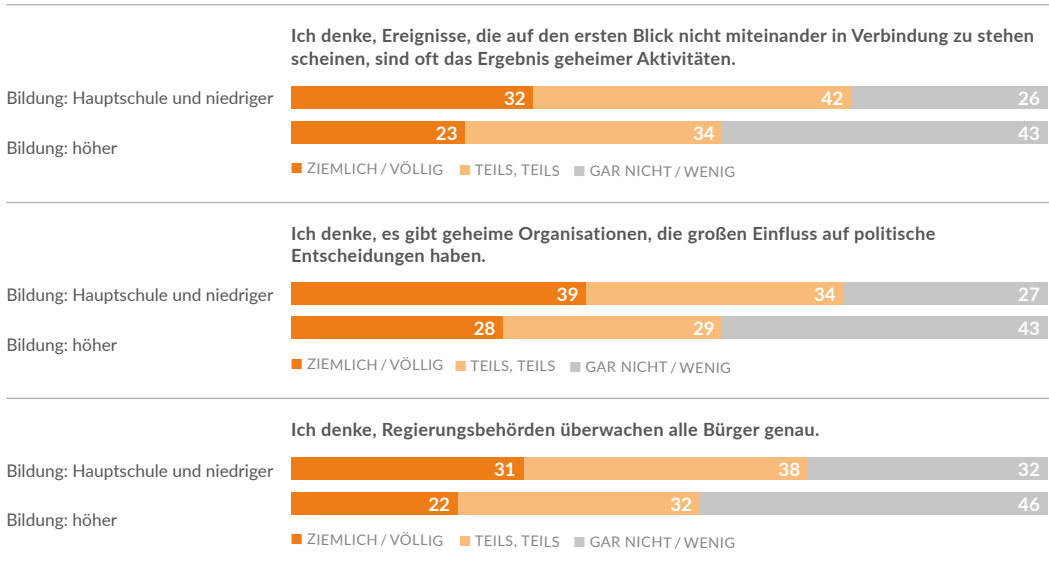


Die Abbildung zeigt die Zustimmung zu ausgewählten Aussagen in Prozent im Vergleich derjenigen Befragten, die einen Migrationshintergrund haben, mit dem Rest aller Befragten.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 15

**GERINGGEBILDETE IM VERGLEICH ZU ANDEREN BEFRAGTEN  
(AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE)**

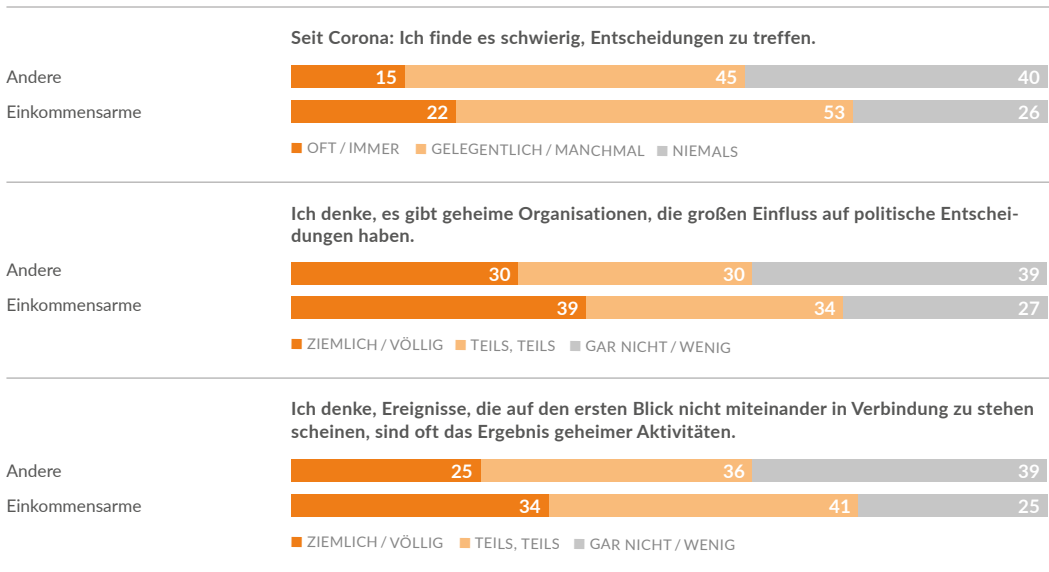


Die Abbildung zeigt die Zustimmung zu ausgewählten Aussagen in Prozent im Vergleich derjenigen Befragten, die einen Hauptschulabschluss oder einen niedrigeren formalen Bildungsgrad haben, mit dem Rest aller Befragten.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 16

**EINKOMMENSARME IM VERGLEICH ZU ANDEREN BEFRAGTEN  
(AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE)**



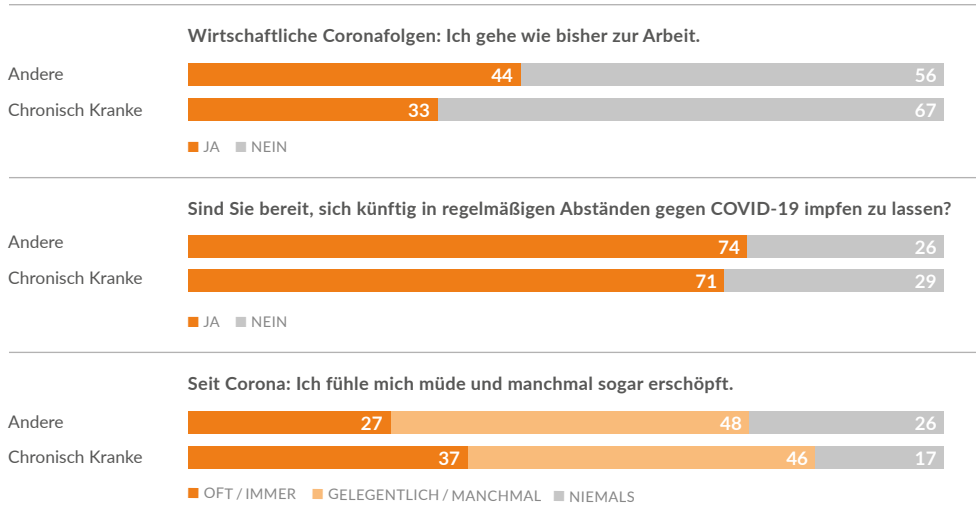
Die Abbildung zeigt die Zustimmung zu ausgewählten Aussagen in Prozent im Vergleich derjenigen Befragten, die über ein verfügbares Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügen (Einkommensarme), mit dem Rest aller Befragten.

| BertelsmannStiftung



ABBILDUNG 17

**CHRONISCH KRANKE IM VERGLEICH ZU ANDEREN BEFRAGTEN  
(AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE)**



Die Abbildung zeigt die Zustimmung zu ausgewählten Aussagen in Prozent im Vergleich derjenigen Befragten, die chronisch krank sind, mit dem Rest aller Befragten.

| BertelsmannStiftung

Die Befunde zu Menschen mit chronischen Erkrankungen (siehe Abbildung 17) weichen in mehrerlei Weise von den Befunden zu den anderen vulnerablen Gruppen ab. Zunächst muss festgehalten werden, dass sich die Antwortprofile von chronisch Kranken über alle zum Umgang mit Corona gestellten Fragen hinweg weniger von den Profilen von – in diesem Fall – Gesunden unterscheiden, als dies bei den anderen vulnerablen Gruppen (im Vergleich zu deren Referenzgruppen) der Fall ist. Sie beklagen auch weder in besonderem Maße das Verhalten der Politik noch hängen sie verstärkt Verschwörungsgedanken an. Sie sagen jedoch seltener als die Gesunden, dass sie während der Coronapandemie unverändert so zur Arbeit gehen wie vor der Pandemie; außerdem sind sie weniger bereit, sich regelmäßig impfen zu lassen. Sie klagen allerdings ebenfalls darüber, dass sie seit Beginn der Pandemie vermehrt müde und erschöpft sind.

Die oben geschilderten Ergebnisse verdeutlichen den Befund, dass verschiedene vulnerable Gruppen in ihren spezifischen Reaktionen auf die Coronapandemie deutliche Unterschiede aufweisen. Es sind in erster Linie die Nichterwerbstätigen – etwa 20 Prozent der in unserer Studie Befragten –, die von psychoemotionalen Beeinträchtigungen berichten. Sie sind reizbarer, haben mehr Streit als andere Befragte und können sich auch schwerer konzentrieren. Gleichzeitig übernehmen sie seit Beginn der Pandemie mehr Aufgaben im Haushalt – womöglich eine zusätzliche Quelle ihrer Reizbarkeit. Wer nicht erwerbstätig ist, so kann man vermuten, fühlt sich durch Lockdowns und andere restriktive Maßnahmen völlig vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und „verarbeitet“ dies durch Reizbarkeit und Konzentrationsschwäche.

Geringgebildete, Einkommensarme und Menschen mit Migrationshintergrund flüchten sich in ihrem Umgang mit der Coronapandemie vermehrt in Verschwörungstheorien. Bei Geringgebildeten

dominieren Verschwörungsgedanken, Einkommensarme und Menschen mit Migrationshintergrund benennen daneben noch Entscheidungsschwierigkeiten als psychoemotionale Belastung, und Migrant:innen erklären, dass sie stark unter Corona leiden. Die Flucht in Verschwörungsmymen muss wohl in erster Linie als Abwehrmechanismus interpretiert werden: „Schuld“ ist nicht mehr das Virus, sondern es sind die undurchschaubaren Entscheidungsstrukturen der Politik, die subjektiv nur durch die Annahme „geheimer Mächte“ verständlich werden.

Chronisch Kranke sind einerseits eine vulnerable Gruppe, die der besonderen Aufmerksamkeit der politisch Handelnden bedarf, andererseits vermitteln die in diesem Kapitel berichteten Befunde den Eindruck, dass es sich bei ihnen um „normale“ Bürger:innen handelt, die aber eben krank sind. Zwar sind chronisch Kranke in höherem Maße müde und erschöpft als Gesunde, aber ihre größere Impfmüdigkeit und ihre geringere Beteiligung am Arbeitsleben dürften eher darauf zurückzuführen sein, dass sie ein für Kranke objektiv höheres Infektionsrisiko am Arbeitsplatz genauso vermeiden wollen wie Nebenwirkungen bei – oftmals medizinisch auch nicht ratsamen – Impfungen.

Insgesamt legen die Befunde es nahe, Betreuungs- und Kommunikationsprobleme zu konstatieren. Nichterwerbstätige und chronisch Kranke fühlen sich vorrangig mit ihren Ängsten und Nöten allein gelassen, während Geringgebildete, Einkommensarme und zum Teil auch Menschen mit Migrationshintergrund sich subjektiv als von der Politik in die Irre geführt erleben und mit einer nicht zu übersehenden Paranoia reagieren.

5  
DIE JUGEND,  
FAMILIEN MIT  
KLEINEN KINDERN,  
CORONA UND DER  
GESELLSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENHALT

**D**ieses Kapitel wendet sich der Frage zu, wie sich der Umgang mit der Coronapandemie bei Jugendlichen sowie (in einem kürzeren Abschnitt) in Familien mit kleinen Kindern von dem entsprechenden Umgang von Befragten anderen Alters bzw. mit anderen Lebensweisen unterscheidet. „Die Jugend“ definieren wir dabei nicht entlang der aktuellen rechtlichen Bestimmungen, wie sie etwa das Jugendschutzgesetz festlegt – also als Gruppe bestehend aus Personen, die das 14. Lebensjahr vollendet, das 18. Lebensjahr aber noch nicht vollendet haben –, sondern in Anlehnung an eine Reihe von Shell Jugendstudien (z. B. Albert et al., 2019) als Altersgruppe der Menschen bis 24. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass wir nur Personen ab einem Alter von 16 Jahren befragen konnten.

## 5.1 Allgemeine Lebenssituation von Jugendlichen am Wohnort

Jenseits der Fragen zu den neun Dimensionen des sozialen Zusammenhalts umfasste unser Befragungsinstrument auch eine Reihe detaillierterer Fragen zur Einschätzung der Lebensqualität von Jugendlichen in Baden-Württemberg (siehe Tabelle 19). Dabei zeigte sich, dass eine überwältigende Mehrheit der Befragten von fast 85 Prozent den eigenen Wohnort als einen guten Ort für Jugendliche ansieht, um dort aufzuwachsen. Hierbei unterscheiden sich die Antworten von Jugendlichen (16 bis 24 Jahre) und älteren Befragten nicht signifikant.

Für diese Frage können wir einen eingeschränkten Zeitvergleich herstellen. In der vorhergehenden Studie 2019 (vgl. Dragolov et al., 2019) fragten wir leicht abweichend von der aktuellen Formulierung danach, ob die Befragten die eigene Wohngegend als einen guten Ort für Kinder ansehen, um dort aufzuwachsen. Dies bejahten damals fast 94 Prozent der Befragten. Jedoch ist festzuhalten, dass durchaus gute Gründe dafür sprechen, an die Bewertung des Wohnorts im Hinblick auf Kinder andere Maßstäbe anzusetzen als für Jugendliche. Die beiden Werte zeigen dennoch zum einen, dass die Qualität des Wohnorts für das Aufwachsen von Kindern bzw. Jugendlichen auch im Zeitvergleich überwiegend positiv eingeschätzt wird, und zum anderen, dass hier – bei allen Beschränkungen der Vergleichbarkeit der beiden Fragen – zumindest Indizien für eine tendenzielle Eintrübung der Einschätzung zu finden sind.

Weniger eindeutig fällt die Beurteilung der Situation von Jugendlichen am Wohnort aus, wenn wir statt der allgemeinen Bewertung konkrete Aspekte näher beleuchten. So sagen jeweils lediglich rund 30 Prozent, dass es Unterstützungsangebote für Jugendliche und ihre Anliegen, attraktive Freizeitangebote oder eine Ansprechperson gibt. Zwischen 22 und 30 Prozent der Befragten verneinen diese drei Aussagen und zeigen damit einen besonders skeptischen Blick auf die Angebote für Jugendlichen an ihrem Wohnort. Bei der Frage nach den Freizeitangeboten finden wir einen statistisch bedeutsamen Unterschied zwischen den Antworten der Jugendlichen und der älteren Befragten: Die Befragten im Alter zwischen 16 bis 24 Jahren sind mit fast 35 Prozent gegenüber 28 Prozent bei den älteren Befragten deutlich häufiger der Meinung, dass attraktive Freizeitangebote vorhanden

TABELLE 19

**WAHRNEHMUNG DER SITUATION VON JUGENDLICHEN AM WOHNORT**

INDIKATOR	GESAMT	16 – 24 JAHRE	25 JAHRE UND ÄLTER	$\chi^2$ (df) p
<b>Ist der Ort, an dem Sie wohnen, ein guter Ort für Jugendliche, um dort aufzuwachsen?</b>				
Nein	15,4	16,7	15,3	0,8 (1)
Ja	84,6	83,3	84,7	
<b>Bei mir in der Wohngegend gibt es Unterstützungsangebote für Jugendliche und ihre Anliegen.</b>				
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	21,8	24,4	21,5	4,5 (2)
Teils, teils	48,6	46,1	48,9	
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	29,6	29,5	29,6	
<b>Bei mir in der Wohngegend gibt es attraktive Freizeitangebote für Jugendliche.</b>				
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	28,3	30,5	28,0	15,6 (2) ***
Teils, teils	42,8	34,6	43,8	
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	28,9	34,9	28,2	
<b>Bei mir in der Wohngegend gibt es Ansprechpersonen für Jugendliche, wie z. B. Sozialarbeiter:innen.</b>				
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	30,2	28,3	30,5	2,9 (2)
Teils, teils	40,4	37,2	40,8	
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	29,4	34,5	28,7	
<b>Bei mir in der Wohngegend gibt es geeignete Plätze für Jugendliche, an denen sie sich treffen können.</b>				
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	26,5	23,2	26,9	14,3 (2) ***
Teils, teils	37,1	31,3	37,9	
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	36,4	45,5	35,2	
<b>Im Verlauf der Coronapandemie wurden die Bedürfnisse von Jugendlichen hinreichend berücksichtigt.</b>				
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	56,0	64,9	54,8	22,6 (2) ***
Teils, teils	31,9	21,2	33,3	
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	12,1	13,8	11,9	
<b>Hat sich Ihrer Einschätzung nach die Situation für Jugendliche in Ihrer Wohngegend seit Beginn der Coronapandemie ...</b>				
deutlich / eher verschlechtert?	42,7	46,2	42,3	4,3 (2)
nicht verändert?	52,8	48,6	53,3	
eher / deutlich verbessert?	4,5	5,2	4,4	

Angegeben ist die Zustimmung zu den Aussagen bzw. die Antwort auf die genannte Frage in Prozent. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

| BertelsmannStiftung

sind. Hierzu passt auch, dass rund 46 Prozent der Jugendlichen sagen, vor Ort gebe es Plätze, um sich zu treffen, während von den älteren Befragten lediglich 35 Prozent dieser Ansicht sind.

Über 40 Prozent der Befragten sind weiterhin der Meinung, dass sich die Bedingungen vor Ort für Jugendliche in der Coronapandemie verschlechtert haben. Die jüngeren Befragten sehen dies zwar tendenziell noch stärker so, aber der Unterschied ist statistisch nicht bedeutsam. Hingegen sind die Befragten im Alter zwischen 16 und 24 Jahren signifikant häufiger der Meinung, die Bedürfnisse der

Jugendlichen seien in der Pandemie nicht ausreichend berücksichtigt worden. Dies sagen von ihnen 65 Prozent, während Befragte ab 25 Jahren diese Ansicht nur zu 55 Prozent vertreten.

Alles in allem zeigt der Vergleich der beiden Altersgruppen (16 bis 24 Jahre sowie 25 Jahre und älter), dass die Bewertung der Situation von Jugendlichen am Wohnort im Großen und Ganzen zwischen den Generationen recht einmütig ist. Um jedoch ein noch differenzierteres Bild der Lage zu erhalten, haben wir analog zu den Analysen in Kapitel 2 in einem weiteren Untersuchungsschritt auch hier mittels Regressionsanalysen überprüft, ob sich die Beantwortung der Fragen zur Situation am Wohnort zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterscheidet. An dieser Stelle dokumentieren wir aber nicht die Ergebnisse der einzelnen Regressionen pro Frage, sondern lediglich die Zusammenfassung der statistisch bedeutsamen Effekte. Diese sind in Tabelle 20 in der gleichen Art und Weise aufbereitet, wie dies bereits am Ende von Kapitel 2 für die zusammengefassten Ergebnisse zu den einzelnen Dimensionen von Zusammenhalt geschehen ist: Helle Felder zeigen einen statistisch bedeutsamen negativen Zusammenhang an, während dunkle Felder für einen positiven Zusammenhang stehen. Bei Zellen ohne Kennzeichnung besteht keine Abweichung von der entsprechenden Referenzkategorie.

Besonders augenfällig ist, dass Befragte aus Großstädten zwar die Qualität des Wohnorts für Jugendliche negativer bewerten, jedoch durchweg einen positiveren Eindruck haben, was die Angebote für Jugendliche angeht. Gleiches gilt für das Vorhandensein von Treffpunkten für Jugendliche. In Landgemeinden sind die Befragten hingegen eher der Meinung, dass es an Ansprechpersonen fehlt.

Singles ohne Kinder sowie Alleinerziehende bewerten den Wohnort negativer als die anderen Befragten. Bei Alleinerziehenden kommt noch hinzu, dass sie bezüglich der Freizeitangebote vor Ort skeptischer sind. Paare ohne Kinder sind indes häufiger der Meinung, die Bedürfnisse von Jugendlichen seien berücksichtigt worden bzw. in der Coronazeit habe sich die Situation für Jugendliche verbessert.

Mit Blick auf das Einkommen zeigt sich, dass insbesondere Einkommensarme, aber zum Teil auch Angehörige der unteren Mittelschicht die Ausstattung mit Angeboten für Jugendliche am eigenen Wohnort kritischer einschätzen. Hier mag die eigene Angewiesenheit gerade auf günstige bzw. öffentlich bereitgestellte Angebote den Ausschlag geben, während Personen mit höherem Einkommen eher in der Lage sind, auch kostenpflichtige Angebote zu nutzen oder längere Wege in Kauf zu nehmen.

Rentner:innen bewerten sowohl den Wohnort als auch Freizeitangebote und Treffpunkte positiver als die Referenzgruppen. Womöglich spielt hier eine Rolle, dass diese Personengruppe einerseits die eigene Jugend bzw. die eigene Phase der Elternschaft mit der heutigen Zeit vergleicht und andererseits die Angebote für Jugendliche ins Verhältnis zu Angeboten für die ältere Bevölkerung setzt. Aus diesen beiden Vergleichen mögen dann unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe herrühren, die zu einer solchen positiven Abweichung führen. Eindeutig ist dies jedoch nicht, da das höhere Alter (65 Jahre und älter) wiederum keine bzw. in einem Fall sogar einen gegenläufigen Effekt aufweist.

Ansonsten zeigen sich im Hinblick auf das Alter noch zwei interessante Trends: Zum einen ist die Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen besonders skeptisch, was Unterstützungs- und Freizeitangebote, Treffpunkte sowie die Veränderung der Lage für Jugendliche in der Coronazeit angeht. Hierbei könnte eine Rolle spielen, dass sich in dieser Altersgruppe viele Eltern von Jugendlichen bzw. jungen

TABELLE 20

**UNTERSCHIEDE ZWISCHEN BEVÖLKERUNGSGRUPPEN BEI DER BEWERTUNG DER SITUATION VON JUGENDLICHEN**

GRUPPE		WOHNORT IST GUTER ORT	UNTER- STÜTZUNGS- ANGEBOTE	FREIZEIT- ANGEBOTE	ANSPRECH- PERSON	PLÄTZE ZUM TREFFEN	BEDÜRFNISSE IN CORONA- ZEIT BERÜCK- SICHTIGT	VERÄNDERUNG DER LAGE IN DER CORONAZEIT
Geschlecht (REFERENZ Mann)	Frau			-		-	-	
Alter (REFERENZ 25 - 44 Jahre)	16 - 24 Jahre					+		-
	45 - 64 Jahre		-	-		-		-
	65 + Jahre			-				
Migrationshintergrund (REFERENZ Ohne)	Mit							
Bildung (REFERENZ Realschule)	Hauptschule / niedriger						+	+
	Abitur / Hochschule						-	
Erwerbsstatus (REFERENZ Erwerbstätig)	Nicht erwerbstätig							
	Rentner:in	+		+		+		
Einkommen (REFERENZ Obere Mittelschicht)	Einkommensarme		-	-	-			
	Untere Mittelschicht			-				
	Einkommensreiche							
Lebensweise (REFERENZ Partnerschaft mit Kind(ern))	Single ohne Kinder	-						
	Partnerschaft ohne Kinder						+	+
	Alleinerziehend	-		-				
Wohnort (REFERENZ Mittelstadt)	Landgemeinde				-			
	Kleinstadt							
	Großstadt	-	+	+	+	+		
Gesundheitszustand (REFERENZ Nicht chronisch krank)	Chronisch krank	-	-	-	-			
Politische Deprivation (REFERENZ Nicht depriviert)	Depriviert	-	-	-	-	-	-	-

■ SIGNIFIKANT HÖHER ■ SIGNIFIKANT NIEGRIGER

Die Tabelle fasst die Ergebnisse aus den durchgeführten Regressionsanalysen zur Untersuchung der Unterschiede zwischen den betrachteten sozialen Gruppen bezüglich der Lebensumstände von Jugendlichen zusammen. Signifikante Abstände der jeweiligen sozialen Gruppen zur Referenzperson sind farbig gekennzeichnet, je nachdem, ob die Werte höher oder niedriger ausfallen.

Erwachsenen befinden, die gerade einen besonders guten Einblick in die Lebenssituation dieser jungen Menschen haben. Zum anderen zeigt sich, dass Jugendliche (16 bis 24 Jahre) eher ausreichend Treffpunkte wahrnehmen und die Entwicklung der Lage in der Coronazeit pessimistischer bewerten.

Im Hinblick auf die Bildung gibt es einen interessanten Effekt: So gehen Personen mit niedriger Bildung eher davon aus, die Lage habe sich im Laufe der Coronazeit für Jugendliche verbessert und deren Bedürfnisse seien ausreichend berücksichtigt worden. Hingegen sind Personen mit höherer formaler Bildung eher der Meinung, dass die Bedürfnisse der Jugendlichen nicht hinreichend berücksichtigt wurden.

Frauen sind in drei Fällen kritischer in der Beurteilung der Lage von Jugendlichen als Männer: Sie bewerten Freizeitangebote, Treffpunkte und die Berücksichtigung von Interessen negativer. Chronisch Kranke sehen hingegen ihren eigenen Wohnort kritischer und beantworten alle drei Fragen zu den Angeboten für Jugendliche negativer als die Referenzgruppe.

Ähnlich wie bei den Analysen zu den unterschiedlichen Dimensionen von Zusammenhalt zeigt sich auch hier erneut ein starker Effekt der politischen Deprivation: Wer den Eindruck hat, die eigenen Bedürfnisse seien von der Politik in der Coronazeit nicht ausreichend berücksichtigt worden, bewertet auch alle Fragen zur allgemeinen Situation von Jugendlichen kritischer.

## 5.2

### Auswirkungen der Coronapandemie auf Jugendliche

In diesem Abschnitt untersuchen wir nun, wie sich die Coronapandemie auf die befragten Jugendlichen ausgewirkt hat. Hierzu greifen wir die in Kapitel 3 untersuchten Variablen erneut auf und betrachten diese differenziert nach dem Alter. Im Folgenden werden nur jene Unterschiede zwischen den Befragten im Alter von 16 bis 24 Jahren und den Befragten ab 25 Jahren ausgewiesen, die sich als statistisch bedeutsam erwiesen haben.

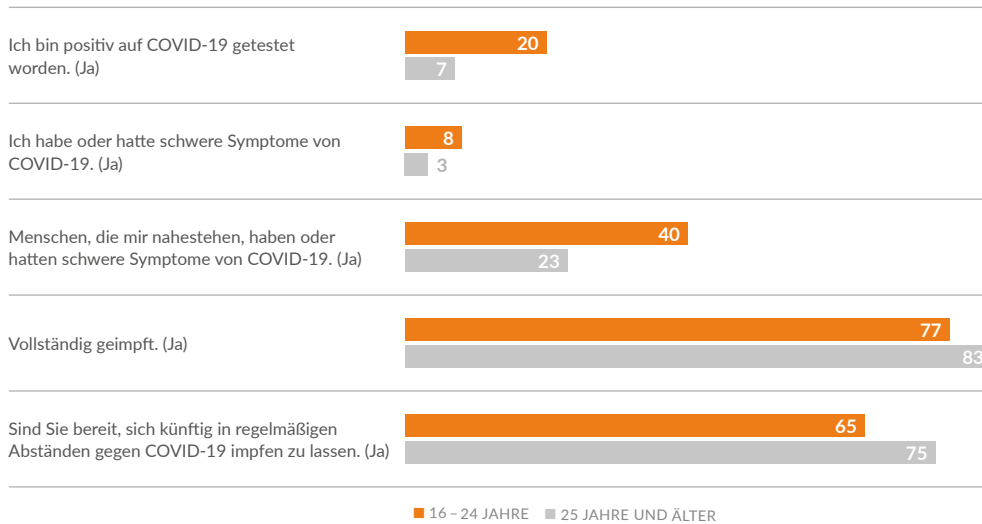
Ende 2021 bzw. Anfang 2022, zum Zeitpunkt unserer Befragung, standen die sehr hohen Infektionswerte im Zuge der Omikron-Welle, die sehr weite Teile der deutschen Bevölkerung erreichte, noch aus. 20 Prozent der jüngeren Befragten, aber nur 7 Prozent der älteren Befragten waren zu diesem Zeitpunkt bereits einmal positiv auf COVID-19 getestet worden (siehe Abbildung 18). Unter den jüngeren Befragten war auch der Anteil derjenigen, die selbst von schweren Symptomen berichten, mehr als doppelt so hoch wie unter den älteren Befragten. Aber die 16- bis 24-Jährigen waren nicht nur selbst häufiger und schwerer betroffen, auch in ihrem Umfeld gab es häufiger weitere Personen, die an schweren Symptomen litten.

Somit kann man für den Untersuchungszeitpunkt zum Jahreswechsel konstatieren, dass die Jugendlichen deutlich stärker von COVID-19-Infektionen betroffen waren als die älteren Befragten. Der erste von zwei möglichen Gründen hierfür ist, dass die Impfung 2021 mit absteigendem Alter ver-



ABBILDUNG 18

**UNMITTELBARE BETROFFENHEIT VON CORONA - JUGENDLICHE UND ÄLTERE IM VERGLEICH**



Angegeben sind die Anteile in Prozent der Befragten, differenziert nach Alter, die die in Klammern genannten Antwortoptionen zu den jeweiligen Fragen ausgewählt haben.

| BertelsmannStiftung

füßbar gemacht wurde und somit jüngere Befragte länger ungeimpft waren. Hierfür spricht auch, dass die Impfquote unter den jüngeren Befragten niedriger ausfällt als unter den über 24-Jährigen. Zweitens könnte die Tatsache, dass Schüler:innen – nach der Phase der Schulschließungen – im Unterricht bereits frühzeitig wieder zahlreiche Kontakte hatten, eine Ursache für deren häufigere Erkrankung sein. Ältere Befragte verfügten dagegen länger über die Möglichkeit, ihre Kontakte zu reduzieren.

Die Pandemie brachte, neben den rein physischen Auswirkungen, auch psychoemotionale Belastungen mit sich. Diese sind, wie oben bereits gezeigt werden konnte, weit in der Bevölkerung verbreitet. Es zeigt sich aber deutlich, dass die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen überproportional häufiger hierunter leidet. Abbildung 19 dokumentiert die (statistisch signifikanten) Unterschiede zwischen den jüngeren und älteren Befragten hinsichtlich der psychoemotionalen Reaktionen auf die Coronapandemie, wobei wir uns hierbei in der Darstellung auf die Antwortkategorien „immer“ und „oft“ konzentriert haben. Die Antwortoptionen „niemals“, „gelegentlich“ sowie „manchmal“ sind nicht gesondert dargestellt. Damit sind für beide Altersgruppen die Anteile ausgewiesen, die eher schwerwiegende Belastungen verzeichnen.

Gegenüber den älteren Befragten fühlen sich rund doppelt so viele Jugendliche nervöser und ängstlicher und haben Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren oder Entscheidungen zu treffen. 47 Prozent der 16- bis 24-Jährigen fühlen sich müde und erschöpft – im Gegensatz zu 29 Prozent der über

ABBILDUNG 19

**PSYCHOEMOTIONALE REAKTIONEN JUNGER MENSCHEN AUF DIE CORONAPANDEMIE**



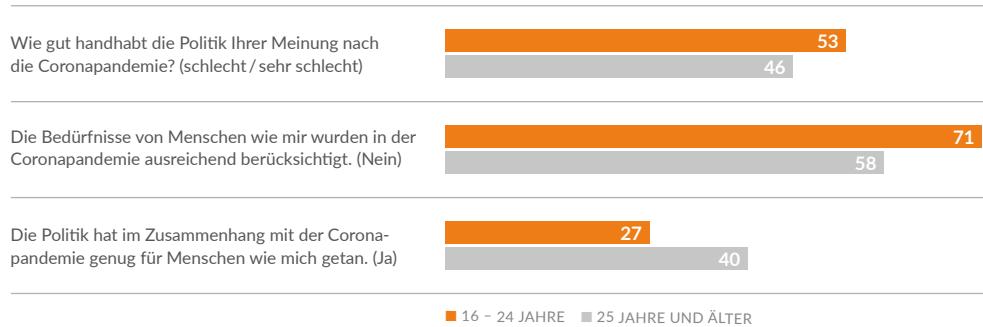
Angegeben sind die Anteile in Prozent der Befragten, differenziert nach Alter, die die in Klammern genannten Antwortoptionen zu den jeweiligen Fragen ausgewählt haben.

| BertelsmannStiftung

24-Jährigen. Rund 10 Prozentpunkte liegen die Werte der jüngeren Befragten höher, wenn es um das Gefühl einer gesteigerten Reizbarkeit, um regelmäßigen Streit in der Familie und um ein Unwohlsein bei der Kommunikation mit anderen geht. Insgesamt geben mit 58 Prozent mehr als die Hälfte der jungen Befragten an, dass sie stark oder sogar sehr stark unter den Maßnahmen der Coronabekämpfung leiden. Bei den älteren Befragten liegt dieser Anteil um 21 Prozentpunkte niedriger.

Eine stärkere Betroffenheit bei COVID-19-Infektionen sowie größere psychoemotionale Belastungen im Zuge der Pandemie sind somit Kennzeichen der jüngeren Generation. Hinzu kommt, dass die jüngeren Befragten den Umgang mit der Pandemie kritischer bewerten. Sie sind häufiger der Meinung, die Politik habe die Coronapandemie schlecht oder sogar sehr schlecht gehandhabt: 53 Prozent der jungen, aber nur 46 Prozent der älteren Befragten sagen dies (siehe Tabelle 20). Rund 71 Prozent der 16- bis 24-Jährigen sind der Meinung, Bedürfnisse von Menschen wie ihnen selbst seien nicht ausreichend berücksichtigt worden. Der Wert für die Befragten ab 25 Jahren liegt 13 Prozentpunkte niedriger. Insgesamt sind alle Befragten mehrheitlich der Ansicht, die Politik habe im Zusammenhang mit der Coronapandemie nicht genug für Menschen wie sie selbst getan. Während aber immerhin

ABBILDUNG 20

**CORONA UND DIE POLITIK – JUGENDLICHE UND ÄLTERE IM VERGLEICH**

Angegeben sind die Anteile in Prozent der Befragten, differenziert nach Alter, die die in Klammern genannten Antwortoptionen zu den jeweiligen Fragen ausgewählt haben.

| BertelsmannStiftung

40 Prozent der älteren Befragten die Auffassung vertreten, die Politik habe genug getan, sind es bei den jüngeren Befragten gerade einmal 27 Prozent.

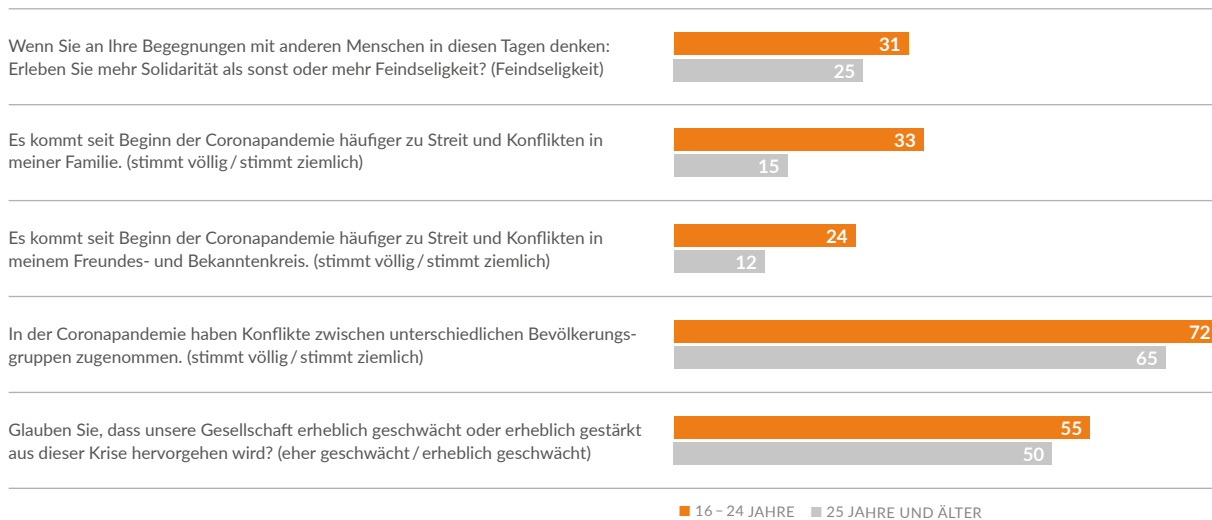
In Kapitel 3.1 haben wir bereits angesprochen, dass politischen Maßnahmen auch immer eine Werte-Abwägung vorausgehen musste. Die Werte „Gesundheit“ bzw. „Gesundheitsschutz“ und „Freiheit“ waren gegeneinander abzuwägen. Unter den Befragten der aktuellen Studie gibt es hierzu zwischen Jugendlichen und Älteren deutlich divergierende Positionen. Knapp die Hälfte der älteren Personen (48 Prozent) zieht den Schutz der Gesundheit vor. Unter Jugendlichen ist nur einer von drei Befragten (36 Prozent) dieser Meinung; 23 Prozent der Jugendlichen, aber nur 15 Prozent der älteren Befragten präferieren Freiheit vor Gesundheitsschutz. Zudem berichtet die Hälfte der Jugendlichen (51 Prozent), dass ihre Bürger- und Freiheitsrechte durch Corona eingeschränkt wurden. Nur etwa 39 Prozent der älteren Befragten teilen diese Meinung.

In der breiten Öffentlichkeit wurde – besonders im ersten Jahr der Pandemie – intensiv die Frage diskutiert, wie sich die Pandemie auf die sozialen Interaktionen in unserer Gesellschaft ausgewirkt hat. Auch zu dieser Thematik gibt es in der hier vorgelegten Studie zum Teil deutliche Unterschiede zwischen Jugendlichen und Älteren (siehe Abbildung 21). Es zeigt sich, dass die Befragten zwischen 16 und 24 Jahren das Miteinander in der Gesellschaft im Zuge der Pandemie als konfliktbelasteter wahrnehmen. Sie sehen mehr Feindseligkeit, erleben häufiger Streit und Konflikte in der Familie sowie im Freundes- und Bekanntenkreis und haben eher den Eindruck, dass auch die Konflikte in der Bevölkerung insgesamt zugenommen haben. Letztlich sind sie ebenfalls etwas stärker davon überzeugt, dass die Gesellschaft geschwächt aus der Krise hervorgehen wird.

Ein Indiz dafür, wie sehr Jugendliche während der Coronapandemie auf ihr privates bzw. familiäres Umfeld begrenzt wurden, zeigt sich darin, dass rund 44 Prozent von ihnen angeben, in dieser Zeit häufiger Aufgaben im Haushalt übernommen zu haben. Von den älteren Befragten geben dies nur rund 29 Prozent an. Diese stärkere Präsenz im Haushalt und im familiären Miteinander bei gleich-

ABBILDUNG 21

## KONFLIKTE UND STREIT IN DER CORONAPANDEMIE - JUGENDLICHE UND ÄLTERE IM VERGLEICH



Angegeben sind die Anteile in Prozent der Befragten, differenziert nach Alter, die die in Klammern genannten Antwortoptionen zu den jeweiligen Fragen ausgewählt haben.

| BertelsmannStiftung

zeitiger Einschränkung von Freiraum und Freizeitangeboten mag eine von mehreren möglichen Ursachen dafür sein, warum Jugendliche die Pandemie als konfliktreicher wahrgenommen haben.

Obwohl die Wahrnehmung der Lage im Hinblick auf die Pandemie von Jugendlichen und Älteren sehr unterschiedlich ist: Diese beiden Gruppen unterscheiden sich weder in ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit noch in ihrer generellen Zufriedenheit mit der Demokratie signifikant voneinander. Ebenso geben Jugendliche, trotz der höheren Inzidenz und der stärkeren psychoemotionalen Belastung, ihren grundsätzlichen Gesundheitszustand erheblich häufiger als ältere Befragte mit „gut“ oder „sehr gut“ an (74 zu 54 Prozent). Sie blicken auch weniger pessimistisch als die Befragten ab 25 Jahren in die Zukunft: 44 Prozent der Jugendlichen sagen, dass sie der Zukunft optimistisch entgegensehen, während es unter den Älteren nur 36 Prozent sind. Gleichwohl sind in beiden Altersgruppen rund 20 Prozent pessimistisch eingestellt (der Rest antwortete jeweils mit „teils, teils“). Mag die Aussage zur eigenen Gesundheit einfach nur den allgemeinen Tatsachen entsprechen – wer im Durchschnitt 20 Jahre alt ist, ist wohl auch tatsächlich gesünder als Menschen im durchschnittlichen Alter von Mitte 50 –, so spricht das Ausmaß des artikulierten Zukunftsoptimismus junger Menschen doch für eine recht hohe Widerstandsfähigkeit in der Pandemie. Man kann den Jugendlichen ein nicht unerhebliches Maß an Resilienz attestieren.

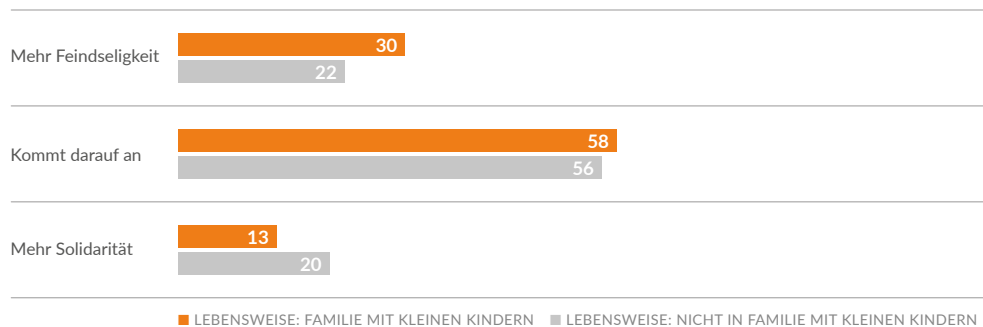
## 5.3 Familien mit Kindern in der Coronapandemie

Da nur Befragte ab 16 Jahren in unserer Stichprobe enthalten sind, können wir keine unmittelbaren Aussagen darüber treffen, welche Einstellungen jüngere Jugendliche zur Coronapandemie haben und wie sie diese erleben. Um uns aber auch deren Lebensrealität so weit wie möglich anzunähern, werfen wir in diesem Abschnitt noch einen Blick auf Befragte, die in einem Haushalt mit Kindern leben (bis zum Alter von einschließlich 13 Jahren). Wie viele Erwachsene zum Haushalt gehören, ob es sich also um Ein- oder Zwei-Eltern-Familien handelt, ist dabei nicht relevant. Es gibt in unserer Befragung 498 Haushalte dieser Art. Berichtet werden im Folgenden nur die Befunde, bei denen sich Befragte dieser Kategorie statistisch bedeutsam vom Rest der Stichprobe unterscheiden.<sup>7</sup> Tatsächlich sind es nur wenige Fragen, die somit berücksichtigt werden.

Unsere Ergebnisse zeigen etwa, dass bei Familien mit kleinen Kindern jenseits der unentschiedenen Antwort eine etwas stärkere Tendenz besteht, eine coronabedingt zunehmende Feindseligkeit zu erleben, als dies bei Befragten mit einer anderen Lebensweise der Fall ist (30 zu 22 Prozent). Bezogen auf Solidarität ist es umgekehrt: Familien mit kleinen Kindern sehen nur zu 13 Prozent eine Tendenz zu mehr Solidarität, bei Menschen, deren Lebensweise eine andere ist, sind es 20 Prozent (siehe Abbildung 22).

ABBILDUNG 22

### MEHR FEINDSELIGKEIT ODER MEHR SOLIDARITÄT DURCH CORONAPANDEMIE?



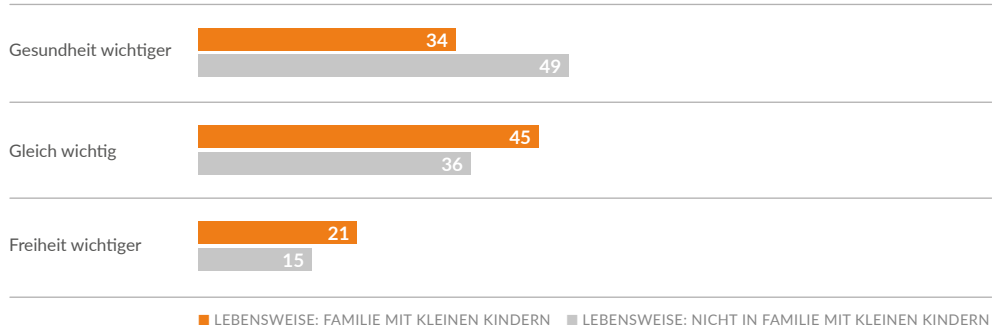
Angegeben sind die Antworten auf die Frage „Wenn Sie an Ihre Begegnungen mit anderen Menschen in diesen Tagen denken, erleben Sie mehr Solidarität als sonst oder mehr Feindseligkeit?“ in Prozent, differenziert nach der Lebensweise.

| BertelsmannStiftung

<sup>7</sup> Technisch bedeutet dies, dass nur Fragen berücksichtigt werden, bei denen die statistische Effektstärke bei allen einschlägigen Indikatoren (Cohens d, Hedges' correction und Glass' delta) größer als 1 ist und sich die Mittelwerte (bei kontinuierlichen Antwortvorgaben) bzw. die Zellbesetzungen (bei kategorialen Antwortvorgaben) signifikant ( $\leq .05$ ) unterscheiden. Die Ergebnisse beruhen auf gewichteten Analysen.

ABBILDUNG 23

**WERTE-ABWÄGUNG: GESUNDHEIT VS. FREIHEIT**



Angegeben sind die Antworten auf die Frage „Es wird viel diskutiert, was in Zeiten der Coronapandemie Vorrang haben sollte: Vor allem die Freiheit der Bürger oder vor allem der Schutz der Gesundheit?“ in Prozent, differenziert nach der Lebensweise.

| BertelsmannStiftung

Auch bei der Werte-Abwägung Gesundheit gegenüber Freiheit gibt es Unterschiede zwischen Familien mit kleinen Kindern und Befragten, die eine andere Lebensweise verfolgen. Bei Letzteren liegt die Präferenz auf der Gesundheit (49 Prozent), während Familien mit kleinen Kindern in ihren Präferenzen deutlich ausgewogener sind – immerhin 21 Prozent sind Freiheitsrechte wichtiger (siehe Abbildung 23). Direkt danach gefragt, stimmen 49 Prozent der Befragten aus Familien mit kleinen Kindern ziemlich oder völlig der Aussage zu, dass ihre Freiheitsrechte durch Corona eingeschränkt wurden. Bei Menschen, deren Lebensweise eine andere ist, sind es 39 Prozent.

Die Frage, ob sie während der Coronapandemie mehr Aufgaben im Haushalt übernommen haben, bejahen 39 Prozent der Befragten aus Familien mit kleinen Kindern tendenziell oder völlig. In der Vergleichsgruppe sind es 29 Prozent.

Auch die zwei Fragen zu vermehrten Konflikten in der Familie und im Freundeskreis stützen die bisherigen Befunde. Befragte aus Familien mit Kindern erleben die Situation konfliktreicher: 26 zu 14 Prozent sehen eine Tendenz zu mehr Streit in der Familie, mit Blick auf den Freundeskreis sind es 17 zu 13 Prozent.

Interessant ist auch hier, wo es keine bedeutsamen Unterschiede zwischen beiden Lebensweisen gibt: Bei der Lebenszufriedenheit und beim Zukunftsoptimismus liegen nur geringfügige Diskrepanzen vor.

Insgesamt macht der fokussierte Blick auf Familien mit kleinen Kindern deutlich, dass die Coronapandemie auch an ihnen in keiner Weise spurlos vorübergeht. Ist man zu einer Abwägung gezwungen, erscheint es anhand unserer Daten so, als seien Jugendliche ein gerüttelt Maß stärker durch Corona belastet als Familien mit kleinen Kindern.

6

WARUM IST ZUSAMMENHALT  
SO WICHTIG?

**B**is hierher wurde davon ausgegangen, dass sozialer bzw. gesellschaftlicher Zusammenhalt etwas Wünschenswertes bzw. Positives ist. Dass es sich dabei um eine normative bzw. um eine Wertentscheidung handelt, soll nun in aller Kürze noch einmal diskutiert werden.

Geistesgeschichtlich geht dieses Verständnis von sozialem Zusammenhalt auf die Französische Revolution zurück, die Europa unter dem Motto „Liberté – Égalité – Fraternité“ den Weg in die Moderne geebnet hat. Gesellschaften können nach diesem Motto nur als Gemeinschaften der freien, gleichen und solidarisch miteinander umgehenden Individuen florieren. Dass sich die gesellschaftlichen Kämpfe im Europa des späten 18. und des 19. Jahrhunderts stärker auf Freiheit und Gleichheit konzentrierten als auf Brüderlichkeit, hatte viel mit der Überwindung feudaler Strukturen und den Ausbeutungsformen der frühen Industrialisierung zu tun. Zwar spielt sozialer Zusammenhalt in wichtigen Werken von Émile Durkheim (1893) und Erich Fromm (1929) eine zentrale Rolle, doch gewann das Thema „Zusammenhalt“ in den Sozialwissenschaften erst nach Ende des Kalten Krieges 1989/91 eine herausragende Bedeutung. Man hoffte, dass nun Freiheit und Gleichheit in Gesamteuropa gesichert seien und man sich jetzt dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zuwenden könne, um dadurch die Wohlfahrt aller im gesamten europäischen Raum zu stärken.<sup>8</sup>

Die verschiedenen seit 2011 von der Bertelsmann Stiftung durchgeführten bzw. verantworteten Studien zum Thema „Zusammenhalt“ sind der Frage, ob gesellschaftlicher Zusammenhalt die Wohlfahrt der Bürger:innen tatsächlich stärkt, immer auch empirisch nachgegangen. Sozialer Zusammenhalt wird in diesen Studien bekanntlich als Merkmal einer geopolitischen Einheit begriffen (vgl. Dragolov et al., 2016, Kapitel 1). Wenn die normative Erwartung zutrifft, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt die Wohlfahrt der Bürger:innen einer geopolitischen Einheit (auf kommunaler, regionaler oder gesamtstaatlicher Ebene) stärkt, sollte sich zeigen lassen, dass Indexwerte für den sozialen Zusammenhalt in einer Einheit positiv mit Indikatoren des Wohlbefindens der Bürger:innen korrelieren. Ohne dass dies hier im Einzelnen noch einmal umfänglich dargelegt werden kann, lässt sich sagen: Sämtliche im Rahmen des *Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt* durchgeführte Studien konnten diesen Zusammenhang auf die eine oder andere Weise eindrucksvoll belegen.

Auch in der hier vorgelegten Studie gibt es diesen Zusammenhang – wenn auch in deutlich modifizierter Form. Um dies herauszuarbeiten, wurden die Daten auf Ebene der elf Raumordnungsregionen (ROR) Baden-Württembergs aggregiert und mit drei Wohlbefindensindikatoren in Beziehung gesetzt:

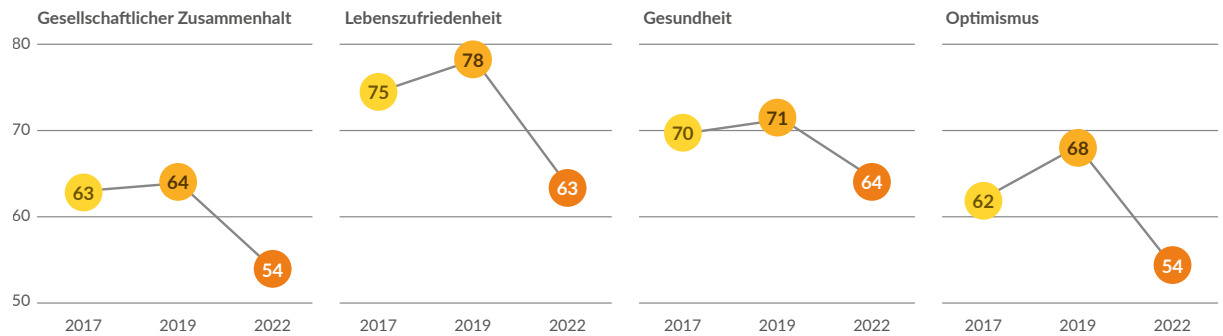
- mit der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit der Menschen in diesen Regionen – gemessen auf einer Skala von 0 (gar nicht zufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)
- mit der durchschnittlichen subjektiven Bewertung der eigenen Gesundheit – gemessen auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut)
- mit dem durchschnittlichen Zukunftsoptimismus – Die Aussage „Ich sehe der Zukunft optimistisch entgegen“ war auf einer Skala von 1 (stimmt gar nicht) bis 5 (stimmt völlig) zu bewerten.

<sup>8</sup> Dragolov et al. (2016) gehen in ihrer Monografie ausführlicher auf die historische Entwicklung des Begriffs und die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts in den Sozialwissenschaften ein. Interessierte seien dort besonders auf Kapitel 1 verwiesen.



ABBILDUNG 24

### VERÄNDERUNGSPROFILE GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND WOHLBEFINDENSINDIKATOREN



Angegeben sind die Werte des Gesamtindex Zusammenhalt sowie die Mittelwerte der Wohlbefindensindikatoren Lebenszufriedenheit, Gesundheit und Optimismus, wie erfasst in den Jahren 2017, 2019 und 2022. Aufgrund der ursprünglich unterschiedlichen Antwortskalen der Wohlbefindensindikatoren wurden diese auf die Skala des Gesamtindex Zusammenhalt von 0 bis 100 transformiert.

| BertelsmannStiftung

Auf diesem Wege kann geprüft werden, ob in einer ROR mit hohen Werten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch Menschen mit größerem Wohlbefinden leben. Bei einem positiven Ergebnis wäre ein weiteres Mal bestätigt, dass die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Tat die Wohlfahrt von Bürger:innen stärkt. Abbildung 24 dokumentiert zunächst für das gesamte Bundesland die Mittelwerte des Gesamtindex gesellschaftlicher Zusammenhalt und der drei Wohlbefindensindikatoren für die Erhebungsjahre 2017, 2019 und 2022. Um einen besseren Vergleich zu ermöglichen, wurden die Mittelwerte so transformiert, dass sie nun alle gleichermaßen auf einer Skala von 0 bis 100 ausgewiesen sind.

Abbildung 24 macht deutlich, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt und die drei Wohlbefindensindikatoren über die drei Erhebungen gleichförmig verändert haben. Von 2017 bis 2019, also vor der Pandemie, gab es einen leichten Anstieg sowohl im durchschnittlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt in den elf Raumordnungsregionen als auch bei allen drei Wohlbefindensindikatoren, zwischen 2019 und 2022 dann einen deutlichen Abfall.

Addiert man die drei Wohlbefindensindikatoren so wird die Gleichförmigkeit des Veränderungsprofils noch einmal besonders deutlich: Der Gesamtindex gesellschaftlicher Zusammenhalt steigt – ganzzahlig gerundet – zunächst von 63 auf 64 Punkte und fällt dann auf 54 Punkte. Das zusammengefasste Wohlbefinden steigt zunächst von 69 auf 73 Punkte an und fällt dann auf 61 Punkte ab.

Allerdings ist ein weiteres wichtiges Ergebnis zu berichten: Während es 2017 noch einen sehr engen, hoch signifikanten Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen Wohlbefinden und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in den elf baden-württembergischen Raumordnungsregionen gab (die Korrelation liegt bei möglichen Werten von -1 über 0 bis +1 bei  $r = 0,86$ ) und auch für 2019 noch ein enger, ebenfalls signifikanter Zusammenhang belegt werden konnte ( $r = 0,61$ ), reduziert sich der Zusammenhang im Jahr 2022 auf einen nicht mehr signifikanten, wenn auch weiterhin positiven Wert von  $r = 0,26$ . Der in früheren Studien des *Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt* immer hoch positive

Zusammenhang zwischen dem Zusammenhalt in einer geopolitischen Einheit und dem durchschnittlichen Wohlbefinden der Menschen in dieser Einheit scheint zu schwinden. Die Werte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den elf homogenisierten ROR des Landes und die zugehörigen durchschnittlichen zusammengefassten Wohlbefindenswerte sind in Tabelle 21 im Anhang dokumentiert.

Der Befund eines schwindenden Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt in der Pandemie und dem Wohlbefinden der Bevölkerung legt die Vermutung nahe, dass der „normale“ hohe bis sehr hohe Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und der Wohlfahrt aller Bürger:innen durch die Pandemie offenbar „gestört“ wurde.

Schaut man sich auf Ebene der ROR die Werte für die neun einzelnen Dimensionen des Zusammenhalts genauer an, so wird ein Befund besonders deutlich: Die „Störung“ des engen Zusammenhangs zwischen dem Wohlbefinden der Bürger:innen und dem Zusammenhalt in einer Region beruht fast in Gänze auf Veränderungen mit Bezug auf Dimension 1.1 „Soziale Netze“. Galt bisher immer, dass dort, wo die sozialen Netze von den Menschen einmal als intakt bewertet wurden (und daraus abgeleitet auch die Wohlbefindenswerte hoch waren), dies auch bei der nächsten Befragung der Fall war, so hat sich der Befund unter Pandemiebedingungen deutlich verändert. Lag die Korrelation der Werte für die Dimension 1.1 im Vergleich von 2017 und 2019 noch bei einem signifikanten Wert von  $r = 0,70$ , findet sich für den Vergleich der Dimensionswerte von 2019 mit denen von 2022 eine Korrelation von  $r = -0,49$ .<sup>9</sup> Dies bedeutet in der Tendenz, dass immer dort, wo die sozialen Netze 2019 als intakt bewertet wurden, sie 2022 eher als nicht mehr so intakt bewertet werden.

Für den Gesamtindex sozialer Zusammenhalt finden sich vergleichbare Werte. Auch für diesen ist die Korrelation der Werte aus den Jahren 2019 und 2022 negativ ( $r = -0,42$ ), jedoch finden sich wirklich massive Veränderungen eben nur bei Dimension 1.1 „Soziale Netze“. Die Tabellen 22 bis 24 im Anhang dokumentieren dies. Es scheint insofern plausibel zu vermuten, dass die Pandemie regionale Unterschiede vor allem mit Bezug auf das soziale Miteinander der Bürger:innen hervorgerufen und zu einer „Störung“ des langjährig stabilen Zusammenhangs zwischen Wohlbefinden und Zusammenhalt geführt hat.

Diese „Störung“ hatte sich zuvor nicht einmal für die Zeit vor und nach der Finanzkrise 2008/09 zeigen lassen. In einer Studie der Bertelsmann Stiftung für 22 asiatische Staaten (Dragolov et al., 2018) korrelieren Kennwerte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor und nach der Finanzkrise mit  $r = 0,82$ . In der großen Vergleichsstudie der Bertelsmann Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in 34 OECD-Ländern (Dragolov et al., 2016) liegt die Korrelation der Kennwerte vor und nach der Finanzkrise sogar bei  $r = 0,96$ .

Auch wenn wir es 2022 in Baden-Württemberg mit einem bei 54 (von 100 möglichen) Punkten liegenden Zusammenhaltsindex zwar keineswegs mit einem – absolut betrachtet – schwachen sozialen Zusammenhalt zu tun haben, so ist doch festzuhalten: Die Coronapandemie hat eine Situation geschaffen, die unbedingt der Aufmerksamkeit der Politik bedarf.

<sup>9</sup> Die Differenz zwischen  $r = 0,70$  und  $r = -0,49$  ist hoch signifikant, der Wert  $r = -0,49$  selbst ist es für elf Raumordnungsregionen nicht (insofern sprechen wir nur von einer Tendenz).

7

# HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

**U**nsere Untersuchungsergebnisse belegen unzweideutig, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in den vergangenen zwei Jahren gelitten hat. Wenn das Fundament unseres Gemeinwesens bedroht ist, muss gehandelt werden. Aber wie?

### Schwächere gesellschaftliche Gruppen unterstützen

Vom schwindenden Zusammenhalt sind bestimmte Teile der Bevölkerung – wie etwa Nichterwerbstätige, Menschen mit geringerer Bildung und/oder geringem Einkommen sowie chronisch Kranke – besonders betroffen. Eingeschränkte Lebenschancen sind aber nicht das private Problem allein der Betroffenen. Sie sind vielmehr eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft, die die vulnerablen Gruppen in besonderer Weise unterstützen müssen. Es bedarf fokussierter Konzepte, um Menschen mit geringer Bildung und einem geringen Einkommen stärker in das soziale Gefüge einzubinden – etwa indem es ihnen erleichtert wird, höhere Bildungsabschlüsse zu erwerben, an Weiterqualifikationen teilzunehmen und sich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Menschen, die chronisch erkrankt sind, müssen gezielt dabei unterstützt werden, Kontakte zu knüpfen und sich in die Gesellschaft einzubringen. Dafür braucht es vor allem eine soziale Infrastruktur am Wohnort.

Baden-Württemberg ist stark von Zuwanderung geprägt. Gleichzeitig erleben Menschen mit Migrationshintergrund den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der aktuellen Befragung schwächer als 2019. Hier müssen Hürden abgebaut werden, damit dieser Teil der Bevölkerung sich gleichberechtigt einbringen kann. Dazu ist es notwendig, unterschiedliche Migrantengruppen gezielt anzusprechen und dafür zu sorgen, dass sie gesellschaftlich sichtbar und angemessen repräsentiert sind.

Es ist beunruhigend, dass Frauen den öffentlichen Raum trotz aller Fortschritte der vergangenen Jahre häufig als unsicher erleben und dass sie in vielen Bereichen weiterhin nicht gleichberechtigt beteiligt sind. Geschlechtergerechtigkeit ist ein Faktor, der positiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt – deshalb darf bei der Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen nicht nachgelassen werden.

### Menschen mittleren Alters beteiligen

Im Einklang mit anderen Studien zeigt auch das aktuelle Projekt, dass sich insbesondere bei Menschen im mittleren Alter Einstellungen und Verhaltensweisen finden, die für das gemeinschaftliche Zusammenleben von Nachteil sind. Menschen, die sozusagen „mitten im Leben stehen“, empfinden den Zusammenhalt häufig als gering – mit der Folge, dass sie sich weniger engagieren oder wenig in Institutionen eingebunden sind. Für die politische Bildung, die soziale Arbeit oder Projekte der Bürgerbeteiligung sind sie so nur schwer zu erreichen. Gerade für diese Bevölkerungsgruppe braucht es neue Formate der Ansprache und Beteiligung, die sich gut mit dem Berufs- und Familienleben vereinbaren lassen.

### Die Kommunikation miteinander voranbringen

Um einander verstehen zu können, müssen sich Menschen austauschen. Deshalb ist es wichtig, Gelegenheiten und Orte der Begegnung zu schaffen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist ein öffentlicher Raum, der viel stärker als bisher insbesondere zufällige Begegnungen ermöglicht und so den gesellschaftlichen Austausch fördert. Sogenannte „Dritte Orte“ – wie Stadtbibliotheken, Stadtteilzentren, soziokulturelle Zentren, Mehrgenerationenhäuser, Quartiersläden und Nachbarschaftstreffs – sind Orte, an denen unterschiedliche Menschen und Initiativen aufeinandertreffen und ins Gespräch kommen. Die bestehenden Orte dieser Art müssen erhalten bleiben und neue geschaffen werden. Auch spezielle Dialog- und Beteiligungsformate sollten unbedingt neu belebt werden – auch sie können dabei helfen, die Belastungen und Folgen der Pandemie gesellschaftlich aufzuarbeiten. Ein allumfassender Rückzug auf virtuellen Dialog wird die in Coronazeiten erlebten Defizite nicht ausgleichen können.

### Desinformationen und Verschwörungserzählungen bekämpfen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt braucht aber nicht nur Austausch. Er ist auch auf das Vertrauen der Menschen in ihre Mitbürger:innen sowie seriöse Informationsquellen und Institutionen angewiesen. Verschwörungserzählungen und Desinformationen säen Zweifel und sind Gift für die Demokratie; sie müssen deutlich konsequenter bekämpft werden als bisher.

Gleichzeitig brauchen wir mehr Medien- und Diskurskompetenz über alle Altersgruppen hinweg. Das Phänomen, dass extreme Positionen und Entwicklungen deutlich stärker wahrgenommen und dabei die Unterschiede zwischen Mehrheitspositionen und Minderheitenmeinungen verwischt werden, ruft bei vielen Menschen den Eindruck hervor, dass sie in einer Gesellschaft leben, die unsolidarisch, feindselig und von Egoismus geprägt ist. Dabei gibt es durchaus ein großes Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft und auch ein Einstehen für demokratische Werte. Diese Realität muss sichtbar werden.

### Das gesellschaftliche Leben neu starten

Dabei hilft eine umfassende Reaktivierung des gesellschaftlichen Lebens. Die Pandemie hat einen Großteil des sozialen Lebens vor Ort lahmgelegt. Es braucht wieder Feste, Veranstaltungen und ein Vereinsleben, wobei aber die vulnerablen und schwer zu erreichenden Gruppen, die sonst zu wenig mitgedacht werden und deshalb häufig aus dem Blick geraten, stärker als vorher mit einzubeziehen sind. Wir müssen zivilgesellschaftliche Organisationen dabei unterstützen, wenn sie nach der Pandemie wieder überall im Land Veranstaltungen und Dialogformate anbieten, die Menschen miteinander in Kontakt bringen und vernetzen. Das bedeutet auch eine finanzielle Förderung: Klassische Mitgliederorganisationen, die auf Spenden oder Förderung angewiesen sind, haben in der Pandemie oft erhebliche finanzielle Einbußen erlitten und gleichzeitig höhere Kosten etwa für Digitalisierung oder Hygienemaßnahmen verkraften müssen. Sie brauchen Hilfe, um das zu kompensieren.

### Die politische Kommunikation verbessern

Und auch die Politik kann aus den Erfahrungen der Pandemie lernen. Während die politische Kommunikation zu Beginn der Krise erfolgreich war, erfolgte nach einigen Monaten ein Rückfall in alte Muster. Damit wurde schnell sichtbar, dass eine intransparente Kommunikation, die sich im Kleinklein der unterschiedlichen Ebenen und Akteur:innen zerreibt, auch das Verständnis und die Unterstützung selbst der wohlmeinenden Bürger:innen gefährden kann.

Wir sehen deutlich: Politik muss ihre Ziele und Motivationen klar formulieren, Unsicherheiten transparent kommunizieren und ihre Abwägungen und Dilemmata nachvollziehbar darlegen. Zugleich muss es in der politischen Kommunikation eine konsistente und nachvollziehbare Linie geben. Wir brauchen bürgerfreundlich aufbereitete Informationen – sie müssen leicht auffindbar, verständlich und vollständig sein. Genauso müssen Ansprechpartner:innen leicht erreichbar sein. All das hilft dabei, dass Menschen politische Entscheidungen und Maßnahmen verstehen – und akzeptieren.

Der Ausbau von Bürgerdialogen, die gemeinsame Aufarbeitung der Pandemie und das gemeinschaftliche Lernen aus den Erfahrungen von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft können erste Schritte auf dem Weg sein, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die Politik sollte dabei verinnerlichen: Auch wenn polarisierende, zugespitzte und negative Botschaften speziell in den sozialen Medien viel Aufmerksamkeit erzeugen, braucht es in der politischen Kommunikation die Rückbesinnung auf einen wertschätzenden und respektvollen Stil. Dazu sollten sich demokratische politische Akteur:innen selbst verpflichten.

### Engagierte Menschen bei ihrer Tätigkeit unterstützen

Trotz der zum Teil durchaus alarmierenden Befragungsergebnisse und der negativen Folgen der Pandemie für den sozialen Zusammenhalt erleben wir seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine Ende Februar 2022 eine Zunahme der Solidarität, wenn es darum geht, geflüchteten Menschen zu helfen. Dabei engagieren sich Menschen heute häufiger individuell und kurzfristig in informellen Netzwerken und seltener innerhalb etablierter Organisationen. Es gibt allen Grund, diese neuen Formen des Engagements ernst zu nehmen und zu unterstützen. Deshalb brauchen wir stärker als bisher eine Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement vor Ort – zum Beispiel Freiwilligenagenturen, die dafür sorgen, hilfsbereite Menschen mit Organisationen und Projekten zusammenzubringen.

### Den Jugendlichen mehr Aufmerksamkeit schenken

Jugendliche – hier verstanden als Menschen unter 25 Jahren – waren von den Auswirkungen der Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung in besonderem Maße betroffen. Für sie braucht es angepasste und erweiterte Angebote. Wir raten dazu, das Angebot für Jugendliche insbesondere in kleinen und mittleren Städten genauer zu evaluieren und auszubauen bzw. stärker bekannt zu machen. Generell ist es erforderlich, Jugendliche und ihre Interessen vor Ort zu fördern – und auch die Jugendlichen selbst an diesem Prozess zu beteiligen. Sie brauchen dringend Treffpunkte und Räume, um sich auszuleben und eigene Erfahrungen zu machen, nachdem sie in den vergangenen

zwei Jahren nur eingeschränkte Möglichkeiten dazu hatten. Die Jugendlichen sollten dabei unterstützt werden, ihre Räume friedlich und altersgemäß zu nutzen und zu erhalten.

Ob sie nun wirklich schon überwunden ist oder nicht: Nach der Krise gilt es für junge Menschen, vieles aufzuholen – nicht nur im Bereich von Schule, Ausbildung und Studium, sondern auch mit Blick auf Freizeit, Erfahrungszuwachs und Persönlichkeitsentwicklung. Dafür könnte das seit 2022 existierende „Aufholpaket“ ein wichtiger erster Schritt sein. Wir brauchen zudem ein Angebot, das dabei hilft, den psychoemotionalen Belastungen der Jugendlichen in der Pandemiezeit entgegenzuwirken. Dazu müssen den einschlägigen Institutionen – Schulen, Hochschulen, Jugendzentren – die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ansprechpartner:innen, Unterstützungsstrukturen und Angebote müssen bekannt gemacht sowie Eltern, Lehrkräfte und auch das Peer-Umfeld sensibilisiert werden.

### **Familien mit kleinen Kindern im Blick behalten**

Die Familie als Institution ist in unserer Verfassung in besonderem Maße geschützt. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um die klassische Mutter-Vater-Kind-Familie, Alleinerziehende mit Kindern, gleichgeschlechtliche Eltern oder Patchwork-Familien handelt. Doch insbesondere Familien mit kleinen Kindern sind in der Pandemie oftmals zugunsten der unmittelbar gesundheitlich stärker belasteten alten, sehr alten und pflegebedürftigen Menschen in den Hintergrund sozial- und gesundheitspolitischer Aufmerksamkeit gerückt. Hier ist ein Umsteuern erforderlich. Auch wenn Familien mit kleinen Kindern keine primäre Gefährdeten-Gruppe der Coronapandemie darstellen, so sollten die sozialen Folgen der Pandemie für Menschen mit diesem Lebensmodell nicht weiter ignoriert oder als von nachgeordneter Bedeutung behandelt werden.

8

# GESAMTFAZIT



Die Coronapandemie hat – so kann man ohne jede Übertreibung sagen – massive Spuren im gesellschaftlichen Zusammenhalt von Baden-Württemberg hinterlassen. Dieser Befund ist umso bedeutsamer, weil bisherige Messungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ein und derselben geopolitischen Einheit immer dafür gesprochen haben, dass sich der Zusammenhalt nur sehr langsam und auch über Krisenzeiten hinweg nicht dramatisch verändert. Sowohl die große OECD-Studie der Bertelsmann Stiftung (Dragolov et al., 2016) als auch die Studie der Stiftung für 22 asiatische Länder (Dragolov et al., 2018) belegten eine hohe Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts auch in Zeiten etwa der Finanzkrise 2008/09.

Erstmals wirkt sich nun – in einem deutschen Bundesland – eine krisenhafte Situation stark auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Zwar ist es um den Zusammenhalt in Baden-Württemberg nach wie vor nicht generell schlecht bestellt. Ein Zusammenhalts-Score von 53,8 ist für sich genommen noch kein dramatisches Alarmzeichen. In erster Linie beunruhigend ist aber der überraschend steile Abfall der Werte für den Gesamtindex des sozialen Zusammenhalts sowie für acht seiner neun Teil-Indices. Dabei ist es allerdings nicht so, dass jeweils die gesamte Bevölkerung Baden-Württembergs den sozialen Zusammenhalt als gefährdet erlebt. Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Geringgebildete, Arme und Angehörige der unteren Mittelschicht, Kinderlose wie auch Alleinerziehende sowie chronisch Kranke erleben den sozialen Zusammenhalt als gering. Menschen, die auf dem Land oder in einer Kleinstadt leben, und Befragte mit Abitur und Hochschulabschluss erleben den Zusammenhalt deutlich positiver als ihre Mitbürger:innen.

Von besonderem Interesse sind die Befragungsergebnisse für Jugendliche (hier verstanden als Menschen zwischen 16 und 24 Jahren). Einerseits zeigt sich, dass sie von der Coronapandemie in besonderem Maße betroffen waren und sind, andererseits erleben sie den sozialen Zusammenhalt als weniger gefährdet als andere Altersgruppen und blicken auch optimistischer in die Zukunft. Jugendliche erweisen sich somit in gewisser Weise als resilient gegenüber den Belastungen durch Corona. Dies sollte die Politik jedoch nicht dazu verleiten, die Jugend sich selbst zu überlassen.

Als vulnerable Gruppen, die der besonderen Aufmerksamkeit der Politik bedürfen, zeigen sich vor allem Nichterwerbstätige, Menschen mit Migrationshintergrund, Arme, Geringgebildete und chronisch Kranke. Speziell Geringgebildete sind dabei besonders gefährdet, Verschwörungstheorien anzuhängen – und sind dadurch für die Politik noch einmal schwerer zu erreichen. Zusätzlich behindert Corona auch die Integration Zugewanderter, was durch die Tatsache verdeutlicht wird, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die überdurchschnittlich unter Corona gelitten haben, gleichzeitig eben auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt als dürrtig erleben und sich ausgegrenzt fühlen.

Ob der massive Abfall im Erleben des sozialen Zusammenhalts in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren Bestand haben wird, lässt sich auf der Basis der aktuellen Studie schwer prognostizieren. Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden können und müssen, bieten die Chance, die Verstärkung des Abwärtstrends zu verhindern. In zwei bis drei Jahren sollte dann unbedingt evaluiert werden, ob die eingeleiteten Maßnahmen in Anlehnung an die vorgelegten Handlungsempfehlungen in dem Sinne erfolgreich waren, dass sich der Zusammenhalt wieder verbessert hat und sich insbesondere die benannten vulnerablen Gruppen weniger ausgegrenzt fühlen.

## LITERATUR

- Albert, M., Hurrelmann, K. & Quenzel, G. (2019). *Jugend 2019 – 18. Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort*. Beltz. Weinheim.
- Arant, R., Dragolov, G. & Boehnke, K. (2017). *Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Arant, R., Larsen, M. & Boehnke, K. (2017). *Sozialer Zusammenhalt in Gröpelingen und Marßel: Eine Studie über die Mieterschaft der GEWOBA AG*. Jacobs University Bremen.
- Arant, R. & Boehnke, K. (2016). Identifikation mit dem Gemeinwesen – Welches Wir-Gefühl ist ein gutes Wir-Gefühl? In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Der Kitt der Gesellschaft*. Gütersloh. S. 145–173.
- Arant, R., Larsen, M. & Boehnke, K. (2016). *Sozialer Zusammenhalt in Bremen*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Aschauer, W., Seymer, A., Bodi-Fernandez, O., Herzog, M., Hadler, M., Höllinger, F., Bacher, J., Welzel, C., Boehnke, K., Delhey, J., Deutsch, F., Eichhorn, J., Kühnen, U., Moraes, D., Kemer, T., Gonzalez, R., Salvatierra, V., Fuentes, A., Chang, Y.-T., Chu, Y.-H., Huang, O., Casas, A., Mendez, N., Pachulia, M., Gulashvili, N., Demertzis, N., Papadoudis, G., Linardis, A., Koniorodos, S., Aranitou, V., Huang, Y.-H. C., Mungiu-Pippidi, A., Abels, C. M., Taniguchi, N., Akaliyski, P., Park, J., Dentsu Institute, Rakisheva, B., Mazhitova, A., Ashkenova, G., Cho, Y., Lee, N. Y., Kim, Y.-S., Kim, J., Heo, J., Shin, I., Shim, J.-M., Kim, O., Kim, S., Riyaz, A., Moosa, S., Rahman, R. A., Musthafa, H. S., Siemienska, R., Domaradzka, A., Matysiak, I., Ponarin, E., Sokolov, B., Klimova, A., Puranen, B., Axelsson, T. & Stier, J. (2021). *Values in Crisis International (SUF edition)*. Austrian Social Data Archive. Wien.
- Baarck, J., Dolls, M., Unzicker, K. & Windsteiger, L. (i. E.). *Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Baier, D. & Ellrich, K. (2014). Vertrauen in die Polizei im Spiegel verschiedener Befragungsstudien. In: Ellrich, K. & Baier, D. (Hrsg.). *Polizeibeamte als Opfer von Gewalt. Ergebnisse einer Mixed-Method-Studie*. Verlag für Polizeiwissenschaft. Frankfurt am Main. S. 43–90.
- Berger, K., Riedel-Heller, S., Pabst, A., Rietschel, M., Richter, D. & NAKO-Konsortium (2021). Einsamkeit während der ersten Welle der SARS-CoV-2-Pandemie – Ergebnisse der NAKO-Gesundheitsstudie. *Bundesgesundheitsblatt*, 64, S. 1157–1164.
- Berry, J. W. (2001). A psychology of immigration. *Journal of Social Issues*, 57 (3), S. 615–631.
- Billig, M. (1995). *Banal nationalism*. Sage. Thousand Oaks.
- Bliesener, T. & Bergmann, M. C. (2016). Anerkennung sozialer Regeln – Die Entwicklung normenabweichender Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen in Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Der Kitt der Gesellschaft*. Gütersloh. S. 287–311.
- Boehnke, K., Arant, R., Dragolov, G. & Schnelle, C. (2020). *Heimatverbundenheit. Ein neuer Sozialindikator für gelungene Integration?* Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Berlin.

- Brand, T., Follmer, R., Hölscher, J. & Unzicker, K. (2021). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkten*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences*. Erlbaum. Hillsdale, NJ, USA.
- Dalbert, C. (1996). *Über den Umgang mit Ungerechtigkeit. Eine psychologische Analyse*. Hans Huber. Bern.
- Delhey, J., Deutsch, F. & Eichhorn, J. (2020). *Values in crisis – a crisis of values? Moral values and social orientations under the imprint of the Corona pandemic*. Antrag an die Volkswagen Stiftung. Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.
- Delhey, J., Boehnke, K., Dragolov, G., Ignácz, Z. S., Larsen, M., Lorenz, J. & Koch, M. (2018). Social cohesion and its correlates: A comparison of Western and Asian societies. *Comparative Sociology*, 17 (3–4), S. 426–455.
- Dragolov, G., Arant, R., Boehnke, K. & Unzicker, K. (2019). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Dragolov, G., Larsen, M. & Koch, M. (2018). Level, trend, and profiles of social cohesion in Asia. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *What holds Asian societies together? Insights from the Social Cohesion Radar*. Gütersloh. S. 69–96.
- Dragolov, G., Ignácz, Z. S., Lorenz, J., Delhey, J., Boehnke, K., Unzicker, K. (2016). *Social cohesion in the western world. What holds societies together: Insights from the Social Cohesion Radar*. Springer International. Basel.
- Dragolov, G., Ignácz, Z., Lorenz, J., Delhey, J. & Boehnke, K. (2014). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Dragolov, G., Ignácz, Z., Lorenz, J., Delhey, J. & Boehnke, K. (2013). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Durkheim, E. (1893). *De la division du travail social: Étude sur l'organisation des sociétés supérieures*. Félix Alcan. Paris. [Übersetzung: *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Deutsch von Ludwig Schmidts. Suhrkamp 1977. Frankfurt am Main.]
- El-Menouar, Y. & Unzicker, K. (2021). *Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit. Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Follmer, R., Brand, T. & Unzicker, K. (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Fromm, E. (1929 [1980]). *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches: Eine sozialpsychologische Untersuchung*. DVA. München.
- Hartz, C.-C. (2021). *Reducing citizens' worries through resilience: A two-wave panel study during the Corona pandemic*. Master thesis. Jacobs University Bremen.
- Kalkum, D. & Otto, M. (2017). *Diskriminierungserfahrungen in Deutschland anhand der sexuellen Identität. Ergebnisse einer quantitativen Betroffenenbefragung und qualitativer Interviews*. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin.

- Lamberty, P. & Rees, J. (2021). Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. S. 283–299.
- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (2022). *Lagebericht COVID-19. Datenstand Donnerstag, 13.01.2022, 16:00 Uhr*. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration. Stuttgart.
- Rees, J. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmymen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Dietz. Bonn. S. 203–222.
- Robert Koch-Institut (2022). *Wöchentlicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)*. 6.1.2022. Berlin.
- Sachweh, P. & Sthamer, E. (2016). Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener Ungerechtigkeit. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Der Kitt der Gesellschaft*. Gütersloh. S. 207–251.
- Sand, M. & Kunz, T. (2020). *Gewichtung in der Praxis*. (GESIS Survey Guidelines). GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim.
- Schiefer, D. & van der Noll, J. (2017). The essentials of social cohesion: A literature review. *Social Indicators Research*, 132(2), S. 579–603.
- Schiefer, D., van der Noll, J., Delhey, J. & Boehnke, K. (2012). *Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- United Nations Children's Fund (UNICEF) (2021). *The state of the world's children 2021: On My Mind – Promoting, protecting and caring for children's mental health*. New York.
- Unzicker, K. (2022a). *Umfrage Februar 2022. Erschöpfte Gesellschaft. Auswirkungen von 24 Monaten Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Unzicker, K. (2022b). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt bleibt unter Druck – große Mehrheit der Deutschen für eine Unterstützung der Ukraine*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.  
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/gesellschaftlicher-zusammenhalt-bleibt-unter-druck> (abgerufen am 13.07.2022)
- VolkswagenStiftung (2020). *Corona Crisis and Beyond – Perspectives for Science, Scholarship and Society. Call for Research Proposals – Small Grants*. Hannover.

# ANHANG

## Anhang 1 Daten

Die vorliegende Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg greift auf Daten aus mehreren bevölkerungsrepräsentativen Umfragen zurück.

Die jüngste Befragung wurde zwischen dem 9. Dezember 2021 und dem 4. Januar 2022 als Online-Befragung von der Norstat GmbH durchgeführt. Es nahmen insgesamt 2.716 Personen ab 16 Jahren daran teil. Die Zusammensetzung der Stichprobe entsprach nach Geschlecht, Alter, Einkommen, Bildungsstand und Haushaltsgröße dem, was wir in Baden-Württemberg nach den neuesten Daten des Statistischen Landesamtes vorfinden.

Die nur am Rande einbezogene Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland 2020 wurde zwischen dem 5. Februar und dem 28. März 2020 vom infas Institut für angewandte Sozialforschung an 3.010 Personen ab 16 Jahren als Telefonbefragung durchgeführt. Im Mai und Juni 2020 wurden 1.000 der zuvor befragten Personen erneut zum gesellschaftlichen Zusammenhalt befragt. Die Befragung geht in die hier vorgelegte Auswertung nur als Referenzstudie ein, da die Anzahl der in Baden-Württemberg Befragten für einen validen Zeitvergleich nicht ausreicht.

Die Befragung, die den Ergebnissen für das Jahr 2019 zugrunde liegt, führte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap zwischen dem 9. Januar und dem 4. Februar 2019 in Baden-Württemberg unter 1.400 deutschsprachigen Bürger:innen ab 16 Jahren telefonisch durch. Die auswertbare Stichprobe umfasste 1.398 Befragte. Per Zufall wurden Personen kontaktiert, die während des Befragungszeitraums in Privathaushalten lebten und über einen Festnetzanschluss erreichbar waren.

Die Befragung, die den Ergebnissen für das Jahr 2017 zugrunde liegt, erfolgte zwischen dem 10. Januar und dem 25. März 2017 und wurde telefonisch vom infas Institut für angewandte Sozialforschung durchgeführt. Es beteiligten sich bundesweit insgesamt 5.041 deutschsprachige Bürger:innen ab 16 Jahren. Die auswertbare Stichprobe für Baden-Württemberg umfasste 508 Befragte.

## Anhang 2

### Messung von Zusammenhalt

Der Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurde in allen Erhebungen mit identischen Fragen erfasst. Es handelt sich dabei um insgesamt 36 Indikatoren, die eine empirisch valide und reliable Messung des Zusammenhalts und seiner neun Dimensionen ermöglichen. Die Auswahl der Indikatoren basiert auf sogenannten Faktorenanalysen, die für jede der neun Dimensionen des gesellschaftlichen Zusammenhalts separat durchgeführt wurden. Details hierzu sind ausführlich in mehreren Studien zum *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt* der Bertelsmann Stiftung dokumentiert (u.a. Dragolov et al., 2019).

Für die Berechnung der Indexwerte auf Individualebene wurden zunächst die negativ formulierten Indikatoren umcodiert, damit höhere numerische Codes immer eine positive Aussage zum abgefragten Aspekt abbilden. Alle Indikatoren wurden dann so umskaliert, dass die Zustimmung zu einer Frage auf einer Skala von 0 (schwächste Zustimmung) bis 100 (stärkste Zustimmung) abgelesen werden kann. In allen Studien wurde zur Erhöhung der Bevölkerungsrepräsentativität eine Gewichtung durchgeführt, die mit den GESIS-Richtlinien (vgl. Sand & Kunz, 2020) kompatibel ist.

Die Dimensionswerte auf Ebene der Raumordnungsregionen (ROR) Baden-Württembergs wurden durch die arithmetische Mittelung der jeweiligen Indikatoren berechnet. Der Gesamtindex gesellschaftlicher Zusammenhalt wurde ebenso durch die arithmetische Mittelung der Werte der ROR auf den neun Dimensionen ermittelt.

## Anhang 3 Tabellen

TABELLE 21

### GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND WOHLBEFINDEN IN BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN REGIONEN IM ZEITVERGLEICH

REGION	ZUSAMMENHALT			WOHLBEFINDEN		
	2017	2019	2022	2017	2019	2022
BW1	64,80	64,46	52,79	72,63	71,63	61,04
BW2	62,49	63,44	53,00	69,99	72,39	59,76
BW3	62,44	64,47	53,34	71,13	75,78	63,30
BW4	61,24	65,39	53,75	65,39	75,59	60,19
BW5	63,22	63,88	55,15	70,41	71,26	64,12
BW6	63,38	64,03	51,66	72,33	73,14	58,85
BW7	63,01	63,58	53,96	68,23	71,98	59,53
BW8	64,73	63,66	54,13	68,03	71,14	60,17
BW9	64,36	63,89	53,56	70,22	71,49	60,47
BW10	65,58	63,16	55,21	71,62	72,37	58,89
BW11	57,52	62,61	54,81	58,43	72,10	60,47

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen des Gesamtindex gesellschaftlicher Zusammenhalt und des Wohlbefinden-Index (Lebenszufriedenheit, Gesundheitszustand, Optimismus) in den elf untersuchten Regionen (siehe Tabelle 25), wie erfasst in den Jahren 2017, 2019 und 2022.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 22

### DIMENSIONEN DES BEREICHS „SOZIALE BEZIEHUNGEN“ IN BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN REGIONEN IM ZEITVERGLEICH

REGION	1.1 SOZIALE NETZE			1.2 VERTRAUEN IN DIE MITMENSCHEN			1.3 AKZEPTANZ VON DIVERSITÄT		
	2017	2019	2022	2017	2019	2022	2017	2019	2022
BW1	71,47	73,15	59,96	63,47	60,00	46,95	87,19	85,01	75,04
BW2	70,01	73,45	58,83	58,09	54,93	45,91	83,39	85,45	76,30
BW3	75,75	74,58	61,40	52,41	55,88	45,41	76,53	87,80	75,87
BW4	70,99	74,75	58,36	52,45	58,27	47,85	74,66	83,85	75,14
BW5	74,86	74,66	61,46	62,09	56,72	48,27	81,05	85,67	74,65
BW6	72,58	75,70	54,18	56,78	56,66	45,49	83,23	83,49	73,42
BW7	70,13	71,91	60,25	56,49	59,13	46,62	76,68	83,03	76,99
BW8	77,06	75,00	58,19	60,11	55,65	45,76	80,44	82,20	74,67
BW9	67,84	70,35	60,90	57,55	58,66	44,52	81,33	85,48	73,60
BW10	80,31	75,78	58,61	57,17	52,23	47,69	79,52	79,97	78,15
BW11	67,75	73,92	61,54	53,34	53,48	48,55	81,72	83,93	76,93

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen der Dimensionen aus dem Bereich „Soziale Beziehungen“, wie erfasst in den Jahren 2017, 2019 und 2022 auf Ebene der elf untersuchten Regionen (siehe Tabelle 25).

| BertelsmannStiftung

TABELLE 23

**DIMENSIONEN DES BEREICHS „VERBUNDENHEIT“ IN BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN REGIONEN IM ZEITVERGLEICH**

REGION	2.1 IDENTIFIKATION			2.2 INSTITUTIONENVERTRAUEN			3.3 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN		
	2017	2019	2022	2017	2019	2022	2017	2019	2022
BW1	73,67	83,16	60,17	58,73	54,39	47,40	38,93	36,29	36,92
BW2	79,19	81,15	61,83	52,53	53,90	44,51	43,72	42,63	37,99
BW3	82,89	83,27	60,98	51,84	54,09	45,29	43,83	43,01	38,40
BW4	77,41	86,73	60,47	53,59	57,14	48,52	37,81	38,30	39,26
BW5	82,14	82,43	60,92	55,37	54,75	50,29	32,72	40,60	40,09
BW6	74,74	78,84	59,71	57,98	52,57	44,40	43,82	38,42	34,82
BW7	77,80	79,74	61,99	57,57	55,92	50,21	47,93	37,01	37,81
BW8	79,94	80,66	61,85	52,74	53,11	50,15	42,46	40,27	40,43
BW9	80,30	79,17	63,00	59,10	59,55	48,11	44,16	40,44	39,16
BW10	83,56	84,71	63,19	55,57	51,66	46,62	41,38	39,82	39,60
BW11	68,13	78,64	64,74	44,59	54,10	50,84	30,04	40,23	38,91

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen der Dimensionen aus dem Bereich „Verbundenheit mit dem Gemeinwesen“, wie erfasst in den Jahren 2017, 2019 und 2022 auf Ebene der elf untersuchten Regionen (siehe Tabelle 25).

| BertelsmannStiftung

TABELLE 24

**DIMENSIONEN DES BEREICHS „GEMEINWOHLORIENTIERUNG“ IN BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN REGIONEN IM ZEITVERGLEICH**

REGION	3.1 SOLIDARITÄT UND HILFSBEREITSCHAFT			3.2 ANERKENNUNG SOZIALER REGELN			3.3 GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE		
	2017	2019	2022	2017	2019	2022	2017	2019	2022
BW1	51,39	54,32	34,52	80,32	76,43	69,73	58,07	57,35	44,44
BW2	43,47	47,91	36,85	82,20	79,63	70,22	49,81	51,93	44,54
BW3	46,71	51,65	37,82	80,66	81,82	72,52	51,31	48,16	42,36
BW4	49,91	51,97	36,08	79,21	82,88	72,21	55,10	54,62	45,84
BW5	49,33	47,24	41,02	73,02	81,72	73,45	58,43	51,13	46,20
BW6	47,29	52,46	38,82	81,61	84,17	69,72	52,36	53,94	44,42
BW7	52,47	58,52	40,06	72,58	74,94	66,19	55,45	51,98	45,48
BW8	53,85	51,71	41,67	82,41	80,06	67,74	53,58	54,24	46,74
BW9	57,90	48,93	38,37	78,12	78,23	69,68	52,93	54,16	44,72
BW10	53,03	49,37	39,64	82,11	81,05	75,98	57,62	53,84	47,41
BW11	50,34	47,79	37,60	67,40	77,61	67,12	54,35	53,84	47,03

Die Tabelle zeigt die Ausprägungen der Dimensionen aus dem Bereich „Gemeinwohlorientierung“, wie erfasst in den Jahren 2017, 2019 und 2022 auf Ebene der elf untersuchten Regionen (siehe Tabelle 25).

| BertelsmannStiftung



TABELLE 25

**ZUORDNUNG DER REGIONEN**

REGION	KREIS
BW1	Freiburg im Breisgau, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen, Lörrach, Waldshut
BW2	Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis, Tuttlingen, Konstanz, Zollernalbkreis
BW3	Biberach, Bodenseekreis, Ravensburg, Sigmaringen
BW4	Baden-Baden, Rastatt, Calw, Freudenstadt, Ortenaukreis
BW5	Böblingen, Reutlingen, Tübingen
BW6	Göppingen, Heidenheim, Ostalbkreis, Ulm, Alb-Donau-Kreis
BW7	Stuttgart, Esslingen
BW8	Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis
BW9	Karlsruhe, Pforzheim, Enzkreis
BW10	Heilbronn, Hohenlohekreis, Schwäbisch Hall, Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis
BW11	Heidelberg, Mannheim, Rhein-Neckar-Kreis

| BertelsmannStiftung

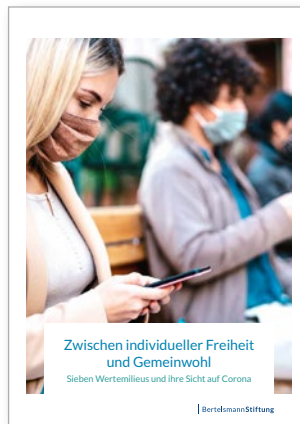
## Literaturtipps

### Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie

### Religionsmonitor

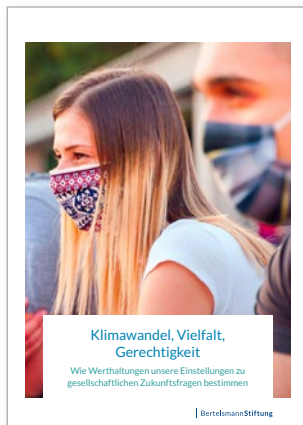


Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl

### Wertebildung



Weiterbildung im Jugendfußball - Ein Handbuch für Trainer



Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit



Die Corona-Krise und Strategien der Bewältigung



Werte lernen und leben

## Das Programm „Lebendige Werte“

Wir widmen uns im Programm „Lebendige Werte“ dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und insbesondere der Rolle von Religionen und Werten für das Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft. Zu diesen Themen forschen wir und veröffentlichen regelmäßig neue Studien aus dem *Religionsmonitor* und dem *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt*. Darüber hinaus sind wir mit praktischen Projekten und Methoden in der Wertebildung aktiv und vernetzen Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft in unserem Themenfeld.



Wenn Sie mehr über unsere Arbeit erfahren möchten und wir Sie regelmäßig über neue Forschungsergebnisse, Studien und Veranstaltungen informieren sollen, bitten wir Sie, den nebenstehenden QR-Code oder den Link zu verwenden.

<http://b-sti.org/lebendigewerte>

## Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh  
Juli 2022

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann Str. 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

**Verantwortlich**  
Dr. Kai Unzicker

**Autoren**  
Prof. Dr. Klaus Boehnke  
Dr. Georgi Dragolov  
Dr. Regina Arant  
Dr. Kai Unzicker

### Lektorat / Korrektorat

Paul Kaltefleiter, nipp & nau, Bielefeld

### Gestaltung

Dietlind Ehlers, Bielefeld

### Bildnachweis

© Timdavidcollection – stock.adobe.com

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Kai Unzicker  
Senior Project Manager  
Programm Demokratie und Zusammenhalt  
Telefon +49 5241 81-81405  
Mobil +49 173 5759209  
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

[www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de](http://www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

